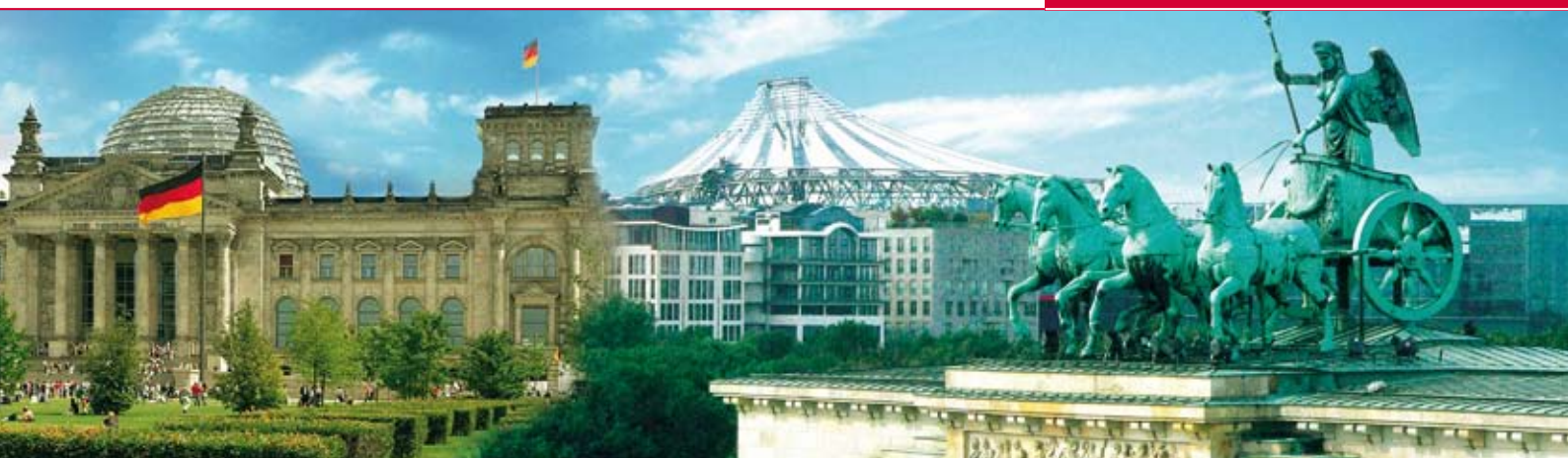




DEUTSCHER
LANDKREISTAG

20 Jahre
Deutsche Einheit

20 Jahre
Gesamt-Deutscher
Landkreistag



Schriften
des Deutschen
Landkreistages

Band 95
der Veröffentlichungen
des Vereins für Geschichte
der Deutschen Landkreise e.V.

Herausgeber:

Redaktion:
Gesamtherstellung:

ISSN 0503-9185

Deutscher Landkreistag
Berlin
DLT-Pressestelle
Gödecke+Gut, Berlin

Vorwort



Am 9. November 1989 fiel die Mauer, am 3. Oktober 1990 war Deutschland 45 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges wiedervereinigt, am 14. Oktober 1990 wurden die Landtage der fünf wiedergebildeten Länder gewählt, am 2. Dezember 1990 fanden die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen statt. 20 Jahre später besteht in großer Dankbarkeit Anlass zur Rückerinnerung an diese Zeit, in der auch der Deutsche Landkreistag seine Tätigkeit wieder auf das gesamtdeutsche Staatsgebiet erstrecken konnte.

Mit dieser Veröffentlichung sollen die 20 Jahre seit Mauerfall und Wiedervereinigung in Erinnerung gerufen werden. Nach einem Abriss über die 20-jährige Arbeit des Gesamt-Deutschen Landkreistages (S. 2 – 7) berichtet mit *Rudolf Seiters*, seinerzeit Bundesminister im Kanzleramt, ein zentraler Akteur im Einigungsprozess über die Ausreise der Prager Botschaftsflüchtlinge ebenso wie über den weiteren Prozess der deutsch-deutschen Annäherung und ihrer internationalen Einbettung (S. 8 – 12). Nicht nur Berlin war durch die Mauer geteilt, dies galt auch für Mödlareuth. *Bernd Hering*, Landrat des Landkreises Hof, hat den Geschäftsführern der DLT-Landesverbände und Beigeordneten der Hauptgeschäftsstelle im Juni 2010 die innerdeutsche Grenze und die Überwindung der Teilung eindrücklich vor Augen geführt. In dieser Dokumentation erinnert er sich an 1989/90, aber auch an die Folgejahre zurück (S. 13 – 14).

Thilo Sarrazin hat als seinerzeitiger Beamter im Bundesfinanzministerium einen entscheidenden Beitrag zu Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion geleistet. Über seinen Beitrag zur Deutschen Einheit im Winter 1989/90 berichtet er auf S. 15 – 18.

Wie es gelang, auch in der DDR 1990 demokratisch legitimierte Kreise zu schaffen und welchen Beitrag die westdeutschen Kreise und der Deutsche Landkreistag dazu geleistet haben, schildert der seinerzeitige DLT-Hauptgeschäftsführer *Hans-Henning Becker-Birck* auf S. 19 – 21.

Heinz Eggert (S. 22 – 29) und *Wolfhard Molkentin* (S. 30 – 33) waren nach der Wende in der DDR Landräte der ersten Stunde. *Wolfhard Molkentin* hat noch bis 2008 die Arbeit seines Kreises wie auch des Landkreistages nachdrücklich geprägt; *Heinz Eggert* war nach seiner Landratstätigkeit Innenminister des Freistaates Sachsen. Beide berichten sehr eindrucksvoll über ihre Aufbauarbeit in einer einzigartigen Zeit des Umbruchs.

Richard Schröder, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der im März 1990 frei gewählten DDR-Volkskammer, bilanziert als Zeitzeuge den Prozess der Wiedervereinigung (S. 34 – 38).

Die Dokumentation fasst mündliche Beiträge aus verschiedenen Veranstaltungen des Deutschen Landkreistages zusammen, die allesamt auf sehr große Resonanz gestoßen sind. Der Deutsche Landkreistag hat das Glück gehabt, seine Hauptgeschäftsstelle an besonders geschichtsträchtiger Stätte in Berlin wiedererrichten zu können, nämlich auf dem Lenné-Dreieck am Potsdamer Platz. Wie es dazu kam, wird im abschließenden Beitrag auf S. 39 – 40 geschildert.

Mögen die Berichte die Erinnerung an das „Wunder Deutsche Einheit“ wachhalten und Mut machen für die Bewältigung künftiger Herausforderungen.

Berlin, zu Weihnachten 2010 und zum Jahreswechsel

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Landkreistages

20 Jahre Gesamt-Deutscher Landkreistag

Am 12. September 1990 fand in der seinerzeitigen DLT-Hauptgeschäftsstelle in Bonn¹⁾ die 190. Präsidialsitzung des Deutschen Landkreistages statt. Es war die erste, an der die neugewählten Vorsitzenden der Landkreistage in den fünf künftigen Ländern der – dann am 3.10.1990 untergegangenen – DDR teilgenommen haben. Seither wirken Landkreisvertreter aus den neuen Ländern in allen DLT-Gremien mit. Dieses Jubiläum bietet den Anlass für eine kurze Rückschau über die seit 1990 gemeinsam geleistete Arbeit, die mit wenigen persönlichen Bemerkungen versehen werden soll.

A. Die Vorgeschichte

Der Jahresanfang 1989, an dem ich als vormaliger wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kiel mein Wahlamt als Kreisrat des Landkreises Diepholz mit einer Verantwortung für das Ordnungs-, Verkehrs-, Veterinär-, Schul- und Kultur-, Sozial-, Jugend-, Ausgleichs-, Gesundheits-, Krankenhaus- und Hochbauamt angetreten habe, wurde in der alten Bundesrepublik Deutschland eher missmutig begangen. Die nicht mehr zu schulternden Sozialhilfebelastungen und die Unterbringung des nicht endenden Asylbewerberstroms beherrschten die Diskussion. Dem zunehmenden Süd-Nord-Gefälle in der Leistungsfähigkeit der Länder versuchte man mit dem am 1.1.1989 in Kraft getretenen Strukturhilfegesetz²⁾ zu begegnen. Zudem gab es die Dauerdiskussion um die Änderung des Asylgrundrechts zur Eindämmung des Asylbewerberstroms. Die Bundesregierung *Kohl/Genscher*, die am 1.10.1982 ins Amt gekommen war, befand sich im siebten Regierungsjahr in einem nachhaltigen Stimmungstief. Auch wurde über eine Ablösung des CDU-Vorsitzenden *Kohl* diskutiert, nachdem Ende 1988 in seinem Heimatland Rheinland-Pfalz sein Nachfolger *Bernhard Vogel* als Parteivorsitzender gestürzt worden war und sodann als Ministerpräsident zurücktrat.

Die Abgeordnetenhauswahlen in Berlin führten Ende Januar 1989 ebenso wie die Kommunalwahlen in Hessen zu einem Absturz der CDU und FDP bei einem beachtlichen Wahlerfolg der Republikaner und damit zu einem Wechsel im Senat mit *Walter Momper* anstelle von *Eberhard Diepgen* als Regierendem Bürgermeister.

Eine Woche später, am 5.2.1989, wurde der 20-jährige *Chris Gueffroy* bei einem Fluchtversuch über die Berliner Mauer von Treptow nach Neukölln erschossen – er sollte das letzte Todesopfer an der Mauer sein.

Am 13.4.1989 entschloss sich Bundeskanzler *Helmut Kohl* zu einer grundlegenden Kabinettsumbildung. Der bisherige Finanzminister *Gerhard Stoltenberg* wurde Verteidigungsminister; *Theo Waigel* übernahm das Finanzministerium. *Wolfgang Schäuble* wechselte aus dem Kanzleramt an die Spitze des Bundesinnenministeriums und *Rudolf Seiters* wurde sein Nachfolger als Chef des Bundeskanzleramtes – eine neu errichtete Statik, die sich für die kommenden Jahre als von herausragender Bedeutung erweisen sollte. Am 23.5.1989 beging die Bundesrepublik Deutschland ihr 40. Gründungsjubiläum, erinnerte insbesondere an die gelungene Westintegration und die Bundesversammlung, wählte am gleichen Tage *Richard von Weizsäcker* für eine zweite Amtszeit als Bundespräsident. Innerdeutsche Fragestellungen schienen dagegen nicht auf der Tagesordnung zu stehen. Dies änderte sich nur langsam.

Am 27.6.1989 zerschnitten die Außenminister Ungarns und Österreichs, *Horn* und *Mock*, bei Sopron in einem symbolischen Akt den Stacheldrahtzaun an der gemeinsamen Grenze. Der Eisernen Vorhang hatte mithin einen Riss bekommen. Zwar blieben die Grenzkontrollen bestehen, aber es setzte ein massiv verstärkter Urlauber- und Flüchtlingsstrom aus der DDR nach Ungarn ein. Am 19.8.1989 kam es zur größten Massenflucht seit

dem Mauerbau, weil Hunderte von DDR-Bürgern das „Panneuropäische Picknick“ bei Sopron zur Flucht über die ungarisch-österreichische Grenze nutzten. Sie, nunmehr „Übersiedler“ genannt, gelangten nach Westdeutschland und mussten dort ebenfalls untergebracht werden. So gelangte eine Gruppe auch in den Landkreis Diepholz. Dass die Stimmung ins Positive kippte, konnte ich am 6.9.1989 bemerken, als ich eine ungarische Musikschulgruppe, die in den Landkreis Diepholz kam, zu begrüßen hatte. Die Gruppe wurde von der Bevölkerung gefeiert, teils weil man Ungarn für die Grenzöffnung sehr dankbar war, teils, weil man in dem ungarischen Bus irrtümlich bereits die ersten Übersiedler, die zunächst auf dem Fliegerhorst in Diepholz untergebracht werden sollten, wähnte.

Am 10.9.1989 entschied der ungarische Außenminister *Horn*, dass die in Ungarn wartenden DDR-Bürger das Land frei verlassen durften. In drei Tagen flohen 15.000, bis zum Monatsende sogar über 30.000 DDR-Bürger über Österreich in die Bundesrepublik Deutschland. Dort kämpfte *Helmut Kohl* als CDU-Parteivorsitzender auf dem CDU-Bundesparteitag in Bremen um sein politisches Überleben. Berichtet wird³⁾, dass die Bekanntgabezeit der Ausreise-Entscheidung der ungarischen Regierung um einige Stunden verändert wurde, damit *Helmut Kohl* diese Nachricht auf dem Parteitag bekanntgeben konnte. Der Versuch, *Lothar Späth* als neuen CDU-Vorsitzenden zu wählen, wurde aufgegeben. *Helmut Kohl* wurde als CDU-Parteivorsitzender bestätigt, während sein Rivale *Lothar Späth* bei seiner Kandidatur für das Präsidium glatt durchfiel.

Parallel dazu kam es zu den sog. Botschaftsbesetzungen in Prag und Warschau. Am 26.9.1989 sicherte der DDR-Rechtsanwalt *Wolfgang Vogel* den inzwischen 1.100 DDR-Flüchtlingen in der bundesdeutschen Botschaft in Prag bei freiwilliger Rückkehr in die DDR die Ausreise in die Bundesrepublik binnen sechs Monaten zu. Tags darauf äußerte sich Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* vor der UN-Vollversammlung in New York spontan zur deutschen Ostgrenze, weil ihm angesichts der Entwicklungen in der DDR die Ausreise in die Bundesrepublik notwendig erschien.

Zeitgleich wählte der Hauptausschuss des Deutschen Landkreistages einen neuen Hauptgeschäftsführer in Kassel-Wilhelmshöhe nahe der Zonengrenze. Der *genius loci* erfasste die Akteure der DLT-Jahrestagung mit Blick auf die innerdeutschen Fragestellungen aber nicht. In der Bewerbungsrede des sodann einstimmig für zwölf Jahre zum neuen Hauptgeschäftsführer gewählten *Hans-Henning Becker-Birck* fanden Fragen der deutsch-deutschen Vereinigung oder auch nur der Zusammenarbeit keinerlei Erwähnung. Auch befasste sich das Präsidium des Deutschen Landkreistages am gleichen Tage mit dieser Thematik nicht. Der DLT-Hauptausschuss am 28.9.1989 war – ganz im Zeichen der Zeit – der positiven Rückschau auf 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland unter dem Motto: „Deutsche Kreise ziehen Bilanz“ gewidmet. Zwar wagte der langjährige DLT-Präsident *Joseph Köhler* einen Blick in die Zukunft und betonte:

„Unsere Aufgabe als kommunaler Spitzenverband, neue Entwicklungen aufzuzeigen und Konzepte für die Zukunft zu entwerfen, gewinnt unter dem Eindruck gerade der europapolitischen Diskussion eine neue Dimension.“

– An die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen wagte er dabei aber nicht zu denken. Auch die Festredner aus der Politik, Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth*, der später zu Recht so apostrophierte „Architekt der Deutschen Einheit“, Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble*, und der hessische

¹⁾ Dazu *Henneke*, Der Landkreis 2010, 87 (88).

²⁾ Dazu ausf.: *Henneke*, Öffentliches Finanzwesen, Finanzverfassung, 1990, Rn. 263 ff.

³⁾ *Funken*, Das Jahr der Deutschen, 2009, S. 107 ff.

Innenminister *Gottfried Milde*, widmeten der deutschlandpolitischen Perspektive kein Wort. Stattdessen gab es viel Lob für die Kreise wegen der unbürokratischen Aufnahme von Übersiedlern und Aussiedlern und der Schaffung von Wohnraumangeboten. Wer heute meint, hier fehlenden Weitblick vorwerfen zu müssen, irrt fundamental. Zu unglaublich war, was kurz darauf geschehen sollte. Der renommierte Historiker *Heinrich August Winkler*⁴⁾ hat dies später so ausgedrückt:

„Noch im Sommer 1989 wäre als Phantast verlacht worden, wer die Prognose gewagt hätte, binnen weniger Jahre werde es keine DDR, keinen Warschauer Pakt und keine Sowjetunion mehr geben, wohl aber ein vereinigtes Deutschland mit der Hauptstadt Berlin.“

Nur zwei Tage nach der DLT-Jahrestagung kam es zu den unvergesslichen Szenen auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag, mit dem wohl berühmtesten Halbsatz des 20. Jahrhunderts, den *Hans-Dietrich Genscher* aussprach:

„Wir sind gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise...“ Dabei ist es nicht *Hans-Dietrich Genscher*, sondern *Rudolf Seiters* gewesen, der die maßgeblichen Verhandlungen geführt hat. *Gerd Langguth*⁵⁾ hat dies so ausgedrückt:

„*Seiters* größter politischer Erfolg war ohne Frage die von ihm 1989 mit der DDR und der Tschechoslowakei ausgehandelte Ausreisegenehmigung für die Botschaftsflüchtlinge in Prag. *Seiters* hat damit dem brüchig gewordenen Eisernen Vorhang den letzten, vielleicht entscheidenden Schlag versetzt. Eine Erinnerungstafel, die das bis 1998 von der FDP dominierte Auswärtige Amt im Prager Botschaftsgebäude anbringen ließ, erweckt den – falschen – Eindruck, der damalige Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* habe die Ausreise der DDR-Flüchtlinge bewirkt. *Genscher* wollte aber für sich lediglich den publicityträchtigen Auftritt auf dem Botschaftsbalkon. Er holte sich die Fernsehbilder, die *Seiters* durch seinen Verhandlungserfolg überhaupt erst ermöglicht hatte. Der Hintergrund: *Seiters* hatte im Kabinett von seiner bevorstehenden Pragreise berichtet und *Genscher* bestand gegenüber *Kohl* auf einer Mitreise. Als Hausherr in der Botschaft nahm er als Erster das Wort. Fernsehbilder machen eben Geschichte.“

Dann ging alles ganz schnell: Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR, *Gorbatschows* berühmter Satz: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“, die ersten Demonstrationen in Plauen am 7.10.1989, die Montags-Demonstrationen mit der berühmt gewordenen Leipziger Demonstration vom 9.10.1989, der Sturz *Honeckers*, der Spagat der neuen Führung zwischen Stabilisierung und Liberalisierung des Systems bis zu *Günter Schabowskis* legendärer Pressekonferenz am 9.11.1989 um 18.53 Uhr:

Schabowski: „Und deshalb (äh) haben wir uns dazu entschlossen, heute (äh) eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht (äh), über Grenzübergangspunkte der DDR (äh) auszureisen.“

Frage: „Ab wann tritt das in Kraft?“

Schabowski: „Bitte?“

Frage: „Ab sofort?“

Schabowski (kratzt sich am Kopf): „Also, Genossen, mir ist das hier also mitgeteilt worden, dass eine solche Mitteilung heute schon (äh) verbreitet worden ist.“

Frage: „Wann tritt das in Kraft?“

Schabowski (blättert in seinen Papieren): „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich (blättert in seinen Unterlagen).“

Frage: „Gilt das auch für Berlin-West?“

Schabowski (zuckt mit den Schultern, verzieht dazu die Mundwinkel nach unten, schaut in seine Papiere): „Also (Pause), doch, doch (liest vor): Die ständige Ausreise kann über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin-West erfolgen.“

Frage: „Herr Schabowski, was wird mit der Berliner Mauer jetzt geschehen?“

Schabowski: „(äh) Die Frage des Reisens (äh), die Durchlässigkeit also der Mauer von unserer Seite, beantwortet noch nicht und ausschließlich die Frage nach dem Sinn, also dieser, ich sage mal so, befestigten Staatsgrenze der DDR (äh).“⁶⁾

Nach anfänglichem Zögern wurden kurz vor Mitternacht die Berliner Grenzübergänge geöffnet – als erster der Grenzübergang Bornholmer Straße. Die treffende Formel für das, was in der Folgezeit an Unfassbarem geschah, fand *Willy Brandt* am 10.11.1989 mit dem Satz: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.“ – Nachdem nicht lange zuvor von ihm die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands noch als „Lebenslüge der deutschen Geschichte“ bezeichnet worden war. Nicht nur für den Deutschen Landkreistag hatten sich die Grundlagen seiner Tätigkeit „über Nacht“ fundamental geändert.

Ich muss bekennen, die Pressekonferenz *Schabowskis* im Fernsehen gebannt verfolgt, ihre Auswirkungen aber nicht erkannt zu haben. Daher habe ich die Maueröffnung in Diepholz schlicht verschlafen. Ich hatte mir am Donnerstag/Freitag, d. 9./10.11.1989, zwei Tage Urlaub genommen, um vier Tage am Stück an meinem Buch zur Finanzverfassung weiterzuarbeiten, was ich auch getan habe. Für alle Tage habe ich in meinem Kalender notiert: „Am Kapitel Staatsverschuldung gearbeitet.“ Für den 10.11.1989 habe ich zudem festgehalten: „Mauerdurchbruch – immer wieder Fernsehbeiträge.“ Und dieser Eintrag bezog sich selbstverständlich nicht nur auf die Berliner Mauer, sondern auch und vor allem auf die innerdeutsche Grenze, so auch auf das geteilte Mödlareuth, das die Geschäftsführer im Juni 2010 besucht haben.

In der Folgezeit überschlugen sich die Ereignisse insbesondere in der DDR geradezu, aber auch außenpolitisch beschleunigte sich der Vereinigungsprozess sehr. Am 10.2.1990 kehrte Bundeskanzler *Kohl* beglückt von einem Besuch in Moskau bei Generalsekretär *Gorbatschow* zurück, der ihm zugestanden hatte, dass der Schlüssel für die Deutsche Einheit in Deutschland liegt. Von nun an habe ich an eine schnelle Vereinigung geglaubt – und an diesem Sonnabend in meinem Kalender notiert: „Finanzverfassungsmanuskript fast zu Ende – gut geschafft.“ In meine Freude über die Fernsehbilder von *Kohls* Rückreise im Flugzeug mischten sich allerdings leise Zweifel, ob meine Darstellung über die Finanzverfassung in der Bundesrepublik Deutschland, an der ich jahrelang gearbeitet hatte, bei Erscheinen überhaupt noch aktuell sein würde. (Sie war es, weil die Finanzverfassung nach Art. 143 Abs. 2 GG bis 1995 für das Beitrittsgebiet nicht galt und ich ein Kapitel über den Einigungsvertrag in die Korrekturfahnen noch einarbeiten konnte.)

Am 18.3.1990 fanden die vorgezogenen, ursprünglich für den 6.5.1990 vorgesehenen DDR-Volkswahlwahlen statt. Neben vielen anderen Gesetzen verabschiedete die DDR-Volkswahl zwei für die kommunale Selbstverwaltung äußerst bedeutsame Gesetzeswerke, nämlich das Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR (Kommunalverfassung) vom 17.5.1990⁷⁾ und das Gesetz über den Status und die Organisation der Sparkassen (Sparkassengesetz) vom 29.6.1990⁸⁾. Die Kommunalverfassung etablierte Art. 28 Abs. 2 GG entsprechend die kommunale Selbstverwaltung auf der Gemeindeebene ebenso wie in den seinerzeit 189 Landkreisen⁹⁾. Mit dem Sparkassengesetz wurde u.a. auch die Rechtsgrundlage für die Schaffung eines länderübergreifenden Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes gelegt.

Am 6.5.1990 folgten die Kommunalwahlen in den Gemeinden und Landkreisen. Damit waren für den weiteren politischen Prozess demokratisch legitimierte Repräsentanten gefunden, die im kommunalen Bereich über die deutsche Vereinigung hinaus die Geschicke ihrer Gemeinden und Kreise bis zu den nächsten, auf der Kreisebene regelmäßig mit einer Gebietsreform verbundenen

⁴⁾ *Winkler*, in: Stern/Winkler (Hrsg.), Wendepunkt deutscher Geschichte 1948 – 1990, 1994, S. 194.

⁵⁾ *Langguth*, Kohl-Schröder-Merkel, 2009, S. 71 f.

⁶⁾ *Hertle*, Chronik des Mauerfalls, 1996, S. 143 ff.

⁷⁾ *Henneke* (Fn. 2) 7. Teil: Finanzierung der Kosten der Vereinigung Deutschlands, S. 219 ff.

⁸⁾ GBl. der DDR I, 255.

⁹⁾ GBl. der DDR I, 567.

Kommunalwahlen im Juni 1994 (in Brandenburg fanden die Kommunalwahlen bereits Ende 1993 statt) zu gestalten hatten.

Am 16.5.1990 – wenige Tage nach den zu einem Regierungswechsel führenden Landtagswahlen in Niedersachsen, die damit auch zu einer Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat führten – einigten sich Bund und Länder auf die Bildung eines Fonds „Deutsche Einheit“ mit einem Volumen von seinerzeit zunächst 115 Mrd. DM. Zwei Tage später wurde von den Finanzministern *Waigel* und *Romberg* der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterzeichnet, der am 1.7.1990 in Kraft trat¹⁰⁾.

Am 22.7.1990 verabschiedete die DDR-Volkskammer mit Wirkung vom 14.10.1990 das Ländereinführungsgesetz. Einen Monat später, am 23.8.1990, beschloss sie den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 23 GG a. F. zum 3.10.1990. Wenige Tage danach, am 31.8.1990, unterzeichneten Bundesinnenminister *Schäuble* und DDR-Staatssekretär *Krause* den „Einigungsvertrag“ genannten Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Dem feierlich ausgestalteten Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3.10.1990 folgten am 14.10.1990 die Landtagswahlen in den fünf restituierten Ländern. Mit den gesamtdeutschen Wahlen zum 12. Deutschen Bundestag am 2.12.1990 fand der staatliche Einigungs- und Legitimierungsprozess seinen Abschluss, nachdem sich zuvor in den neu gebildeten Ländern die Landtage konstituiert und Landesregierungen gebildet hatten. Dem vorausgehend hatten sich die Landkreistage in den fünf neuen Ländern bereits zwischen Ländereinführungsgesetz und den Landtagswahlen im September 1990 konstituiert.

B. Das Zusammenwachsen des Gesamt-Deutschen Landkreistages

Nach dem Mauerfall sollten gesamtdeutsche Fragen die Arbeit des Deutschen Landkreistages prägen. Die Zahl der Landkreise erhöhte sich von 237 in den acht westdeutschen Flächenländern um 189 in den fünf neuen Ländern auf insgesamt 426. Bereits zu Beginn des Jahres 1990 begrüßte das Präsidium des DLT die Erringung bürgerlicher und demokratischer Freiheit in der DDR und sprach sich für den Aufbau einer leistungsfähigen kommunalen Selbstverwaltung mit Kreisen als unverzichtbarem Bestandteil eines Sicherheit, Freiheit und wirtschaftlichen Aufschwung gewährleistenden Staatswesens aus. Auch unterstützte das DLT-Präsidium partnerschaftliche Kontakte und die Bildung eines Spitzenverbandes der Kreise in der DDR. Das Kommunalverfassungsgesetz in der DDR sei eine der ersten großen Gesetzgebungsvorhaben der DDR-Volkskammer, wobei der Deutsche Landkreistag an den Vorarbeiten mit Blick auf die Stabilisierung und Ausweitung der Aufgaben der Landkreise, die anfangs durchaus umstritten waren, intensiv beteiligt war. Auch wurde bereits zu Beginn des Jahres 1990 die Hauptgeschäftsstelle vom Präsidium um Prüfung gebeten, ob und wie ein künftiger Sitz der DLT-Hauptgeschäftsstelle in Berlin zu realisieren sei. Gedacht wurde dabei an das Grundstück der Hauptgeschäftsstelle in der Weimarer Republik, das sich in der Bellevuestraße 5a in Berlin befunden hatte. Das im Ostsektor belegene Grundstück war allerdings Mitte 1988 im Zuge einer Grenzbegradigung aus dem Ostsektor in den Westen gewechselt. Ein Grundbuchberichtigungsanspruch wurde im März 1990 geltend gemacht.

Im Laufe des Jahres 1990 entstanden zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland flächendeckend Kreispartnerschaften. Nachdem diese zunächst im Wesentlichen durch persönliche Beziehungen begründet worden waren, setzte sich rasch die Erkenntnis durch, dass ein systematisches Vorgehen geboten war. So übernahmen die niedersächsischen Landkreise Partnerschaften für Landkreise im sich bildenden Land Sachsen-Anhalt. Dem Landkreis Diepholz wurde der Kreis Artern zugeordnet, der sich kurz darauf allerdings für eine Landeszugehörigkeit zu Thüringen entschied. Die Aufbauarbeit der einzelnen Verwaltungen

beherrschte das Jahr 1990. In verbandspolitischer Hinsicht lehnte der Deutsche Landkreistag unter Berufung auf die Personalhoheit der Kreise ab, Personal der aufgelösten DDR-Bezirke zu übernehmen oder die Kostenlast zu deren Versorgung zu tragen. An die neuen Länder wurde angesichts der Sonderregelungen im Einigungsvertrag zur Finanzverfassung appelliert, unmittelbar nach ihrer Konstituierung Finanzausgleichsgesetze zu schaffen und die Finanzierung der Kommunen durch eine höhere Beteiligung an den Landeseinnahmen als im Einigungsvertrag vorgesehen sicherzustellen. Außerdem befasste sich der Deutsche Landkreistag ausführlich mit der Übertragung von volkseigenem Vermögen auf die DDR-Kommunen.

Begrüßt wurde, dass sich die Europäische Gemeinschaft an der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung in den neuen Ländern im Rahmen der Strukturfonds mit beträchtlichen Mitteln beteiligte. Gefordert wurde zudem, dass die Hilfen für Zonenrand- und Berlin-Förderungen auslaufen müssten.

Aufgrund der Ländereinführung in der DDR entfiel überdies die Rechtsgrundlage für den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband als nunmehriger Materie des Landesrechts. Während die DLT-Hauptgeschäftsstelle dem Präsidium den dringenden Appell des DSGV nach Bündelung der Kräfte übermittelte, wurde von einzelnen Präsidiumsmitgliedern die Auffassung vertreten, dass kein Druck auf die neuen Länder ausgeübt werden dürfe, einheitlichen Gesetzen zuzustimmen. Man dürfe sich nicht mit technokratischen Argumenten zum Sprachrohr zentralistischer Organisationsformen im Sparkassenbereich machen. Alles müsse aus Selbstbestimmung, nicht aus Fremdbestimmung geschehen. Die Folge war bekanntlich, dass sich das Geschäftsgebiet des Ostdeutschen Sparkassenverbandes nach der Ländereinführung auf die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen beschränkte, während in Thüringen mit Hessen ein gemeinsamer Sparkassenverband gebildet wurde.

1991 sind noch einmal zwei Daten zu nennen, die für die Vereinigung Deutschlands von großer Bedeutung sind. Am 15.3.1991 trat der Zwei-plus-Vier-Vertrag in Kraft – ein Datum, das für die Kommunen auch deshalb von Wichtigkeit war, weil damit das „bis zum Kriegsende“ befristete Verbot der Neueinführung von Konzessionsabgaben obsolet geworden war¹¹⁾. Die originäre Bedeutung des Vertrages lag indes darin, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre volle Souveränität wiedererlangte.

Am 20.6.1991 entschied sich der Deutsche Bundestag nach langwieriger Hauptstadtdebatte mit 337 : 320 Stimmen für den „Antrag zur Vollendung der Einheit Deutschlands“ und damit für den künftigen – ab Sommer 1999 realisierten – Sitz des Deutschen Bundestages und des Kernbereichs der Regierungsfunktion in Berlin.

C. Mein Weg zum DLT

An diesem Tage war ich zu Gesprächen über den kommunalen Finanzausgleich in den Niedersächsischen Landkreistag eingeladen – Gespräche, die letztlich in der Entscheidung des NdsStGH vom 15.8.1995 (Bückeburg I)¹²⁾ mündeten. Mit meiner seinerzeitigen Tätigkeit in der Kreisverwaltung hatte dies nichts zu tun; die Zusammenarbeit beruhte vielmehr auf meiner in Kiel begonnenen wissenschaftlichen Tätigkeit. Zwei Tage später, am 22.6.1991, war mir ein besonderes Erlebnis vergönnt. Der Geschäftsführer der Verkehrsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen und Schwiegervater des seinerzeitigen Bremer Stürmers *Frank Neubarth* hatte mir zwei Karten für das DFB-Pokalendspiel Werder Bremen : 1. FC Köln im Berliner Olympiastadion im Wert von je 19,80 DM zukommen lassen. Ich hatte einige Zeit zweifelnd überlegt, ob ich dafür die Reise nach Berlin antreten sollte. Dann kam mir die Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung zur Hilfe.

¹⁰⁾ Dazu *Becker-Birck*, Der Landkreis 2010, 85 (85 f.).

¹¹⁾ *Sarrazin*, Der Landkreis 2010, 77 ff.

¹²⁾ NdsStGH, DVBl. 1995, 1175; dazu *Henneke*, NdsVBl. 1996, 9 ff.

Sie führte just am 22.6.1991 im Reichstag eine Fortbildungskonferenz für die 400 Landtagsabgeordneten in den neuen Ländern durch, auf der ich als Redner zum Thema: „Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs in den neuen Ländern“ referieren sollte. In den 70er-Jahren hatte ich als Student zahlreiche Berlin- und Zonengrenzfahrten geleitet und war bei den Grenzkontrollen sowohl in Helmstedt/Marienborn wie in Drewitz/Dreilinden sowie bei Besuchen in Ost-Berlin am Bahnhof Friedrichstraße zahlreichen zum Teil schikanösen Kontrollen ausgesetzt. Daher empfand ich es – und empfinde es bis heute – als Besonderheit, Marienborn und Drewitz mit dem Auto unkontrolliert passieren und anschließend das Brandenburger Tor durchfahren zu dürfen. Die Tagung war nämlich kurzerhand in das ehemalige DDR-Justizministerium in der Clara-Zetkin-Straße, heute wieder Dorotheenstraße, verlegt worden, also hinter dem Brandenburger Tor „gleich links“.

Der lange, ungehinderte Spaziergang zum Alexanderplatz und zurück in den Tiergarten ist mir bis heute als Besonderheit ebenso in Erinnerung wie die sonntägliche Autofahrt über Spandau nach Potsdam. Was seither Alltag geworden ist, war für mich seinerzeit fast ein Wunder. Nur nebenbei sei bemerkt, dass Werder Bremen am verregneten Abend vor meinen Augen im Berliner Olympiastadion auch noch DFB-Pokalsieger 1991 geworden ist, wenn auch nur mit 4 : 3 im Elfmeterschießen.

Da Fragen der Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs damals den neuen Ländern wie den Kommunen gleichermaßen unter den Nägeln brannte, schlossen sich an meinen Auftritt in Berlin Folgeeinsätze in verschiedenen Ländern an. Der erste führte mich am Buß- und Betttag 1991 – seinerzeit noch Feiertag – in den Harz in das sachsen-anhaltinische Alexisbad. Die Zonengrenze gab es nicht mehr, am Straßenbelag wie am Hausbrandgeruch konnte man aber sofort bemerken, wann man den Wechsel von West- nach Ostdeutschland vollzogen hatte. Nach der zweitägigen Veranstaltung mit den Landräten aus Sachsen-Anhalt und in Anwesenheit des neuen Innenministers *Hartmut Perschau* habe ich in meinem Kalender „viel herzliches und dankbares Händedrücker“ vermerkt – nicht wissend, dass mich dieses Wirken letztlich zum Deutschen Landkreistag zunächst 1992/93 nach Bonn und 2000 nach Berlin führen sollte.

Meinen ersten öffentlichen Auftritt auf einer Landkreisversammlung hatte ich am 29.1.1993 noch als Diepholzer Kreisrat neben dem heutigen sachsen-anhaltinischen Ministerpräsidenten und seinerzeitigen Finanzminister *Wolfgang Böhmer* in Nebra zum Thema: „Aufgabengerechte Finanzausstattung der Landkreise als Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung¹³⁾“. Als ich mir die am Diepholzer Bahnhof erworbene Fahrkarte zu Hause näher anschaute, stellte ich fest, dass sie mich nicht nach Nebra, sondern nach Bebra geführt hätte. Von Nebra hatte man am Bahnhof Diepholz noch nie etwas gehört. Beim Kartenumtausch erfuhr ich, dass eine Bahnreise aus der Mitte Niedersachsens nach Nebra seinerzeit zehn Stunden dauerte – für die einfache Fahrt wohl gemerkt. Ich habe den Aufwand gerne auf mich genommen. Im Ergebnis kann ich mit Dankbarkeit sagen, dass ich ohne die Deutsche Einheit und ihren nachfolgenden Regelungsbedarf auf Bundesebene und in den Ländern wahrscheinlich nie zum Deutschen Landkreistag gekommen wäre. Ein Übriges taten dazu die sog. Kreisumlageprozesse, da ich, angeregt durch meine Erfahrungen mit der Kreisumlagefestsetzung im Landkreis Diepholz, insoweit 1992 den Band „Aufgabenzuständigkeit im kreisangehörigen Raum“ verfasst hatte.

D. Zentrale Fragestellungen für den Deutschen Landkreistag in den 90er-Jahren

Betrachtet man die zentralen Themenstellungen des Deutschen Landkreistages seit 1991, ist festzustellen, dass viele Fragestellungen durch die Deutsche Einheit aufgeworfen wurden, aber auch gesellschaftliche Entwicklungen in West- wie Ostdeutschland sowie Einwirkungen aus dem zusammenwachsenden Europa, die jeweils keine spezifischen Ost-West-Fragestellungen aufgeworfen haben, die Arbeit geprägt haben.

1991 war das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz eindeutig der Deutschen Vereinigung zuzuordnen, die Ablösung des Jugendwohlfahrtsgesetzes aus dem Jahre 1922 durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz war dagegen gesellschaftlichen Umwertungen geschuldet. Die Verpackungsverordnung setzte die seinerzeit rasante Entwicklung im Umweltbereich von der Müllabfuhr über die Abfallbeseitigung und Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft mit einem Zwischenschritt fort.

Im Februar 1992 wurde der Vertrag von Maastricht unterzeichnet, mit dem die Wirtschafts- und Währungsunion ab 1999 mehr als nur Schatten vorauswarf. Im Juli 1992 trat eine Neuregelung des Asylverfahrens in Kraft. Außerdem kam es zu einer Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchsrechts. Dass dies eine unmittelbare Folge der Vereinigung Deutschlands war, weiß heute kaum noch jemand. Bezogen auf § 218 StGB war mit dem Einigungsvertrag kein einheitliches Recht geschaffen worden. An dieser Frage drohte bekanntlich der Einigungsvertrag zeitweilig zu scheitern. Schließlich verständigte man sich darauf, im Beitrittsgebiet die bestehende „Fristenlösung“ für zwei Jahre fortbestehen zu lassen – wissend, dass dies mit der Schutzpflicht-Rechtsprechung des BVerfG kollidierte. Der Pflicht zum Schutz menschlichen Lebens kann der Staat aber auf verschiedenen Wegen Rechnung tragen – einerseits durch Strafe, andererseits durch Förderung¹⁴⁾. Bundesrechtlich wurde daher 1992 ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 1998 eingeführt.

Im Übrigen befasste sich der DLT mit seinen Landesverbänden in den neuen Ländern insbesondere mit der Vorbereitung der Kreisgebietsreformen, die wegen der Schaffung sehr kleiner Kreise in der DDR im Jahre 1952 in den neuen Ländern unausweichlich erschien. Im Vollzug der Kreisgebietsreformen 1993/94 wurde die Zahl der Kreise in Ostdeutschland von ursprünglich 189 auf 86 zurückgeführt, wobei nur zwei zuvor kreisfreie Städte eingekreist wurden. Gegenläufig wurden mit Hoyerswerda und Eisenach sogar zwei bisher kreisangehörige Städte kreisfrei.

Außerdem war 1992/93 die Arbeit der Gemeinsamen Verfassungskommission intensiv zu begleiten. Heraus kam neben der Einfügung einer Staatszielbestimmung zum Schutze der natürlichen Lebensgrundlagen eine Erweiterung der Garantie kommunaler Selbstverwaltung um „die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung“¹⁵⁾.

1993 wurde der Europäische Binnenmarkt Wirklichkeit. Vom 11. – 13.3.1993 wurde zwischen Bund und Ländern in Potsdam das ab 1995 geltende Föderale Konsolidierungsprogramm (FKP), zunächst FKK für Föderales Konsolidierungskonzept und später Solidarpakt, hernach Solidarpakt I genannt, verabredet, und damit ein Zeichen für jahrzehntelange Sparnotwendigkeiten der öffentlichen Haushalte gesetzt. Das Kernelement der Verabredung wird heute gern mit der Folge vergessen, dass immer wieder der Ruf nach Abschaffung des Solidaritätszuschlags erklingt: Der Bund trat an die Länder sieben Umsatzsteuerpunkte ab, damit diese in den Stand versetzt wurden, die neuen Länder ab 1995 in den Länderfinanzausgleich einzubeziehen. Dafür erhielt der Bund das gesamte Aufkommen aus dem „Soli“ unabhängig von seiner konkreten Verwendung im Beitrittsgebiet.

Im Mai 1993 kam es nach langwierigen Verhandlungen zur Änderung des Asylgrundrechts und infolgedessen wegen der sog. „sicheren Drittstaaten-Regelung“ zu einem drastischen Rückgang der Zahl der Asylbewerber. Da sich der Bund beim Solidarpakt von den Ländern in finanzieller Hinsicht „über den Tisch gezogen“ fühlte, kam es in der Folgezeit immer wieder zu Versuchen, insbesondere im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Lasten über sog. Sparpakete auf Länder und Kommunen zu verlagern. Diese

¹³⁾ Henneke, LKV 1993, 365 ff.

¹⁴⁾ BVerfGE 88, 203 (251 ff., 255 ff.).

¹⁵⁾ Dazu ausf.: Henneke, in: Henneke/Maurer/Schoch, Die Kreise im Bundesstaat, 1994, S. 61 ff.

Bestrebungen lieferten zugleich den Ausgangspunkt der sich anschließenden intensiven Bemühungen des Deutschen Landkreistages und seiner Landesverbände um die Verankerung des strikten Konnexitätsprinzips im Grundgesetz und in den Landesverfassungen. Nach den Stationen 61. Deutscher Juristentag 1996 in Karlsruhe und 65. Deutscher Juristentag 2004 in Bonn konnte zwischen 1998 und 2006 in allen Landesverfassungen die Verankerung eines strikten Konnexitätsprinzips erreicht werden¹⁶⁾, während dem Bundesgesetzgeber mit der Föderalismusreform I ein Aufgabenübertragungsverbot auf die Kommunen auferlegt wurde¹⁷⁾, dem Bundespräsident Köhler bereits im Dezember 2006 mit der Nichtausfertigung des Verbaucherinformationsgesetzes¹⁸⁾ rasch Wirksamkeit verschaffte.

Das Aufgabenübertragungsverbot hat wiederum zur Folge, dass bundesgesetzlich modifizierte Aufgaben wie im Kinderförderungsgesetz von den Ländern an die Kommunen weitergeleitet und aufgrund der landesverfassungsrechtlichen Konnexitätsregelungen auch finanziert werden müssen. Dies hat am Ende eines langen Weges der VerfGH NW¹⁹⁾ am 12.10.2010 zu Recht herausgestellt.

Das 1993 verabschiedete Pflegeversicherungsgesetz vermochte in der Folgezeit den Anstieg kommunaler Soziallasten vorübergehend zwar zu bremsen, ohne allerdings die grundsätzliche Finanzierungsproblematik lösen zu können. Ab 1992 belasteten zudem zahlreiche sog. Kreisumlageprozesse die Aufgabenwahrnehmung im kreisangehörigen Bereich. Mit großem Kraftaufwand haben die Kreise diese Streitigkeiten im Ergebnis alle erfolgreich überstanden. Ihr Selbstverwaltungsrecht ist gestärkt worden²⁰⁾ – zusätzliches Geld ist dadurch allerdings nicht in den kreisangehörigen Raum gekommen.

1994 war das Jahr der Kreisgebietsreformen in den neuen Ländern und der einigungsbedingten Verfassungsreform aufgrund der Beratungen der Gemeinsamen Verfassungskommission. Es war auch das Jahr der Normierung der Privatisierung von Bundesbahn, Reichsbahn, Post, Telekommunikation und Postbank mit erheblichen Folgen für die Aufrechterhaltung von Infrastrukturleistungen in der Fläche (z.B. Regionalisierung des ÖPNV). „Gewährleistung statt Eigenerbringung“ lautete das Schlagwort nicht nur in diesen Materien in den folgenden Jahren. Auch wurde das KrW-/AbfG verabschiedet.

1995 traten die Pflegeversicherung und der Solidarpakt I in Kraft. Bereits 1996 verständigten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf einen Stabilitätspakt für den Euro (sog. „Maastricht-Kriterien“). Der DLT unterbreitete bereits im selben Jahr einen Vorschlag für die innerstaatliche Umsetzung²¹⁾. Ihre rechtliche Realisierung sollte indes noch weitere 13 Jahre (!) in Anspruch nehmen, bis mit der Schuldenbremse in Art. 109 Abs. 3 GG im Zuge der Föderalismusreform II²²⁾ eine Verständigung gefunden wurde.

Ab 1996 fand eine intensive Diskussion um die Liberalisierung des Energiemarktes statt, die bereits 1998 mit dem EnWG umgesetzt wurde. Eine Ostdeutschland-spezifische Thematik der Kommunen konnte 1996 gelöst werden: Die Altschulden gesellschaftlicher Einrichtungen wurden in Höhe von 8,4 Mrd. € in den Erblastenümlagefonds übernommen.

Ab 1997 entbrannte infolge der Liberalisierung des Energiemarktes eine jahrelange Diskussion um eine Ausweitung der Kommunalwirtschaft durch Erschließung neuer Geschäftsfelder. Der Deutsche Landkreistag trat hier stets für Lösungen mit Augenmaß ein²³⁾. Auch gelangten sparkassenpolitische Fragestellungen auf die Agenda. Dabei glaubte man in Deutschland, mit einer Protokollnotiz zum Amsterdamer Vertrag eine Bestandsgarantie für Sparkassen und Landesbanken erlangt zu haben – nicht ahnend, dass immer neue Fragen der Sparkassenpolitik die Diskussion mit der Europäischen Kommission, aber auch in den Ländern bis heute bestimmen sollten.

Eine Folge der Deutschen Einheit war die verfassungsrechtliche Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer, da die Gewerbesteuer nur im alten Bundesgebiet, nicht aber im Bei-

trittsgebiet erhoben wurde. Diese Ungleichheit galt es zu beseitigen. Mit Mühe verständigte man sich schließlich auf die Abschaffung der Gewerbesteuer in den westdeutschen Kommunen bei Schaffung einer kommunalen Umsatzsteuerbeteiligung für alle deutschen Gemeinden mit wirtschaftsbezogener horizontaler Verteilung. Wie mühevoll die Suche nach einem sachgerechten Verteilungsschlüssel im Detail sein kann, zeigt gerade die Verteilung des kommunalen Umsatzsteueranteils auf die einzelnen westdeutschen bzw. ostdeutschen Kommunen. Nach diversen Zwischenregelungen ist ein neuer Verteilungsschlüssel gefunden worden, der (erst) ab dem Jahre 2018 vollständig zur Anwendung gelangt und sich seit 2009 in der Aufbauphase befindet²⁴⁾.

Einen wichtigen Erfolg konnten die Kommunen im November 1997 vor dem NdsStGH in Bückeburg erzielen²⁵⁾. Dort wurde der kommunale Finanzausgleich mit einer sehr fundierten Begründung erneut für verfassungswidrig erklärt. Die Folgen von „Bückeburg II“ bestimmten jahrelang die Finanzausgleichsdiskussion zwischen Ländern und Kommunen nicht nur in Niedersachsen²⁶⁾.

Zwischen Herbstanfang 1997 und Frühlingsbeginn 1998 wurden im Deutschen Landkreistag alle Fragestellungen hinsichtlich des Umzugs der Hauptgeschäftsstelle von Bonn auf das Restitutionsgrundstück am Potsdamer Platz²⁷⁾ komplett geregelt, Ende 1999 war das Bürogebäude fertiggestellt, im Februar 2000 fand der Komplettumzug statt. Eine wirklich geglückte Gemeinschaftsaktion aller daran Beteiligten!

1998 war das Jahr des Regierungswechsels von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün, von Helmut Kohl zu Gerhard Schröder. Sparkassenstrukturfragen bestimmten die Diskussion (Sachsen-Finanzverband und -verbund, Stammkapitalbildung in Rheinland-Pfalz). Innerhalb des Deutschen Landkreistages zeichnete sich bei der lang diskutierten Frage der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bereits 1998 eine erste Bewegung ab. Viele erfolgreiche Pilotprojekte in einzelnen Kreisen ließen bei immer mehr Akteuren die Erkenntnis wachsen: „Das können wir besser.“

1999 trat die Europäische Währungsunion in Kraft. Mitte des Jahres vollzog der Bundestag den Umzug nach Berlin. Erste rot-grüne Reformprojekte traten in Kraft. Das BVerfG erließ das sog. Maßstäbegerichtsurteil zur Umsatzsteuerverteilung und zum Länderfinanzausgleich²⁸⁾.

E. Entwicklungen seit 2000

Ende 2000 qualifizierte der SächsVerfGH²⁹⁾ das Sparkassenwesen als kommunale Aufgabe mit weitreichenden Konsequenzen für die sehr eingeschränkte Zulässigkeit vertikaler Verbundlösungen selbst auf der Grundlage freiwilliger Beitrittsentscheidungen. „Keine unzulässige Mischverwaltung“ lautete verkürzt die Kernaussage, wie sieben Jahre später erneut bei der Entscheidung des BVerfG zum SGB II³⁰⁾. Auch 2001 ragte ein Spar-

¹⁶⁾ Dazu ausf.: Henneke, Der Landkreis 2006, 258 ff.

¹⁷⁾ Dazu ausf.: Henneke, in: Schmidt/Bleibtreu/Hofmann/Hoplauf, GG, 12. Aufl. 2011, Art. 84 Rn. 24 ff.

¹⁸⁾ Dazu Henneke, Der Landkreis 2007, 3.

¹⁹⁾ Der Landkreis 2010, 592 ff.

²⁰⁾ Dazu ausf.: Henneke, Die Kommunen in der Finanzverfassung des Bundes und der Länder, 4. Aufl. 2008, S. 312 ff.

²¹⁾ Henneke, Zeitschrift für Gesetzgebung 1996, 299 ff.; ders., NdsVBl. 1997, 25 ff. sowie 56 ff.; ders., Der Landkreis 1997, 75 ff.

²²⁾ Dazu ausf.: Henneke (Fn. 17), Art. 109 GG, Rn. 48 ff.

²³⁾ Dazu ausf.: Henneke, NdsVBl. 1998, 273 ff. sowie 1999, 1 ff.; ders., Der Landkreis 1999, 226.

²⁴⁾ Dazu ausf.: Henneke, Bundesstaat und kommunale Selbstverwaltung nach den Föderalismusreformen, 2009, S. 73 f.

²⁵⁾ NdsStGH, DVBl. 1998, 185; dazu ausf.: Henneke, NdsVBl. 1998, 25 ff.; ders., ZG 1998, 1 ff.

²⁶⁾ Dazu ausf.: Henneke (Fn. 20), S. 222 ff.; ders., DÖV 2008, 857.

²⁷⁾ Dazu Becker-Birck, Der Landkreis 1998, 703 ff.

²⁸⁾ BVerfGE 101, 158 (215 ff., 227 ff.); dazu ausf.: Henneke, Die Neue Verwaltung 2000, 21 ff.; ders., Der Landkreis 2000, 217 ff.

²⁹⁾ SächsVerfGH, LVerfGE 11, 393; dazu ausf.: Henneke, Kommunale Sparkassen – Verfassung und Organisation, 210, S. 67 f. sowie 80 ff.

³⁰⁾ BVerfGE 119, 331.

kassenthema heraus, die Verständigung mit der Europäischen Kommission über die Anstaltslast und Gewährträgerhaftung³¹). In der Finanzmarktkrise ab 2007/08 sollte sich erweisen, dass die vierjährige Übergangsfrist bis Juli 2005 mit Blick auf die Landesbanken jedenfalls zum Teil verhängnisvoll war.

Als Konsequenz des Maßstäbegerichtsurteils wurde bereits 2001 das Solidarpaketfortführungsgesetz³²) mit einer Laufzeit von 2005 – 2019 (Solidarpakt II) verabschiedet, in dem eine Degression der Leistungen vorgesehen ist, bis dann Ende 2019 die Nulllinie erreicht wird.

Spätestens 2002 hatte der Deutsche Landkreistag dann durch die seinerzeitige Gemeindefinanzreformkommission sowie die Hartz-Kommission: „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ das zweite Dauerthema neben den Sparkassenfragen für die erste Dekade des neuen Jahrhunderts gefunden: die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, also die Organisation des SGB II bzw. von Hartz IV. Immer offensiver kämpfte der Deutsche Landkreistag für eine kommunale Gesamtzuständigkeit bei abgesicherter Finanzierung und erreichte schließlich das sog. Optionsmodell, das Ende 2003 verabschiedet wurde. 2003 war im Übrigen das Jahr der Agenda 2010. Exakt zehn Jahre nach dem FKP vom 11. – 13.3.1993 verkündete Bundeskanzler Schröder am 14.3.2003 mit der Agenda 2010 neue und auf Dauer gerichtete Einsparnotwendigkeiten.

2004 wurde das Optionsmodell näher ausgeformt, eine Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft erreicht und der geplante „Asset-Deal“ bei der Sparkasse Stralsund, der im Erfolgsfall ausgreifende Konsequenzen für das öffentlich-rechtliche Sparkassensystem gehabt hätte, verhindert³³). In der Föderalismuskommission I wurde das Aufgabenübertragungsverbot des Bundes auf die Kommunen geboren³⁴) und elf Landkreise erhoben Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe gegen die Aufgabenübertragung auf die Kommunen ohne Kostenausgleich und die Mischverwaltung beim SGB II.³⁵)



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel 2007 Gastrednerin der DLT-Landeskreisversammlung. Foto: Mark Frantz

2005 trat das SGB II in materieller Hinsicht in Kraft; die Höhe der Bundesbeteiligung an den Kosten beherrschte die politische Debatte ebenso wie die Abwehr von Bevormundungen der Bundesagentur für Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften. In Baden-Württemberg kam es zu einer bundesweit viel beachteten bedeutsamen Stabilisierung der Kreisebene durch die Eingliederung nahezu aller Sonderbehörden.

2006 trat die Föderalismusreform I in Kraft. 2007 gelang der Sparkassenorganisation unter massiver Trägerhilfe der Erwerb der Berliner Sparkasse, womit deren materielle Privatisierung verhindert werden konnte. Der Ausbau der Kinderbetreuung beherrschte spätestens seit dem Krippengipfel Anfang April 2007 die politische Diskussion und kurz vor Weihnachten erklärte das BVerfG die Arbeitsgemeinschaften nach § 44b SGB II als unzulässige Mischverwaltung für verfassungswidrig³⁶). In Sachsen-Anhalt kam es zu einer erneuten Kreisgebietsreform in Reaktion auf die Folgen des demografischen Wandels, während die in Mecklenburg-Vorpommern geplante, heftig umstrittene Bildung von fünf Regionalkreisen bei Einkreisung aller kreisfreien Städte vom LVerfG MV³⁷) zu Recht für verfassungswidrig erklärt wurde. Insbesondere das ehrenamtliche Element kommunaler Selbstverwaltung wurde damit gestärkt und die Aufrechterhaltung überschaubarer Strukturen als Merkmal kommunaler Selbstverwaltung hervorgehoben.

2008 wurde auch in Sachsen eine weitere Kreisgebietsreform bei Einkreisung von vier bisher kreisfreien Städten vollzogen. Seither gibt es in Ostdeutschland nur noch 66 Landkreise. Die Zahl der Landkreise in Westdeutschland ist demgegenüber seit 1977 mit

237 unverändert geblieben – wobei die Landeshauptstadt Hannover in die Region Hannover und die Stadt Aachen in die nunmehrige StädteRegion Aachen eingekreist worden sind. Landkreise finden sich nunmehr also zwischen Aachen und Görlitz sowie von Aachen bis Zwickau³⁸).

Anfang 2009 wurde das Konjunkturpaket II mit einem Investitionsvolumen von 13,3 Mrd. Euro aufgelegt, das für die Kommunen eine große Chance, aber auch eine große Herausforderung gewesen ist³⁹). Im Sommer 2009 wurde die Föderalismusreform II mit der Schuldenbremse, deren volle Wirkung allerdings erst im Jahre 2020 eintritt, geregelt. Bis dahin stehen riesige Aufgaben vor allen Ebenen im Staatsaufbau: Die Netto-Neuverschuldung von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern darf dann zusammengenommen nicht höher sein als die allein von der neuen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen nunmehr geplante Nettokreditaufnahme. Da die Mittel für die neuen Länder im Solidarpaket II degressiv ausgestaltet sind, droht in den nächsten Jahren im dritten Jahrzehnt nach der Wiedereinigung eine neue West-Ost-Diskussion. Da infolge der Finanzkrise auch die kommunalen Einnahmen eingebrochen sind, während sich die Ausgaben weiterhin dynamisch entwickeln, versucht in diesem Jahr die Gemeindefinanzkommission einen Dreisprung:

- originäre Einnahmen stabilisieren,
- + Ausgabenwachstum bei fremdbestimmten Aufgaben brechen,
- + Entstehen neuer Belastungen verhindern.

Noch ist offen, ob dieses Vorhaben erfolgreich sein wird.

F. Resümee

Vieles mehr hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten ereignet, z.B. der Übergang zur Direktwahl der Landräte in (fast) allen Bundesländern⁴⁰), der Siegeszug der IT-gestützten Verwaltung, während vor 20 Jahren noch nicht einmal alle Verwaltungen über ein Telefaxgerät verfügten, usw., usw. Nur wenige Einzelaspekte konnten hier herausgestellt werden.

Resümierend wird man sagen können: In West- wie Ostdeutschland verfügen wir über äußerst leistungsfähige Kreisverwaltungen und im europäischen Vergleich über eine einzigartige kommunale Infrastruktur. Die Wiedervereinigung ist gelungen, gemeinsame Herausforderungen allerdings bleiben. Manche haben ihre Ursache in Brüssel, viele in der Übernormierung durch Bund und Länder, die zu einem Ersticken kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten geführt hat. Der Gedanke der *Selbst-Verwaltung* in Kreisen und Gemeinden und der dafür erforderlichen Ressourcen muss sich seine Legitimation immer wieder gegen bundes- und landesgesetzliche Vereinheitlichung neu erkämpfen. Das bürgerschaftliche Eintreten für die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft unterfällt dem Diktum von *Ernst-Wolfgang Böckenförde*: „Der freiheitliche, säkularisierte Rechtsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

„Wir sind das Volk“ gilt gemäß Art. 28 Abs. 1 S. 2, 3 GG eben nicht nur auf der Ebene des Bundes und der Länder, sondern zu allererst in den Gemeinden und Kreisen. ■

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke,
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Berlin

³¹) Dazu ausf.: Henneke, Der Landkreis 2002, 146 ff.; ders. (Fn. 29), S. 135 ff.

³²) Dazu ausf.: Henneke, Jura 2001, 767 ff. sowie ders., Der Landkreis 2002, 167 ff.

³³) Dazu ausf.: Henneke (Fn. 29), S. 119 ff.

³⁴) Vgl. Fn. 17.

³⁵) Dazu Henneke, Der Landkreis 2005, 3.

³⁶) BVerfGE 119, 331; dazu ausf.: Henneke, Der Landkreis 2008, 5 ff.

³⁷) LVerfG MV, LVerfG 18, 342; dazu ausf.: Henneke, Der Landkreis 2007, 438.

³⁸) Zwischen Aachen und Görlitz – Von Aachen bis Zwickau: Die 301 Landkreise und ihre Landräte 2009, Schriften des DLT, Band 85.

³⁹) Dazu BVerfG, Der Landkreis 2010, 540 f.

⁴⁰) Dazu ausf.: Henneke/Ritgen, DÖV 2010, 665 sowie dies., Der Landkreis 2010, 222.

20 Jahre Freiheit und Demokratie im vereinten Deutschland

Lieber Herr Henneke, meine Damen und Herren Landräte. Ich grüße die wirklich Mächtigen in diesem Land. Diesen Gruß habe ich schon oft verwendet. Ich bin 33 Jahre Mitglied im Deutschen Bundestag gewesen und hatte dort mit vielen Landräten zu tun. Die haben sich immer gefreut, wenn ich das gesagt habe. Ich bleibe bei meiner Meinung.

Dies sind Jahre der Jubiläen – 2009/2010: 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland, 60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre Beginn der friedlichen Revolution, 20 Jahre Fall der Mauer, 20 Jahre Deutsche Einheit. Am 3.10.1990 konnten wir auf dem riesigen Platz vor dem Westportal des Reichstages mit Hunderttausenden von Menschen die Wiedervereinigung feiern.

Ich teile die Meinung von *Helmut Schmidt*, der heute Mittag eine sehr beeindruckende Rede gehalten hat zu den drei Vätern der Deutschen Einheit: *Michael Gorbatschow*, *George Bush* und *Helmut Kohl*, und der gesagt hat, dass wir auch heute allen Grund haben, dankbar zurückzublicken auf den Umstand, dass jetzt in ganz Deutschland Freiheit und Demokratie seit 20 Jahren herrschen. In diese Freude mischen sich – das will ich gleich vorweg sagen – aber auch immer wieder andere Stimmen, auch von Agitatoren: Die Deutsche Einheit sei viel zu schnell gekommen. Im Einigungs- und Staatsvertrag seien gravierende Fehler gemacht, die Errungenschaften der DDR nicht richtig gewürdigt worden usw.

Ich habe mir noch einmal in Erinnerung gerufen, was ich im Juli 1992 als damaliger Bundesinnenminister in einem Vortrag an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena vorhergesagt habe:

„Nach Vollendung der staatlichen Einheit stehen wir jetzt vor der historischen Aufgabe, einheitliche, rechtliche, wirtschaftliche, soziale und ökologische Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Was wir uns hier vorgenommen haben, ist ein gigantisches Unternehmen – die Umwandlung einer über 40 Jahre gewachsenen sozialistischen, zentralistischen, planwirtschaftlichen Kommandowirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft innerhalb von wenigen Jahren. Dies ist nicht nur eine wirtschafts- und finanzpolitische Herausforderung, sondern vielleicht mehr noch eine geistige und kulturelle Herausforderung, in Deutschland zwei gegensätzliche Gesellschaftsordnungen zu vereinen, die nicht nur durch einen unterschiedlichen Lebensstandard, sondern über viele Jahrzehnte hinweg durch ein unterschiedliches gesellschafts-politisches Bewusstsein geprägt waren.“

Waren wir auf die Wiedervereinigung vorbereitet?

Waren wir – die Bundesregierung, der Deutsche Bundestag, die deutsche Öffentlichkeit, der Westen, der Osten – 1989 auf die Wiedervereinigung vorbereitet?

Als ich Ende April 1989 zum Chef des Kanzleramtes berufen wurde und damit auch – das war so im Grundlagenvertrag geregelt – zum Verhandlungspartner der DDR, hat niemand gewusst oder geahnt, dass die friedliche Revolution in Europa anderthalb Jahre später zur Wiedervereinigung Deutschlands führen würde. Ich erinnere mich an das Übergabegespräch mit *Wolfgang Schäuble*, der ins Innenministerium wechselte: Auf dem Tisch lagen die wichtigsten unerledigten Akten, keine davon betraf die DDR und beinahe im Aufstehen sagte *Schäuble*: „Die Verkehrsvereinbarungen sind abgeschlossen. Ungelöst ist das Problem der Elbegrenze. Ministerpräsident *Albrecht* hat besondere Wünsche zum kleinen Grenzverkehr. In den nächsten Wochen wird *Schalck-Golodkowski* auf Dich zukommen und Deinen Antrittsbesuch bei

Erich Honecker vorbereiten.“ Das war’s. Auch mein Gespräch Anfang Juli 1989 bei *Honecker* ergab keinen Hinweis auf die tiefen Erschütterungen in der DDR, die im Laufe der folgenden Wochen sichtbar werden sollten.

Anfang August veränderte sich die Lage dramatisch. Ich musste die Ständige Vertretung in Ost-Berlin schließen, weil sie mit 117 Flüchtlingen absolut überfüllt war. Gleichzeitig flohen Tausende von DDR-Einwohnern in die deutschen Botschaften in Budapest, Warschau und Prag. Die DDR geriet international immer stärker unter Druck. Der damalige Zeitpunkt war ja in vielen osteuropäischen Ländern geprägt von Reformversuchen, in Ungarn wurde die Einführung des Mehrparteiensystems beschlossen, in Polen begann die Vorbereitung auf erste freie Teilwahlen und der Name *Gorbatschow* verband sich mit Glasnost und Perestrojka. Ungarn öffnete daher am 10.9. seine Grenzen nach Österreich, vorausgegangen war das Geheimgespräch der ungarischen Regierung mit Bundeskanzler *Helmut Kohl* auf Schloß Gymnich bei Bonn.

Ich sage auch im Rückblick, dass wir den Ungarn unglaublich viel zu verdanken haben. Sie haben uns bei unseren Verhandlungen mit der DDR über die Botschaftsflüchtlinge in Prag sehr geholfen. *Helmut Kohl* hat in seinen Erinnerungen an dieses Gespräch geschrieben, ihm seien die Tränen in die Augen gestiegen, als auf die Frage, „Was wollt Ihr Ungarn dafür haben?“ – die Zusage kam, alle Deutschen können über die Grenze in die Freiheit ausreisen – Ministerpräsident *Mehmet* sagte: „Ungarn verkauft keine Menschen.“ Danach habe es ein Telefongespräch gegeben zwischen *Helmut Kohl* und *Michael Gorbatschow*, weil die Ungarn natürlich nicht wussten, wie reagiert Moskau, wie reagieren die osteuropäischen Länder auf den Bruch der Vereinbarungen im Hinblick auf die Botschaften? Und in dem Telefongespräch hat *Helmut Kohl* gefragt: „Die Ungarn haben vor, die Grenze zu öffnen, wie wird Moskau darauf reagieren?“ Dann habe es einen Augenblick Stille gegeben am Telefon, dann habe *Gorbatschow* gesagt: „Die Ungarn sind gute Leute.“ Das war ein klares Signal, dass Moskau politisch nichts unternehmen würde.

Drei entscheidende Ereignisse im Jahr 1989

Mit anderen Worten: Erst im späteren Verlauf des Jahres 1989 rückte der Gedanke der staatlichen Einheit Deutschlands für die absehbare Zeit näher und die Bundesregierung konnte zu einer konsequent operativen Politik der Wiedervereinigung übergehen. Es waren neben den machtvollen und in der ganzen Welt vernehmbaren friedlichen Demonstrationen der Menschen im Osten vor allem drei Ereignisse des Jahres 1989, die der Bundesregierung immer stärker die Überzeugung vermittelten, dass es zur Wiedervereinigung Deutschlands kommen könne und werde. Sie betrafen den 30.9., den 9.11. und den 19.12. Ich nenne diese Daten deshalb, weil sie die Hilflosigkeit der DDR-Führung und ihren rapiden Autoritätsverlust deutlich machten:

- Am 30.9. stand ich mit *Hans Dietrich Genscher* auf dem Balkon der Prager Botschaft. Die DDR wollte in einem – wie sie betonte – einmaligen humanitären Akt die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge in Prag, Warschau und Budapest genehmigen. Es blieb nicht bei einem einmaligen Akt, am 2.10. waren die Botschaften schon wieder von Zufluchtsuchenden gefüllt, die DDR musste erneut nachgeben. Und deswegen ist es sicherlich wahr und zutreffend, wenn man sagt: „In Prag wurde der erste Stein aus der Mauer gebrochen.“
- Die totale Öffnung aller Grenzübergänge am 9.11. war nicht zurückzuführen auf eine überlegte Entscheidung der DDR-

Regierung, sondern Folge von chaotischen Beratungen des Politbüros, wo niemand wusste, was man konkret beschlossen hatte. Sie kennen die berühmte Pressekonferenz von Herrn *Schabowski*, der völlig überfordert war, kurz vorher Papiere gelesen hatte, sie aber nicht richtig verstanden hatte, und dann „sofort und unverzüglich“ sagte, was die Medien aufgriffen. Und dann strömten die Menschenmassen zu den Grenzübergangsstellen. Gott sei Dank gab es vernünftige Grenzoffiziere, die von ihrer Führung völlig im Stich gelassen wurden und die Schlagbäume öffneten. Es war der zweite historische Tag, der den Autoritätsverfall der DDR signalisierte. Von diesem 9.11. möchte ich eine kleine Geschichte erzählen, weil ich vor einigen Monaten in Mailand am Goethe-Institut und in der Universität war und mit *Lech Walesa* über europäische Fragen diskutiert habe. Betreut wurde ich von dem deutschen Generalkonsul in Mailand, Dr. *Axel Hartmann*, der – als ich 1989 Chef des Kanzleramtes war – mein stellvertretender Büroleiter war. Und er erinnerte mich an eine Geschichte, die ich längst vergessen hatte. Er sei am Mittag des 9.11.1989 zu mir ins Büro gekommen und habe gefragt, ob er das Kanzleramt etwas früher verlassen darf. Zu Hause gäbe es einen Kindergeburtstag und seine Frau käme mit den Kindern nicht alleine klar. Und ich hätte gesagt: „Sie können ruhig gehen, heute passiert nichts mehr.“

- Und schließlich der 19.12., als der Bundeskanzler der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland in die DDR reiste und die DDR-Führung ihn – an der Frauenkirche in Dresden – mit der eigenen Bevölkerung allein ließ, weil man den Beifall für *Kohl* und die gleichzeitigen Pfiffe für sich selbst fürchtete.

Während das 10-Punkte-Programm des Bundeskanzlers vom 28.11. noch von einer viel längeren Zeitschiene ausging, vermittelte der 19.12. uns in der Bundesregierung endgültig die Überzeugung, dass es keinen Sinn mache, weitere Absprachen mit der Regierung *Modrow* zu treffen – mit einer Ausnahme: Möglichst schnell die freien Wahlen in der DDR durchzusetzen, die dann ja auch am 18.3.1990 folgten.

Hätten wir dennoch – was nicht geheim geblieben wäre – Schubladenpläne für den Fall des Falles haben müssen? Dazu zitiere ich *Richard Schröder*, SPD-Abgeordneter in der Volkskammer der DDR sowie im Deutschen Bundestag zur Zeit der Wiedervereinigung, 1993 Verfassungsrichter des Landes Brandenburg, Professor für systematische Theologie an der Humboldt-Universität Berlin: „Warum hat sich die Bundesregierung nicht auf die Vereinigung vorbereitet? Die Antwort ist sehr einfach: Die Planung der deutschen Vereinigung hätte sie mit Sicherheit verhindert, denn das hätte die Entspannungspolitik ruiniert. Lautstarke Proteste aus dem Osten und verhaltene, aber entschiedene Kritik aus dem Westen Europas hätte das ausgelöst. Der italienische Politiker *Andreotti* hatte nicht nur für sich gesprochen, als er sagte: ‚Wir lieben Deutschland so sehr, dass wir am liebsten zwei davon haben.‘“

Man darf nicht vergessen: Die Teilung Deutschlands, scheinbar stabilisiert durch die Mauer, scheinbar sanktioniert durch den innerdeutschen Grundlagenvertrag, wie ihn die internationale Öffentlichkeit verstand, war ja für viele, auch in den westlichen Partnerstaaten, zu einem selbstverständlichen Element der europäischen Stabilität geworden, ganz abgesehen davon, dass sie, auch wenn sie aus anderen Gründen entstanden war, für Teile der westlichen Eliten die Funktion einer Sicherung gegen die Wiederkehr deutscher Hegemonialambitionen nie völlig verloren hatte. *Helmut Kohl* hat in seinen Erinnerungen an das internationale Echo auf seine mit großer Vorsicht verkündeten zehn Punkte zutreffend geschrieben, nie habe er einen EG-Gipfel in so eisiger Atmosphäre wie den in Straßburg am 8./9.12.1989 erlebt. Speziell die Briten, damals auch noch die Franzosen, waren äußerst irritiert. Aber zu dem Zeitpunkt waren mittlerweile die Rufe



Dr. rer. pol. h.c. Rudolf Seiters (r.) – hier im Bild mit DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Mitte) und Landrat Clemens Lindemann (Saarpfalzkreis) – blickt dankbar auf den Umstand zurück, dass seit 20 Jahren in ganz Deutschland Freiheit und Demokratie herrschen. Foto: Dr. M. Mempel

nach Freiheit und Selbstbestimmung in ganz Europa unüberhörbar geworden.

Die heftigsten Gegner der Wiedervereinigung waren *Margaret Thatcher* und *François Mitterand*. Dieser war im Jahre 1989 nicht schon der *Mitterand* des Jahres 1990 und noch kein wirklicher Freund und Wegbegleiter des deutschen Wiedervereinigungsprozesses gewesen. Er hat am 21.12., einen Tag vor Wiederöffnung des Brandenburger Tores, noch die DDR offiziell besucht. Er wurde empfangen von dem damaligen amtierenden Staatsratsvorsitzenden und Liberaldemokraten *Gerlach*, einer völlig unbedeutenden Figur. Nun muss man sich den Führer der großen Nation Frankreich vorstellen, wie er dort von wem empfangen und behandelt wurde. Er ist total frustriert nach Paris zurückgekehrt. Ein Schlüsselerlebnis für ihn: *Helmut Kohl* hat die Gunst der Stunde genutzt und ihn für zwei Tage Anfang Januar besucht. Wir haben lange Gespräche geführt, und das war im Grunde die Weggabelung auf dem Weg zur Deutschen Einheit auch für *Mitterand*. *Mitterand* hatte drei Vorbehalte. Erstens: *Gorbatschow* darf nicht beschädigt werden. Das war auch die Meinung von *Kohl*: nichts überstürzen, niemanden provozieren, Rücksicht nehmen auf Befindlichkeiten; zweitens: die deutsch-polnische Grenze muss anerkannt werden; drittens: der Prozess der europäischen Einigung muss fortgesetzt werden. Das waren alles Bedingungen, die von *Helmut Kohl* nicht in Frage gestellt wurden.

Den Mantel der Geschichte zum richtigen Zeitpunkt ergriffen

Ist die Wiedervereinigung der Bundesregierung in den Schoß gefallen? Natürlich hätte es wohl keine Wiedervereinigung gegeben ohne die *Solidarność*-Bewegung in Polen, ohne die Liberalisierung Ungarns, ohne *Gorbatschow* und seine Politik von Perestrojka und Glasnost, ohne die Massenfluchten und Massendemonstrationen in der DDR. Sie waren die entscheidenden Ereignisse. Ich behaupte aber, dass die damalige Entwicklung auch einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn nicht die Bundesregierung den „Mantel der Geschichte“ zum richtigen Zeitpunkt ergriffen und die damals gegebene historische Chance konsequent genutzt hätte. Es gab damals auch ganz andere Stimmen in Deutschland. *Egon Bahr*, der Chefberater der sozialliberalen Koalition, hatte in seinem deutschlandpolitischen Programm eine ganz andere langfristige Konzeption zur Deutschen Einheit entwickelt, die unter dem von ihm selbst geprägten Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ bekannt geworden ist und die man präziser als „Wandel durch Stabilisierung“ bezeichnen müsste. Die DDR sollte „transformiert“ werden; hierzu würden – so die Annahme – die regierenden Kommunisten bereit sein, wenn ihre Herrschaft nicht mehr durch den Westen in Frage gestellt und ihr Regime durch Unterstützung aus dem Westen auch wirtschaftlich stabilisiert sein würde. Der europäische Rahmen einer

solchen Politik sollte eine Friedensordnung sein, in der ein militärisch verdünntes Mitteleuropa in seiner Stabilität von den Großmächten garantiert würde, unter langfristigem Wegfall von NATO und Warschauer Pakt. NATO und deutsche Teilung seien Zwillingsgeschwister, betonte *Egon Bahr* noch bis kurz vor der Wiedervereinigung.

Anders war die deutschlandpolitische Perspektive der CDU/CSU-geführten Bundesregierung. Natürlich musste die Politik der „kleinen Schritte“ fortgeführt werden – aber nicht mit dem Ziel der Stabilisierung des Regimes, sondern mit dem Ziel zunehmender Begegnungsmöglichkeiten für die Menschen in Deutschland. Und gleichzeitig musste die Forderung nach Durchsetzung der Menschenrechte und der Selbstbestimmung in den Ost-West-Beziehungen immer wieder thematisiert werden. Wir waren überzeugt, dass Freiheit und Selbstbestimmung in der DDR irgendwann zur Wiederherstellung der Deutschen Einheit führen müsse. Von der unglaublichen Beschleunigung dieses Prozesses bis hin zum 3.10.1990 sind auch wir überrascht worden. Aber wir haben die Chance entschlossen genutzt.

Ich habe diesen kurzen historischen Exkurs gemacht, weil er die Unterschiedlichkeit der Positionen verdeutlicht, die die Regierungskoalition und die Oppositionsparteien im Herbst 1989 zu den Ereignissen in der DDR einnahmen. Die einen drängten auf die Reformkräfte der SED zu setzen, um wenigstens das aus ihrer Sicht maximal Erreichbare, eine Demokratisierung der DDR, nicht zu gefährden. Die anderen – die Bundesregierung – hatten kein Problem mit dem Übergang zu einer operativen Politik der Wiedervereinigung; er lag auf der Linie und in der Konsequenz ihrer deutschlandpolitischen Konzeption, und diese Konzeption entsprach dem Willen der Menschen in der DDR. Die SED geriet in den Zangengriff zwischen den Forderungen der Demonstranten und den gleichlautenden Forderungen der Bundesregierung.

Die Menschen gaben sich mit kosmetischen Reformen und personellen Veränderungen an der SED-Spitze nicht zufrieden; sie verlangten die vollen demokratischen Rechte. Und sie blieben nicht bei einer demokratisierten DDR stehen, sondern verlangten die Deutsche Einheit als deutlich wurde, dass sie kein bloßer Wunschtraum blieb, sondern ein erreichbares Ziel war.

Die Gespräche in den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen und insbesondere in dem Dreieck Bonn-Washington-Moskau will ich hier nicht im Einzelnen nachzeichnen. Ausschlaggebend war letzten Endes, dass die sowjetische Führung zur Verminderung ihrer Rüstungslasten auf die Kooperation mit den USA und zugleich auf die wirtschaftliche und finanzielle Kooperation mit der Bundesrepublik angewiesen war. Wenn sie ihre politische Linie nicht grundlegend ändern und die Zusammenarbeit nicht abrechnen wollte, konnte sie nicht anders, als in der deutschen Frage einer Lösung zuzustimmen, die in der Substanz den westlichen und den deutschen Vorstellungen entsprach. Nämlich: Keine Friedenskonferenz mit allen 60 oder 70 kriegsbeteiligten Staaten (das hätte einen monatelangen Verhandlungsmarathon bedeutet), sondern Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen (die beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten), keine singularisierenden oder diskriminierenden Sonderbestimmungen für Deutschland, volle Souveränität und damit auch die Freiheit, einem Bündnis der eigenen Wahl anzugehören, also der NATO, wenn auch mit begrenzten Sonderbestimmungen für die neuen Bundesländer. Das war im Übrigen die Voraussetzung, unter der allein die Zustimmung der Westmächte zur Deutschen Einheit zu erlangen war. Die Stabilisierung des deutschen NATO-Engagements und die Fortführung des europäischen Integrationsprozesses mussten abgesichert werden.

Sie waren zugleich der Schlüssel zur Überwindung der britischen und französischen Vorbehalte, wie sie sich bereits auf dem EG-Gipfel in Straßburg im Dezember 1989 – darüber habe ich gesprochen – gezeigt hatten. Die wichtigste Voraussetzung der Einheit jedoch war der wirtschaftliche und politische Zusam-

menbruch des realsozialistischen Systems in den Ostblockstaaten und in der Sowjetunion selbst, die sich daraufhin genötigt sah, Kosten und Nutzen ihrer Westpolitik neu einzuschätzen. Es bleibt das Verdienst von *Michael Gorbatschow*, dass der die Klarheit und den Mut hatte, aus der Existenzkrise des sozialistischen Systems die Konsequenz einer fundamentalen Reformpolitik zu ziehen. Dabei setzte er aber Entwicklungen in Gang, die bei seinen begrenzten Zielen und damit auch über ihn selbst hinweggegangen sind.

Ging alles viel zu schnell?

Ging damals alles zu schnell? Hätten wir warten sollen, können? Hätten wir statt einer Politik der schnellen Wiedervereinigung auf der Grundlage des Artikels 23 Grundgesetz (Beitritt der DDR) auf einen anderen Weg setzen sollen, auf den langwierigen Weg über den Artikel 146 Grundgesetz (Ausarbeitung einer ganz neuen gesamtdeutschen Verfassung), was uns viele Monate, vielleicht sogar Jahre gekostet hätte, auf dem Weg zur Einheit? Die Wahrheit ist: Das Zeitfenster der Wiedervereinigung war sehr eng. Zunächst muss man fragen, wer wollte die Einheit so schnell? Es war die DDR. Hätten wir uns hier entgegenstellen sollen? Ich habe am 17.6.1990 auf der Tribüne der Volkskammer gesessen, als die CDU ihren ersten Antrag einbrachte: Sofortiger Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland, was ein Fehler gewesen wäre, weil es die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gestört und damit die anderen Großmächte vor den Kopf gestoßen hätte. Wer sagt, dass sei alles viel zu schnell gegangen, vergisst, dass die Menschen der DDR die Einheit schnell wollten, vergisst, dass der Übersiedlerstrom, der die DDR auszubluten drohte, mit der Ausreisefreiheit für die Botschaftsflüchtlinge nicht aufhörte, auch nicht mit dem Fall der Mauer und nicht mit der Öffnung des Brandenburger Tores, sondern erst als mit dem Angebot der DM und der Wirtschafts- und Währungsunion die Menschen die konkrete und schnelle Perspektive der Deutschen Einheit erkannten. Vor allem aber: er vergisst das spätere Auseinanderbrechen der Sowjetunion, den Rücktritt von Außenminister *Schewardnadse* im November 1990 (eines unserer damals verlässlichsten Freunde), den Putsch gegen *Gorbatschow* 1991 und den Golf-Krieg im gleichen Jahr mit seinen neuen erheblichen Spannungen zwischen Moskau und Washington. *Guido Knopp* hat es in seinem Buch „Kanzler – die Mächtigen der Republik“ wie folgt formuliert: „Der viel zitierte Mantel der Geschichte wehte nur ein Weilchen. Und so konnte der bewusste Königsweg zur Einheit wohl nur so aussehen: Mit angelegten Ohren erst einmal alles unter Dach und Fach zu bringen – wie der Bauer, der bei Blitz und Donner seine Pferde mit der Peitsche antreibt, um die Fuhre fünf vor zwölf noch in die Scheuer zu retten. Wie man dann die Ernte lagert, welche Mühlen weiter mahlen, mahlen dürfen – das ist eine andere Geschichte.“

Es gab zur Politik der schnellen Wiedervereinigung keine vernünftige Alternative.

Wir haben Glück gehabt

Ich halte es im Nachhinein immer noch fast für ein Wunder, dass diese Entwicklung, dieser Umbruch, diese Revolution so friedlich verlaufen ist. Man hätte sich auch eine andere Entwicklung vorstellen können – blutig, militärisch, gewalttätig. Wir wussten zwar, dass *Michael Gorbatschow* kein Militär in Gang setzen würde, und wir sind auch davon ausgegangen, dass die DDR-Führung das nicht wagen würde ohne Rückendeckung aus Moskau. Aber wer hätte denn eigentlich daraus schließen wollen, dass in Leipzig oder Dresden bei Hunderttausenden, Zweihunderttausenden und noch mehr Demonstranten oder bei dem Marsch der vielen Tausend Menschen in Berlin am 9.11. zur Mauer ein paralysierter Grenzzoffizier oder ein verunsicherter Grenzsoldat nicht drauflosschießen würde? Was das bedeutet hätte, kann man sich so gar nicht richtig vorstellen. Wir haben Glück gehabt!

Wer in diesem Zusammenhang die Leistung der deutschen Politik richtig würdigen will, der sollte nicht nur betrachten, was geschehen ist, sondern auch was an Fehlern vermieden wurde. Es ging um eine maßvolle Steuerung einer von niemanden damals hervorgesehenen, gar eruptierenden Entwicklung und es ging darum, den damaligen vielen falschen Ratschlägen nicht zu folgen. Es reizt mich, eine journalistische Stimme in diesem Zusammenhang immer wieder zu zitieren, nämlich den Mitherausgeber der ZEIT, *Theo Sommer*, vom 22.9.1989, zwei Wochen nach der Öffnung der ungarischen Grenze und eine Woche vor der Ausreisefreiheit für die Botschaftsflüchtlinge in Prag. Er schrieb damals – ein bemerkenswertes Glanzstück journalistischer Fehleinschätzung: „Aufschäumende Emotion ist ein schlechter Ratgeber. Sie trägt den Sinn für die Realität, sie gaukelt Möglichkeiten vor, die sich bei unaufgeregter Betrachtung in nichts auflösen... Der Wiedervereinigung sind wir keinen Zoll näher als vor einem Jahr oder vor fünf oder zehn Jahren. Die Frage der Deutschen Einheit ist nicht heißer denn je. Im Gegenteil: Sie steht auf einer der hintersten Herdplatten der Weltpolitik und es ist kein Feuer unter dem Topf...“ Ich gebe ja zu, das ist eine interessante Formulierung, die muss einem erst einmal klar werden, darauf muss man erst mal kommen. Bloß gut, dass wir den falschen Propheten von damals nicht gefolgt sind. Es gab damals viele Besserwisser, denn ein Jahr später schon war die Deutsche Einheit geschaffen.

Katastrophale Erblasten

Es wäre ein Wunder, wenn beim Einigungsprozess nicht auch Fehler geschehen wären. In der großen Linie haben sich die Entscheidungen, die Deutschland im Zuge des Wiedervereinigungsprozesses von 1989/90 getroffen hat, als richtig erwiesen, auch wenn wir später feststellen mussten, dass die vom SED-Staat hinterlassene ökonomische und ökologische Erblast viel schwerer und katastrophaler war als zunächst angenommen. Sie erinnern sich, dass es noch eine Studie gab aus der damaligen Zeit, in der die DDR zu den zehn wirtschaftsstärksten Nationen gezählt wurde. Wir haben es nicht gewusst, wir sind nicht Amerikaner, nicht die Franzosen, man wird ja immer wieder gefragt: „Ihr hattet doch Geheimdienste?“ Sie haben es auch nicht gewusst. Und da erinnere ich mich an den Satz von *Helmut Kohl*, der ja von den Geheimdiensten nie viel gehalten hat und immer zu Erkenntnissen der Geheimdienste gesagt hat, das habe er doch vor drei Tagen schon in der FAZ gelesen.

Hinzu traten Probleme wie der rapide und plötzliche Wegfall der alten Ostmärkte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Bildung der GUS-Staaten. Da gab es plötzlich keinen einzigen militärischen Auftrag mehr, da gab es keinen einzigen Auftrag aus den Ostblockländern für das Industriezentrum in Bitterfeld.

Aus dem Umstand, dass man diese Situation damals unterschätzt hat, sind manche Hoffnungen und auch aus dem Westen genährte Übererwartungen an einen ganz schnellen Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse mit entstanden. Das ist psychologisch gesehen heute sicher ein Grund für manchen Frust, den wir auch in Wahlergebnissen kennen, der den Resonanzboden hergibt für diejenigen, die im Rückblick erneut die angeblichen Errungenschaften des Versorgungsstaates preisen.

Ich will an dieser Stelle keine abschließende Untersuchung der unterschiedlichen psychologischen Situation der Menschen in Ost und West vornehmen. Ich will mich eher zurückhaltend ausdrücken, aber viele Umfragen sagen, dass in der Beurteilung zentraler Werte wie etwa Freiheit und Gleichheit sich die Deutschen in Ost und West auch nach 17 gemeinsamen Jahren noch unterscheiden. *Klaus Schröder*, Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, hat dazu geurteilt, im Osten lebe das aus der DDR gewohnte instrumentelle Verhältnis zum Staat und zur Politik schlechthin fort und verstärke die in

Deutschland ohnehin hohen Ansprüche an den Staat, vor allem an den Sozialstaat. In einem Augenblick, da sich die wirtschaftliche Lage verschlechterte, sei im Osten die Enttäuschung gegenüber dem Staat besonders groß, denn man mache den Staat dafür verantwortlich – in der DDR war der Staat für alles zuständig gewesen. Die Mainzer Politikwissenschaftler *Arzheimer* und *Falter* sehen in den Umfrageergebnissen im Osten, wonach Gleichheit vor Freiheit gehe, den Beleg dafür, dass in der DDR ein anderer Wertewandel stattgefunden habe als in der Bundesrepublik. In Folge dessen bevorzugten viele Ostdeutsche einen Staat, der massiv in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eingreife, während Bürger der alten Bundesrepublik eher einem liberalen Demokratiekonzept anhängen.

Andererseits: Der Umbruch im Leben von Menschen, die 40 Jahre von einer kommunistischen Diktatur geprägt waren, war elementar. Auf der einen Seite die dramatische Wende zum Guten, die Freiheit des Einzelnen, die große Aufbauleistung in den neuen Ländern. Auf der anderen Seite die Marktwirtschaft, die – anders als in einer planwirtschaftlichen Diktatur – eben auch in besonderer Weise Eigeninitiative und Eigenverantwortung einforderte, und dass in einem Augenblick, als offene Arbeitslosigkeit als völlig neues Phänomen in das Leben vieler Menschen eintrat.

Und es ist auch nachvollziehbar und begreiflich, dass die Menschen in den neuen Ländern ihre Lebensleistung nicht über Nacht entwertet sehen wollten, dass sie nicht bereit waren, alles schlecht zu finden, was sie unter höchst widrigen Umständen aufgebaut hatten. Nicht immer haben die Menschen im Westen das rechte Verständnis für die Menschen im Osten, für deren Leben in vier Jahrzehnten der Teilung im real existierenden Sozialismus, entwickelt.

Zur Ostalgie gibt es aber auch keinen Grund. Der Stern hat vor einiger Zeit in einer Analyse geschrieben: „Im Großen und Ganzen bleibt die Wiedervereinigung ein gelungener Kraftakt von historischer Bedeutung. Bei allem Reden über das Geld darf nicht vergessen und verdrängt werden, was die DDR wirklich war: Ein Unrechtsstaat, der die meisten seiner knapp 17 Millionen Einwohner mit Soldaten, Selbstschussanlagen und Tretrminen am Verlassen gehindert hat und der wirtschaftlich so marode war, dass er wenig später ohnehin zusammengebrochen wäre.“ Und ich füge hinzu, ein ganzes Volk wurde bespitzelt und auch in Bautzen wurde gefoltert. Die Erinnerung daran wachzuhalten, ist eine große unverzichtbare gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie gehört immer wieder auf den Lehrplan aller deutschen Schulen.

Das es dafür noch manchen Bedarf gibt, auch und gerade mit dem Blick auf die Kenntnisse und Orientierungsfähigkeiten der nachwachsenden Generation in diesem Land, dafür bekommen wir in regelmäßigen Abständen nachdenkliche und manchmal auch erschreckende Belege vorgetragen. Wenn nach einer aktuellen Studie der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands heute 5% der deutschen Gymnasiasten *Walter Ulbricht* für einen oppositionellen Liedermacher halten und mehr als 7% in *Erich Honecker* den 2. Bundeskanzler der Bundesrepublik sehen, dann ist dies bei Weitem nicht so komisch, wie es sich anhört. Eine Studie in Nordrhein-Westfalen sagt aus, dass nur 29% der befragten Schüler dieses großen Bundeslandes das Jahr des Mauerbaus kennen, jeder fünfte Befragte in Nordrhein-Westfalen hält *Ludwig Erhard* für einen DDR-Politiker. Nach Einschätzung von 50% aller Befragten war das DDR-Regime demokratisch legitimiert. Für eine nachträgliche Legendenbildung darf aber im demokratischen Deutschland kein Platz sein. Ich bin in den letzten Wochen wieder in mehreren Schulen gewesen, das Interesse war außerordentlich groß, sowohl im Osten als auch im Westen. Ich kann nur sagen, es ist ganz wichtig, dass genügend Zeitzeugen zur Verfügung stehen, um mit den Menschen zu sprechen, die erst nach 1989/90 geboren sind.

Hinterlassenschaften der Teilung und Gewinne der Einheit

Ich möchte gerne den Bundestagspräsidenten zitieren, der vor kurzem in einer Rede gesagt hat: „Die Deutsche Einheit als Erfolgsgeschichte zu sehen, heißt keineswegs blind zu sein für noch immer zu bewältigende Probleme. Dabei sollten wir uns aber stärker, als das gelegentlich in der Berichterstattung zu erkennen ist, vergewissern, dass wir hier über Hinterlassenschaften der Teilung reden und nicht über Folgen der Deutschen Einheit.“

Die Neigung, Ursache und Wirkung miteinander zu verwechseln – so immer noch der Bundestagspräsident, habe inzwischen ein bemerkenswertes Maß an Virtuosität erreicht. Der eine oder andere möge sich daran erinnern, dass der Volksmund der DDR über die deprimierenden Zustände vieler Städte noch zu Zeiten der Teilung mit dem berühmten Spruch gespottet habe: „Ruinen schaffen ohne Waffen“. Die aufwendige Wiederherstellung wertvoller Bausubstanzen und die Wiedergeburt ganzer historischer Stadtquartiere sei ein grandioser Gewinn der Deutschen Einheit. Der Anteil der neuen Länder an den schönsten deutschen Städten sei weit größer als ihr Anteil an der Bevölkerung und der Fläche des wiedervereinigten Deutschlands. Auf dem damals völlig verseuchten Uranabbaugebiet Wismut in Thüringen zum Beispiel habe inzwischen eine Bundesgartenschau stattgefunden. Zugegeben – so *Lammert*: „Nicht überall blühen die Landschaften so eindrucksvoll, aber manche Veränderungen sind zweifellos spektakulär.“

Wir müssen also differenzieren: In den neuen Ländern ist in den zurückliegenden 19 Jahren der Erneuerungsprozess weit vorangekommen. Die neuen Länder sind zu einem modernen und attraktiven Standort geworden. Gemessen an der schwierigen Ausgangslage ist die Bilanz des Aufbaus Ost weit überwiegend positiv. Aber die Arbeit ist noch nicht zu Ende. Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt hat vor kurzem gesagt: „Den Aufbauprozess in Ostdeutschland können wir nur gemeinsam zum Erfolg führen. Wenn wir den Aufbau Ost auch künftig als ‚Gemeinschaftswerk‘ begreifen, ist mir um die Zukunft nicht Bange.“

Lehren aus Deutscher Einheit und Europäischer Einigung

Welche Lehren lassen sich ziehen aus dem Prozess der Deutschen Einheit für die Politik im Allgemeinen und für den Prozess der Europäischen Einigung im Besonderen?

1. Das Richtige zu erkennen und das Richtige auch gegen Widerstände nachhaltig durchzusetzen, unterscheidet eine von Werten bestimmte von einer demoskopisch bestimmten Politik. Wäre die Bundesregierung in der Deutschlandpolitik populistischen Stimmungen gefolgt oder hätte sie Widerstände gefürchtet, wäre die Entwicklung anders verlaufen. Markantestes Beispiel: Der NATO-Doppelbeschluss aus dem Jahre 1983, der den Kurswechsel in Moskau bewirkte, wie wir von *Gorbatschow* selber wissen. Er war ohne Zweifel eine der wichtigsten Voraussetzungen für die spätere Deutsche Einheit. Aber es gab damals keine Mehrheit für den NATO-Doppelbeschluss im deutschen Volk, das hätte jede Volksbefragung gezeigt. Die Bundesregierung hat sich jedoch von Stimmungen und Gegenströmungen nicht beeinflussen lassen, sondern mit vollem aber verantwortbarem Risiko das getan, was sie für richtig hielt.
2. Zukunftsweisende Politik bedarf nicht nur wichtiger fachlicher Entscheidungen. Ebenso wichtig ist das persönliche Miteinander der handelnden Politiker, das Vertrauensverhältnis, das Prinzip der Verlässlichkeit. Ein solches Vertrauensverhältnis in den Jahren 1989/90 herzustellen – zu *Michael Gorbatschow*, *François Mitterrand* und anderen, ist *Helmut Kohl* in einer besonders kennzeichnenden Weise gelungen. Der Bundeskanzler nahm Rücksicht auf die Empfindlichkeiten im Westen und Osten Europas. Er ließ keinen Zweifel aufkommen, dass Deutschland an seinen europäischen Verpflichtungen

auch nach einer Wiedervereinigung festhalten werde. Er wusste um die polnischen Empfindlichkeiten, um die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Schwierigkeiten von *Michael Gorbatschow*. Er hat den Prozess, der zur Wiedervereinigung Deutschlands führte, sorgsam und ganz behutsam gesteuert: Vertrauen herstellen in die Verlässlichkeit politischen Handelns.

3. Ich zitiere ein chinesisches Sprichwort, das da lautet: „Wenn der Wind der Veränderung weht, dann bauen die einen Mauern, die anderen setzen die Segel.“ In diesem letzteren Geist hat sich die Bundesrepublik Deutschland auch nach der Deutschen Einheit für ihre politische Vision eines freien und geeinten Europas konsequent eingesetzt. So hat Bundeskanzler *Helmut Kohl* immer wieder und speziell auch im Zehn-Punkte-Programm vom 28.11.1989 betont, die Deutsche Einheit und die Europäische Einigung seien zwei Seiten ein und derselben Medaille und ein wiedervereinigtes Deutschland müsse sich einbinden in den gesamteuropäischen Prozess. Wir haben Wort gehalten gegenüber den Ungarn, gegenüber den Polen und unseren anderen osteuropäischen Nachbarn. Viele neue Mitglieder sind zur Europäischen Union hinzugekommen: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Slowakei, Malta, Zypern, Bulgarien, Rumänien – alles klangvolle Namen, die untrennbar verbunden sind mit der europäischen Geschichte und Kultur, viele Staaten, die jahrzehntelang unter der europäischen Zerrissenheit, unter dem Terror des Nationalsozialismus oder der Unterdrückung durch den Kommunismus gelebt haben. *Václav Havel* hatte ja auch Recht, als er bei der Diskussion über die Erweiterung der Europäischen Union mahnte: „Wenn der Westen den Osten nicht stabilisiert, wird auf Dauer der Osten den Westen destabilisieren.“ Deswegen muss auch der Prozess der Europäischen Einigung konsequent fortgesetzt werden – auch gegen Widerstände und auch gegen manche populistischen Einwände. Auch wenn die Wahlen zum Europäischen Parlament – denken wir an die vielen Wahlenthaltungen – deutlich machen, wie viel Arbeit uns noch bevorsteht, die Europäische Union volksnäher zu gestalten, auch Zuständigkeiten neu zu ordnen, bleibt richtig, was *Wolfgang Schäuble* unlängst äußerte: „Ohne die Europäische Einigung wäre der größte Glücksfall der jüngeren deutschen Geschichte, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, nicht möglich gewesen. Ohne die EU lassen sich die Probleme in der globalisierten Welt nicht mehr lösen. Wir können zentrale politische Anliegen nicht mehr alleine durchsetzen, sondern nur mit unseren Partnern. Deshalb ist die EU für jeden Einzelnen wichtig, sie ist der Schlüssel für unsere Zukunft.“

Schlusswort

Ich komme noch einmal zurück zu dem Ausgangspunkt und zitiere *Helmut Kohl* aus seinen Memoiren mit Blick auf den 3.10.1990 deshalb, weil das Bild, das er malt, aus meiner Sicht so unglaublich treffend gewesen ist für die damalige Zeit, die Situation sehr klar beschreibt und auch ein Stück Demut und Bescheidenheit zum Ausdruck bringt: „Als wir uns im Herbst 1989 auf den Weg zur Einheit machten, war es wie vor der Durchquerung eines Hochmoores: Wir standen knietief im Wasser, Nebel behinderte die Sicht, und wir wussten nur, dass es irgendwo einen festen Pfad geben müsste. Wo er genau verlief, wussten wir nicht. Schritt für Schritt tasteten wir uns vor und kamen schließlich wohl behalten auf der anderen Seite an. Ohne Gottes Hilfe hätten wir es wohl nicht geschafft.“

Dr. rer. pol. h.c. Rudolf Seiters, Bundesminister a.D.,
Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Papenburg

20 Jahre Deutsche Einheit – persönliche Erfahrungen

Am 3.10.2010 feierte Deutschland den 20. Jahrestag der Wiedervereinigung. Gefälschte Wahlen, Ausreisewelle und Massendemonstrationen hatten 1989 innerhalb weniger Monate zum Zusammenbruch des DDR-Machapparates geführt. Damals war ich noch nicht Landrat, sondern Abgeordneter des Bayerischen Landtags – in einem Wahlkreis, der als direkter Nachbar von sächsischen und thüringischen Kommunen unmittelbar von den Geschehnissen betroffen war. In nachhaltiger Erinnerung sind mir die Montagsdemonstrationen, vor allem auch im nahen Plauen im Sächsischen Vogtland. Vor meinem geistigen Auge sehe ich noch die Transparente mit der großen Aufschrift „Deutschland – einig Vaterland“.

Die folgenden Stationen des Einigungsprozesses sind uns hier in dieser geschichtsträchtigen Ecke Bayerns auch heute noch geläufig:

31.8.1990: In Ost-Berlin wird der deutsch-deutsche Einigungsvertrag unterzeichnet, Bundestag und Volkskammer billigen ihn am 20.9.1990.

31.10.1990: Deutschland erhält die volle Souveränität.

3.10.1990: Um 0.00 Uhr wird zu den Klängen des Deutschlandliedes vor dem Reichstagsgebäude in Berlin die schwarz-rot-goldene Flagge aufgezogen – Hunderttausende feiern.

Auch noch in der Rückschau erscheint es mir fast wie ein Märchen, was damals geschah. Meine Generation hatte sich ja darauf eingestellt, die deutsche Wiedervereinigung persönlich nicht mehr erleben zu können. Und nun war sie innerhalb nur eines Jahres Realität geworden.

Ich erinnere mich an den 19.8.1989. Damals machte ich Urlaub in Ungarn. Symbolisch sollte beim „Paneuropäischen Picknick“ – einer Friedensdemonstration – nahe der ungarischen Stadt Sopron ein Grenztor zwischen Ungarn und Österreich für drei Stunden geöffnet werden, um den am 2.5. von Ungarn begonnenen Abbau der Überwachungsanlagen zu unterstreichen. Rund 600



Symbolisiert die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen in Bayern, Sachsen und Thüringen: Das Deutsch-Deutsche Museum im früher durch die Mauer geteilten Dorf Mödlareuth im Landkreis Hof, das die Teilnehmer der DLT-Geschäftsführerbesprechung ...
Fotos: DLT

DDR-Bürger nutzten diesen kurzen Moment der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ zur Flucht in den Westen. Glücklicherweise reagierten die ungarischen Grenzsoldaten besonnen und schritten nicht ein. Gänsehaut-Feeling pur, wenn man so etwas praktisch hautnah miterlebt. Am 11.9.1989 öffnete Ungarn dann seine Grenzen endgültig für DDR-Bürger. Der 19.8.1989 aber gilt heute als wesentlicher Meilenstein jener Vorgänge, die zum Ende der DDR und zur deutschen Wiedervereinigung führten.

Dann der 1.10.1989. Es war der Tag nach jener denkwürdigen Nacht von

Prag, als die DDR-Flüchtlinge im Garten der Deutschen Botschaft vom damaligen Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* erfuhren, dass sie nach Deutschland-West ausreisen können. An diesem 1.10. trafen Tausende Menschen aus dem anderen Teil Deutschlands in 14 Sonderzügen auf dem Hofer Hauptbahnhof ein. Unvergessliche und ergreifende Szenen waren es, die sich damals abspielten. Wildfremde Menschen fielen sich freude-trunken, weinend und jubelnd in die Arme. Und in der DDR wurde währenddessen die Wende eingeleitet – buchstäblich „Zug um Zug“.

Für 13.000 DDR-Flüchtlinge hatte sich in diesen ersten Oktobertagen vor 15 Jahren der Traum von der Freiheit erfüllt. Dass sich nur wenige Wochen später die Grenzen für alle DDR-Bürger öffnen würden, hat in diesen Tagen wohl noch kaum jemand geahnt. Doch schon am 9.11.1989 geschah es: Das SED-Politbüromitglied *Günter Schabowski* erwähnte auf einer Pressekonferenz eher beiläufig, die DDR habe mit sofortiger Wirkung die Grenzen geöffnet. Mit diesem Satz brachen sämtliche Dämme. Schon wenig später stürmten Zehntausende DDR-Bürger die Grenzübergänge, und 28 Jahre nach ihrer Errichtung fiel die Mauer.

Das heißt, ganz fiel sie noch nicht. Im kleinen Dorf Mödlareuth bei uns im Landkreis Hof im Dreiländereck Bayern/Sachsen/Thüringen stand sie noch. Die Amerikaner hatten Mödlareuth einst „Little Berlin“ genannt – dieses Dorf, fast am Ende der Welt, das ebenso wie sein großer Bruder in Berlin zum Symbol der deutschen Teilung geworden war. In Mödlareuth gab es zwar keinen Checkpoint, aber es gab die Mauer. Über 37 Jahre lang war es auf legale Weise nicht möglich, die Grenze zu überschreiten, um von dem einen in den anderen Ortsteil zu gelangen. Sperrgebiet war hier auf der einen und Besucherandrang auf der anderen Seite. Verboten war es, von Ost nach West zu winken oder zu grüßen. Verwandte lebten jahrzehntelang nur wenige Meter voneinander entfernt und doch trennten sie Welten.

Am 9.11.1989 also fiel die Mauer in Mödlareuth noch nicht. Aber schon einen Monat später, am 9.12.1989, wurde ein Fußgängerübergang in Mödlareuth eröffnet. Ein halbes Jahr später war es dann soweit: Am 17.6.1990 zerstörte ein Bagger auch die trennende Mauer im Mödlareuther Ortskern. Dieses Ereignis war die ideelle Geburtsstunde des Deutsch-Deutschen Museums in Mödlareuth – einem Projekt mit dem erklärten Ziel, die Geschichte der deutschen Teilung in ihrer Gesamtheit und speziell vor Ort in Mödlareuth darzustellen. Heute symbolisiert das Museum die zur Selbstverständlichkeit gewordene Zusammenarbeit zwischen den Kommunen in Bayern, Sachsen und Thüringen. Betreiber des Museums ist ein Zweckverband, dem der Landkreis Hof (Bayern), der Saale-Orla-Kreis (Thüringen) und der Vogtlandkreis (Sachsen) angehören, dazu die thüringische Stadt Gefell und die Hofer Landkreismunicipalität Töpen.

Meine Erinnerung geht auch zurück an die endlosen Schlangen von Trabis entlang der A 9 über Hirschberg und Rudolphstein. Ein Grenzübergang nach dem anderen wurde in kurzer Reihenfolge geöffnet – unter anderem bei Ullitz an der Bundesstraße 173 nahe der Stadt Hof und an der A 72 zwischen Hof und Plauen. Damit sich Menschen begegnen können, braucht es Wege und Straßen. Nach der Grenzöffnung bestand ein riesiger Nachholbedarf, als es darum ging, die Straßenverbindungen zwischen den neuen und den alten Ländern wieder herzustellen oder neu zu bauen. Eine Schlüsselrolle für diese Verkehrsprojekte kam dem Landkreis Hof als Nahtstelle zwischen Bayern, Sachsen und Thüringen zu. Heute gibt es zahlreiche gute Verbindungen zwischen den alten



... im Juni 2010 besuchten.

und neuen Bundesländern. Man kann sich gerade in der jüngeren Generation schon gar nicht mehr vorstellen, dass diese Verbindungen einst getrennt waren oder noch nicht bestanden.

Weltgeschichte pur konnte man damals erleben bei uns im Hofer Land: Der 9.11.1989 markiert den historischen Beginn eines epochalen Umbruchs, durch den die kommunistische Diktatur überwunden, der Kalte Krieg beendet und die Welt verändert wurde. Immer noch habe ich die Meldungen der internationalen Presse vom 10.11.1989 vor Augen. Die „New York Times“ schrieb: „Sie tanzten, weil der tragische Zyklus von Katastrophen, der Europa zuerst vor 75 Jahren erschütterte, zu dem zwei Weltkriege, der Holocaust und der Kalte Krieg gehörten, sich endlich dem Ende zu nähern scheint. Die ausgelassenen Deutschen aus Ost und West konnten kaum glauben, dass die verhasste Mauer endlich durchbrochen wurde.“ Der „Corriere Della Sera“ aus Mailand unterstrich die politische Bedeutung dieser Novembertage: „Alle Bewegungen der vergangenen zehn Monate haben die Gestalt der kommunistischen Welt erschüttert und verändert. Aber der plötzliche Fall der Mauer ist der dramatischste und bedeutsamste. Der Abbruch der Mauer hat einen hochgradigen Symbolgehalt für die Trennung in Europa.“

Das „Algemeen Dagblad“ in Rotterdam schrieb: „Ostdeutsche Funktionäre mussten allerlei Verrenkungen machen, um die Mauer zu rechtfertigen. Als Schutzwall gegen das Eindringen faschistischer Kräfte aus dem Westen sollte sie angeblich dienen. Dass dies nicht der Zweck der Mauer war, hat die Geschichte bewiesen. Niemand wollte in die DDR hinein, viele wollten aus ihr heraus. Wer vor ein paar Wochen gewagt hätte vorherzusagen, dass die Mauer kein Hindernis mehr sei, wäre als Phantast bezeichnet worden.“ Und der „Kurier“ aus Wien beschrieb die Einmaligkeit und den Stellenwert des Mauerfalls mit folgenden Worten: „In der Geschichte der Revolution gibt es nichts, was sich mit dem Aufbruch in der DDR vergleichen ließe. Wie hier ein Volk mit keiner anderen Waffe als den eigenen Füßen – mit Massenflucht und Massenaufmärschen – den Zusammenbruch der Zwangsherrschaft und den Einsturz der Festungsmauern erkämpfte.“

Bei jeder Gelegenheit, die sich mir bietet, weise ich deshalb auch heute noch darauf hin, was der Mauerfall und die deutsche Wiedervereinigung tatsächlich waren: nämlich ein Geschenk und ein Wunder. Dies darf uns nicht aus dem Sinn kommen, wenn wir über das nachdenken und reden, was an der Deutschen Einheit noch nicht vollkommen ist. Wir dürfen dieses Geschenk und Wunder der Geschichte nicht auf dem Altar des Kleingeistes und der Wankelmütigkeit opfern – sonst hätten wir es nicht verdient.

Da stimmt es umso nachdenklicher, wenn das Meinungsforschungsinstitut Forsa ermittelt, dass viele Deutsche in Ost und West enttäuscht sind von dem, was seit dem Mauerfall erreicht wurde. Nur 46 % der Menschen in Ostdeutschland sagen, dass sich ihre persönlichen Lebensverhältnisse verbessert haben. Und im Westen sehen heute nur 40 % ihre Lage als besser. Die Eu-

phorie nach dem Mauerfall ist verfliegen. Hartnäckig halten sich dagegen noch Vorurteile auf beiden Seiten der früheren Grenze. Es ist bei Weitem nicht so komisch, wie es sich anhört, wenn 5 % der deutschen Gymnasiasten *Walter Ulbricht* für einen oppositionellen Liedermacher der DDR halten und mehr als 7 % in *Erich Honecker* den zweiten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sehen. Und noch weniger komisch: Jeder dritte Deutsche weiß nicht, dass am 9.11.1989 die Mauer gefallen ist. Am wenigsten informiert zeigten sich junge Deutsche bis zum Alter von 29 Jahren.

Die Lehre aus all dem: Es braucht auf beiden Seiten Sensibilität und Solidarität. Die neuen Länder haben einen beispiellosen Zusammenbruch erlebt; die Menschen dort haben sich trotzdem nicht zurückgelehnt. Die Aufholjagd wird noch lange dauern. Und Politik kann nicht alles leisten. Die Menschen selbst müssen wie damals 1989 und 1990 die Deutsche Einheit leben und verstetigen.

Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass in der Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen, zwischen den Kommunen an der Grenze Bayern/Sachsen/Thüringen nahezu alles zur Normalität geworden ist. Nach 1989 ging es zunächst darum, Aufbauhilfe in vielen Bereichen der Kommunalpolitik, der Verwaltung, der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Strukturen zu leisten. Heute ist Zusammenarbeit das Selbstverständlichste von der Welt. Die Beziehungen zwischen den Kommunalpolitikern sind freundschaftlich und herzlich. Hier zumindest: von „Ossis“ und „Wessis“ keine Spur! Damit das Zusammenwachsen gefestigt und weiterentwickelt werden kann, habe ich die Idee zur Gründung einer „Region Mitte Europa“ eingebracht. In ihr sollen die Landkreise Hof, der Saale-Orla-Kreis, der Kreis Greiz, der Vogtlandkreis, der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge sowie die Städte Hof, Plauen, Cheb und Aš als Teil einer Großregion in der Mitte Europas gemeinsame Projekte verwirklichen. Diese „Region Europa Mitte“ beschreibt in ihrer flächenmäßigen Ausdehnung einen Wirtschaftsraum, dessen Einzelteile historisch betrachtet schon immer eng miteinander verwoben waren.

Die Deutsche Einheit und die daraus erwachsene Zusammenarbeit sind das Ergebnis der Leistungen der Bürger. Neiddebatten und künstlich am Leben gehaltene Ost-West-Gegensätze sollten bald endgültig der Vergangenheit angehören. Die Deutsche Einheit war ein Sieg von Demokratie und Menschenrechten, ein später Triumph der Werte der Aufklärung über die Unmündigkeit. Ich zolle den Menschen in Ostdeutschland Dank und Bewunderung. Sie waren es, welche die Einheit möglich gemacht haben. Und deshalb dürfen wir 20 Jahre nach der Öffnung der Grenzen, 20 Jahre nach dem Fall der steinernen Mauern mitten durch Deutschland auch heute froh und dankbar sein über dieses Geschenk und Wunder der Geschichte. Wir müssen es uns immer dann in Erinnerung rufen, wenn wir wieder einmal in den langsam mahelnden Mühlen des gesamtdeutschen Alltags und der gesamtdeutschen Befindlichkeiten zu ungeduldig und zu pessimistisch auf das blicken, was noch nicht so gut ist nach der Wiedervereinigung. Gerade dann brauchen wir die Erinnerung an diese großen, wunderbaren und einmaligen Tage in den Jahren 1989 und 1990 – als Verbindungs-Anker gleichermaßen, der fest im Boden eingegraben ist, der uns Deutsche befähigt, ein wichtiger Baustein in einem sich entwickelnden friedlichen, freiheitlichen und demokratischen Europa zu sein. Und der uns Halt gibt, wenn wir wieder einmal in die deutsche Wankelmütigkeit zurückfallen wollen.

Wir blicken heute zurück auf 20 Jahre grenzenloses Grenzland hier bei uns im nordöstlichen Oberfranken, die Nachbarn in Sachsen, Thüringen und Bayern. Und wir vergegenwärtigen uns, dass wir es mit Freude, mit Stolz, aber auch mit Demut schaffen können, die Einheit unseres Vaterlandes zu festigen und zu vollenden. Gerade wir hier mitten im Herzen Europas, an diesen geschichtsträchtigen Orten und Plätzen, können in diesem Sinne Vorbild sein. ■

Bernd Hering, Landrat des Landkreises Hof

Vom 9. November 1989 zum 9. Februar 1990, oder: Mein Beitrag zur Deutschen Einheit^{*)}

Einige werden sich vielleicht noch erinnern an den Sommer 1989 in der alten Bundesrepublik Deutschland. Die Wirtschaft lief, aber es gab so einen gewissen Misstrauen in der Republik. Ein Versuch, den damaligen Bundeskanzler als Parteivorsitzenden abzuwählen, scheiterte. Ich, als SPD-Mann und irgendwie im Bundesfinanzministerium noch verblieben, hatte damals gedacht: Na ja, dann wird die SPD die nächste Wahl sicherlich gewinnen. Davon gingen auch alle aus.

Und in diesen Misstrauen hinein wurde mir klar, dass ich eigentlich einmal etwas anderes machen müsste. Sieben Jahre hatte ich mich um Bahn und Post, Verkehrsbeteiligungen und den Bundesverkehrswegeplan gekümmert. Also hatte ich spontan entschieden, zum 1. August 1989 in das Referat „Nationale Währungsfragen“ zu wechseln. *Horst Köhler* war mein Abteilungsleiter, dem ich in seine neue Abteilung folgte. *Hans Tietmeyer* war mein Staatssekretär.

Ich machte den neuen Job erst vier Wochen und bereute es zutiefst. In der alten Funktion gab es ständig etwas zu entscheiden – hier eine falsche Beschaffung bei der Bundesbahn, dort ein Skandal bei der Postkrankenkasse und der Streit um Einstellungskorridore oder den Bundesverkehrswegeplan und Verkehrsbeteiligungen. Somit war immer etwas los und es gab immer etwas zu tun. Ich war beschäftigt und bin viel gereist.



Dr. Thilo Sarrazin.

Fotos: Mark Frantz

Dann auf einmal saß ich dort in meinem neuen Referat mit vier Mitarbeitern und hatte Ruhe. Weil, wie ich dann feststellte, die Währungspolitik in der alleinigen Verantwortung der Bundesbank lag. Meine diesbezügliche Tätigkeit beschränkte sich darauf, die Verträge für die Vorstandsmitglieder der Bundesbank abzuheften oder durch den Oberamtsrat abheften zu lassen, nachdem diese verlängert wurden. Ich muss das wirkliche Beamtenleben auch mal schildern – ich hatte für Herrn *Tietmeyer*, wenn der alle 14 Tage zum Zentralbankrat fuhr, die Sitzungsvermerke gefertigt. Ich hatte nur den Verdacht, er käme auch ohne meine Vermerke ganz gut aus, denn er hatte an meinen Papieren nie Kritik geäußert. Dann kam die Frage nach einer europäischen Währung auf. Der *Delors*-Bericht wurde veröffentlicht. Alle regten sich fürchterlich auf – Anschlag auf die Stabilitätskultur der DM! Ich habe mich hier ein bisschen eingeschaltet und war dann dabei, mir doch irgendwo genügend Arbeit zu beschaffen.

„Die Mauer ist offen“

Und währenddessen war gleichzeitig am Horizont solch ein ferne Wetterleuchten: Kommunalwahl in der DDR und anstehender 40. Jahrestag der DDR, Ungarns Abbau der Grenzanlagen. Es waren Ereignisse, die nichts mit meiner Tätigkeit zu tun hatten. Ich hatte es in der Zeitung gelesen und ich bezog es eigentlich auch gar nicht unmittelbar auf die Bundesrepublik oder auf uns, sprich die Verwaltung oder gar auf mich. Eines Freitagmorgens las ich um halb acht – Ministerialräte verlassen um acht Uhr das Haus, um um halb neun im Amt anzukommen – im Generalanzeiger: Die Mauer ist offen. In der FAZ stand das noch nicht, denn die hatte ja damals immer um 18 Uhr Redaktionsschluss und konnte dieses Ereignis nicht mehr aktuell bringen. Ich bin sofort ins Haus (Bundesfinanzministerium). Dort herrschte allgemeine Lähmung und nachmittags um 16 Uhr rief mich mein Abteilungsleiter *Köhler* zu sich: „Also Herr *Sarrazin*, ich habe mal nachgedacht und wir müssten uns doch jetzt irgendwie positionieren.“ Er wollte wissen, was man denn jetzt tun könnte, um da irgendwie zu helfen. Ich hatte vorgeschlagen, dass man ERP-Darlehen geben könnte. Das fällt einem immer zuerst ein, wenn man irgendwo helfen soll. Irgendwann braucht man aber auch Beratung, um ordnungspolitisch die richtigen Kräfte zu stärken. Wir hatten an jenem Tag bis 18 Uhr geredet und das Ergebnis unseres Gesprächs endete in der Aufforderung: „Dann machen Sie mal einen Brief von *Waigel* an *Kohl* fertig.“ Ich habe bis acht Uhr abends an dem Brief geschrieben, er bedankte sich für die Arbeit und dann hab ich von dem Brief nie wieder etwas gehört. Es war aber eine wichtige Fingerübung, denn es war meine erste Übung in zahllosen Vermerken, um die Frage des Mauerfalls, dann der DDR-Wirtschaft und dann mehr und mehr der Deutschen Einheit. Und dann entstand eine typische Situation: Es passiert etwas Neues und niemand ist zuständig. Das kennen Sie sicherlich aus eigener Erfahrung. Und da sich im großen BMF niemand zuständig fühlte, gab es auch keine Ideen.

„Nach gefühlten fünf bis neun Tagen war ich der DDR-Experte“

Horst Köhler nahm mich überallhin mit. Da ich von der ersten Minute an immer zu Besprechungen bezüglich der Entwicklungen in der DDR hinzugezogen wurde, war ich nach gefühlten fünf bis neun Tagen der DDR-Experte im 1.800 Mann starken Bundesfinanzministerium^{**}). Ich saß wirklich jeden Abend bis 20 oder 21 Uhr im Büro und sammelte weiter fleißig Informationen. Aber wir hatten alle keine verwertbaren Ideen und überhaupt keine Konzeption. Dann klingelte eines Sonntags am Nachmittag das Telefon. Es muss um den 1. Dezember gewesen sein. Herr *Köhler* war dran und ich sollte bitte in die Ständige Vertretung der DDR kommen. Ob ich wüsste, wo die wäre. „Ja“, sagte ich, „da wohnten meine Schwiegereltern um die Ecke.“ Daher kannte ich die Lage. Dann bin ich dorthin und traf dort mit *Köhler* und *Tietmeyer* – bisher hatten wir noch keinen DDR-Beamten gesehen – auf eine sehr elegante Dame aus dem DDR-Finanzministerium, Frau Dr. *König*. Später erfuhr ich, sie war die Geliebte von *Mielke*. Je-

^{*)} Statement von Dr. Thilo Sarrazin anlässlich der DLT-Jahrestagung im Januar 2010 in Ludwigsburg.

^{**}) Anmerkung der Redaktion: Mit der Rolle Sarrazins bei der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion befasst sich umfassend *Grosser*, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, 1998, S. 159 ff; dazu auch *Karl Otto Pöhl*, „Ich wurde politisch überrollt“, Die Welt v. 6.2.2010, S. 12.

denfalls behauptete man das im DDR-Finanzministerium. Sie leitete die Grundsatzabteilung im DDR-Finanzministerium, zudem war ein Herr Meyer da, der der Vizepräsident der Staatsbank der DDR war. Dann hörten wir von den beiden, *Schalck-Goldkowski* wäre seit heute Nachmittag verschwunden. Das war aber nicht der Anlass ihrer Einladung. Sondern es hatte sich herausgestellt, dass sie statt des Begrüßungsgeldes, das von den grenznahen westdeutschen Banken und Sparkassen ausbezahlt wurde, selbst Reisedevisen auszahlen lassen wollten. Also haben wir darüber geredet und daraus entstanden die ersten Kontakte. Das war auch das Erste, was wir in die Tat umsetzten: Reisedevisen für DDR-Bürger. Dafür schufen wir einen von der DDR verwalteten Reisedevisenfonds. Die Idee war, dass das Geld vor Weihnachten in die DDR geschafft wird, zwischen den Jahren an die unterschiedlichen Staatsbankstellen und anderen Banken verteilt wird und danach ausgezahlt wird. Die Vorbereitungen waren abgeschlossen, die Verträge waren unterschrieben und ich war in vorweihnachtlicher Stimmung.

Plötzlich bekam ich einen Anruf vom Zentralbereichsleiter Zahlungsverkehr aus der Deutschen Bundesbank, *Wendelin Hartmann*. Auf dem Hof der Bundesbank stünden fünf Geldtransporter mit Banknoten, Präsident *Pöhl* sei schon in Skiurlaub, und Herr *Schlesinger*, der Vizepräsident, weigerte sich, diese freizugeben. Es fehlte die Genehmigung des Bundesfinanzministeriums. Ich erwiderte, dass die längst vorliegen müsste, meine Vorlage wäre vor fünf Tagen an den Minister gegangen. Darum müssten doch alle Formalitäten erledigt sein. Er bestritt, dass der Brief vorläge und *Schlesinger* wollte ohne schriftliche Genehmigung nicht freigeben. Daraufhin eilte ich ins Ministerbüro. Es war mittlerweile 18.30 Uhr. Ich traf Frau *Aschenbrenner*, die Büroleiterin, und schilderte ihr das Problem. Es kam der Persönliche Referent. Der Minister war auf der Weihnachtsfeier der CSU, deshalb gruben wir gemeinsam – ich trat vornehm zurück, weil es ja nicht mein Schreibtisch war – auf dem Ministertisch und siehe: Dort lag die Vorlage ununterschrieben. Der Referent fuhr zur Weihnachtsfeier und ich rief bei Herrn *Hartmann* an und sagte, es wäre alles gefunden und er könnte jetzt freigeben. Aber nein: Herr *Schlesinger* wollte die Unterschrift sehen. Ich sagte, dann müssten wir die ja faxen. Also Faxen, muss man wissen, waren damals Dinge, die waren nicht sehr weit verbreitet. Also hatten wir gewartet und abends irgendwann um 21 Uhr kam der unterschriebene Brief zurück. Wir hatten dann das Blatt mit der Unterschrift gefaxt und dann gab *Schlesinger* die fünf Transporter frei. Die rollten dann etwas verspätet in die DDR, um den Reisedevisenfonds mit Bargeld zu füllen. Seitdem weiß ich, dass Geld eine sehr gewichtige Angelegenheit ist und dass 3 Mrd. DM in kleinen Scheinen nicht so einfach in Aktentaschen davongetragen werden können, wie man das immer in Bankräuberfilmen sieht.

„Der Gedanke der Einheit war in weiter Ferne, ...“

Daneben gab es natürlich unglaubliche Betriebsnudeleien, ununterbrochen Gespräche über alles Mögliche, über Kredite und Devisenhilfen. Wir dachten aber auch zunehmend darüber nach, wie man denn solch ein System, welches ja nun eine Staatswirtschaft in der Lähmung war, eigentlich weiterentwickeln könnte. Bundeskanzler *Kohl* kam zu dieser Zeit mit dem Zehn-Punkte-Plan. Nach seinem Besuch in Dresden stiegen die Ausreisezahlen wieder und wir stellten uns die Frage: Was können wir tun, um solch ein System irgendwie vernünftig weiterzuentwickeln? Der Gedanke der Einheit war in weiter Ferne, das Modell Föderation galt noch als utopisch. Ich hatte alle Daten des ganzen BMF zur DDR-Wirtschaft sowie des Gesamtdeutschen Instituts, das dem Innenministerium unterstand, – es waren nicht sehr viele Informationen – bei mir in meinem Arbeitszimmer gehortet. Ich brütete und schrieb Vermerk auf Vermerk. Es war jetzt Anfang Dezember und jeden Tag gab es einen anderen Stufenplan von irgendjemandem. Der Sachverständigenrat brachte sein Sondergutachten mit der Idee einer Zollunion und flexiblen Wechselkursen zwischen beiden Ländern, ich stellte mir das alles vor und merkte irgendwann – das war zwischen dem 10. und 15. Dezember – das ist alles „Quark“.

Und ich will Ihnen beschreiben, woran mir das klar wurde:

Jeder DDR-Bürger war ja zugleich bundesdeutscher Staatsbürger. Die Sozialhilfe für eine Familie betrug damals so um 800 bis 1.000 DM. Wenn man das so alles zusammenzählt – der aktuelle Wechselkurs zwischen Ostmark und Westmark war 1:7 – war es relativ einfach: Man reiste mit der Bahn oder fuhr mit seinem Trabi von Magdeburg nach Wolfsburg oder Braunschweig oder Hannover, meldete sich beim Sozialamt an, mietete eine kleine Unterkunft und hatte Anspruch auf Sozialhilfe. Diese Sozialhilfe aber war in der DDR, 50 km weiter im Osten, 7.000 Ostmark wert. Und nun ist es ja eine Legende zu glauben, dass man in der DDR für Geld nichts kaufen konnte. Man konnte sehr viel kaufen. Man konnte Lebensmittel kaufen und Textilien, wenn auch von einfacher Qualität. Man kaufte sämtliche einfachen Waren zu subventionierten Preisen. Und es war völlig klar: wenn das einer machte, war es nicht schlimm, machten es Tausende, war es auch nicht schlimm, kamen Hunderttausende auf den Dreh, dann war die DDR im Nu leergekauft und das System war am Ende. Denn damals lag der Durchschnittslohn, für den man in der DDR arbeitete, zwischen 1.100 und 1.500 DM Ost. Nur Altruisten oder absolute Systemfanatiker würden weiterhin für 1.100 bis 1.500 Ostmark arbeiten. Alle anderen aber sicherlich nicht, wenn sie 80 km weiter im Westen ohne Arbeit umgerechnet 7.000 Ostmark bekämen. Dieses Problem war mit den bisherigen Vorschlägen nicht lösbar. Außer man hätte das Residenzrecht von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik abgeschafft und das zeitlich begrenzt. Man hätte ihren Sozialhilfeanspruch aberkannt. Man hätte eine Zollgrenze eingeführt und man hätte die Einfuhr von Devisen reguliert. Nur so wäre das System noch haltbar gewesen. Diese Maßnahmen wiederum waren natürlich undenkbar.

Das, was die DDR 44 Jahre lang nicht durchsetzen konnte, ließ sich schon gar nicht im Zeitpunkt ihres allzu wahrscheinlichen Untergangs durchsetzen. Die DDR war so reformfähig, wie ein löchriger Eimer geeignet zum Wasserholen, an dem man alle Reparaturmethoden anwenden darf, außer das Loch zu stopfen. So etwa war dies von der Aufgabenstellung her. Und damit war für mich klar, das ist kein Weg.

„Wenn wir durch finanzielle Hilfen die DDR als Staat stabilisierten, würden wir genau die stärken, die keine Deutsche Einheit wollten, ...“

Und daneben plagte mich eine andere Sorge, die über meine engen Zuständigkeiten im Finanzministerium hinausging: Wenn wir durch finanzielle Hilfen die DDR als Staat stabilisierten, würden wir genau die stärken, die keine Deutsche Einheit wollten, sondern einen demokratischen dritten deutschen Staat. Und das waren ja nicht nur die Herren von der SED. Es war zudem ein großer Teil der DDR-Bürgerrechtler. *Bärbel Bohley* hat mir noch vor wenigen Monaten bei einer gemeinsamen Podiumsveranstaltung gesagt, dass, wenn es nach ihr gegangen wäre, die DDR niemals abgeschafft worden wäre. Es gab auch in der Bundesrepublik starke Kräfte – auch in meiner eigenen Partei – und natürlich gab es die auch international, die für die Eigenstaatlösung votierten. Das heißt, jetzt kam es darauf an, praktisch in der Bewegung vollendete Tatsachen zu schaffen. Und damit war es klar: Maßnahmen, die die DDR als System stabilisierten, waren auch der falsche Weg. Natürlich war ich, Referatsleiter im Finanzministerium, dafür nicht zuständig. Das war Sache von anderen, also mit größeren Kompetenzen ausgestatteten Köpfen. Aber ich hatte eine – wenn auch kleine – Zuständigkeit für nationale Währungsfragen und war mittlerweile der DDR-Experte des Bundesfinanzministeriums. Um Erfolg zu haben, muss man aber etwas aus den Zuständigkeiten machen, die man in dem Augenblick gerade hat.

Mittlerweile ergab sich im Bundesfinanzministerium eine weitere Veränderung: *Tietmeyer*, das war lange vorher geplant, wechselte im Dezember '89 zur Bundesbank. Herr *Köhler* rückte als Staatssekretär nach und ich bemerkte in den Dialogen mit ihm und auch

mit Minister *Waigel* damals diese Unsicherheit, das Drängen, die Angst, die gewisse Ratlosigkeit. Denn natürlich wurde er bombardiert mit Fragen aus dem Kanzleramt und von woanders her.

Ich beschloss, die Sache vom Ende her zu denken: Es war nach wie vor die Zeit um den 15. Dezember. Ich sagte mir: Am Ende eines Reformprozesses, selbst wenn es eine selbstständige DDR sein sollte, stehen doch in jedem Falle freie Preisbildung, freie Lohnbildung, Privateigentum an den Produktionsmitteln und eine konvertible Währung. Wenn das also der Endzustand war, der so oder so kommen müsste, war die Frage, ob man dieses System weiter finanziell stützen sollte oder ob man nicht einen anderen Weg einschlagen sollte.

„Und dann reifte in mir die Idee, den Wandel als Tauschgeschäft zu gestalten“

Und dann reifte in mir die Idee, den Wandel als Tauschgeschäft zu gestalten: Wir geben der DDR konvertible Währung und die DDR führt als Gegenleistung all die Reformen, die jetzt Jahre und Jahrzehnte dauern würden, sofort und mit einem Schlag durch. Dieses Zug um Zug-Geschäft könnte man schnell durchführen. Ich musste nur zeigen, dass dies technisch machbar war und dass es die Stabilität der DM nicht beeinträchtigen würde. Denn das war ja die größte Angst der Westdeutschen. Der Westen dachte ja zuerst an die Inflation und erst dann an die Brüder und Schwestern im Osten. Und es durfte kein Chaos ausgelöst werden.

Deshalb war es unerlässlich, immer darauf zu achten, was die Zeitungen schrieben und was die Menschen erzählten.

Mit dem Ziel, einen ordnungspolitischen Rahmen aufzustellen, fing ich an zu rechnen: Ich berechnete das Wirtschaftspotenzial der DDR, die zur Umstellung nötige Geldmenge, verglich das Preisniveau und die Arbeitsproduktivität in der DDR mit dem bzw. der in der Bundesrepublik. Das Sozialprodukt pro Kopf lag nach DIW-Berechnungen etwa bei 40 % von unserem. Ich leitete die gegenwärtige Geldmenge aus den entsprechenden Statistiken des DDR-Jahrbuchs ab und plausibilisierte die Ergebnisse mit der bereits errechneten Relation der Produktivität und dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen. Ich kam zum Ergebnis, dass die DDR 10 % von unserem Wirtschaftspotenzial aufweist. Dann habe ich die Preise etwas näher untersucht mit folgendem Ergebnis: Wenn man die unterschiedlichen Preise betrachtet, muss man für einen objektiven Vergleich einen Preisindex erstellen. Der so erstellte Index brachte etwas Erstaunliches hervor: Die Kaufkraft der Ostmark war für das Gebiet der DDR etwa so hoch wie die der Westmark für das Gebiet der Bundesrepublik. Wir hatten uns in den Jahren zuvor in der Frage der Kaufkraft ständig täuschen lassen, weil natürlich alle Industriewaren bei uns unendlich viel besser waren und unendlich viel billiger. Aus dem allgemeinen Konsumverhalten, aus dem hervorgeht, dass maximal 10 % – 15 % eines Monatsbudgets für größere Anschaffungen ausgegeben werden, ließ sich schlussfolgern, dass das Verhältnis der Geldmenge und der Preise stimmte.

Die Löhne der DDR betragen damals im Durchschnitt 1.200 bis 1.300 DM. Die Verdienstuntergrenze lag bei etwa 900 DM, die Obergrenze bei etwa 1.500 bis 1.600 DM. Das durchschnittliche Niveau passte zu den bundesrepublikanischen Verhältnissen: Ein Vollzeitbeschäftigter bekam damals im Durchschnitt 2.800 DM, d.h. das 40 %-Verhältnis bildete sich auch hier ab. Es stellte sich allerdings heraus, dass, wenn man die Löhne, Mieten und alle anderen Verträge 1:1 umstellen wollte, Teile der Sparguthaben hätte sperren müssen. Es war klar, dass man nicht alles sofort freigeben konnte. Aber man hätte sie in Bundesanleihen oder ähnliche Papiere umwandeln lassen und mit gewissen Fristen binden können. Dann hätte sich die vorhandene Kaufkraft aus Sparguthaben systematisch einbinden lassen.

Dann berechnete ich, was es an Reformen nebenbei würde geben müssen. Die DDR hatte einen überdimensionierten Industriesektor. Ich prognostizierte, dass es in wenigen Monaten nach der Umstellung 1,6 Mio. Arbeitslose geben würde. Darum war



Dr. Thilo Sarrazin (4.v.l.) inmitten der DLT-Verbandsspitze.

Foto: DLT

ich der Auffassung, dass wir eine Arbeitslosenversicherung und weitere Einrichtungen der sozialen Sicherung brauchen. Ich hatte bloß zwei Gesprächspartner: das war Herr *Köhler* als Staatssekretär und mein Abteilungsleiter *Gerd Haller*. Letzterer war ein abwägender, konservativer Ökonom; er fand das alles furchtbar, utopisch und viel zu riskant. Herr *Köhler* war hin- und hergerissen, gab Gas und bremste und ich habe immer weiter Vermerke geschrieben und dann eines Tages rief er mich zu sich.

„Jetzt schreiben Sie doch mal alles auf, wie Sie sich das genau vorgestellt haben“

Ich weiß es noch wie heute, es war an einem Freitagnachmittag, dem 29. Januar 1990. Er bat: „Jetzt schreiben Sie doch mal alles auf, wie Sie sich das genau vorgestellt haben.“ Denn bisher hatte ich das strikte Verbot, irgendetwas zum Thema Währungsunion zu Papier zu bringen. Ich hatte mich natürlich nicht daran gehalten. Die Dokumente füllten die Festplatte meines PC. Aber es gab keine offiziellen Dokumente. Ich bin also nach Hause mit meiner Materialsammlung und den Konzepten, die ich hatte, und kam am Montagmorgen mit einem 14-seitigen Vermerk zurück ins Ressort. Ich marschierte mit meinem Werk zum Staatssekretär und hörte nichts weiter von der Sache.

So ist das als Beamter: Man bekommt zunächst überhaupt kein Feedback von der Führungsebene – aber das kennen ja einige von Ihnen auch oder haben es zumindest früher so ähnlich erlebt. Doch am Dienstagabend, 18.30 Uhr, musste ich wieder zum Staatssekretär. Im Beisein von Herrn *Haller* eröffnete er, dass sie den Vermerk weitergegeben hätten. Minister *Waigel* hätte ihn gebilligt und hätte mit dem Bundeskanzler gesprochen. Er hätte ihm eine Währungsunion vorgeschlagen und der Bundeskanzler würde dies in einer Woche der DDR beim Besuch *Modrows* seinerseits vorschlagen und dann würde das Angebot veröffentlicht werden. Bis dahin wäre es noch geheim. Im Hause gäbe es eine Arbeitsgruppe „Innerdeutsche Beziehungen“, die morgen eingerichtet würde. Die sollte ich leiten, um dann für die ganze Sache die Federführung zu übernehmen.

Ich war wie vor den Kopf geschlagen. Denn ich war mittlerweile 44 Jahre alt und es war bisher nicht vorgekommen, dass ein Grundsatzpapier ohne weitere Veränderungen oder Ergänzungen bis zum Bundeskanzler vordringt und der nur ausruft: „Genau, das ist es!“ Ob dieses Erfolgs war ich euphorisch, gleichzeitig aber auch panisch, denn auf einmal hatte ich ja die ganze Verantwortung. Ich durfte ja auch keine Mitarbeiter beteiligen, schon gar nicht durfte ich bei der Bundesbank anrufen. Ich hatte keine einzige Zahl von der Bundesbank geholt, denn die dortigen Verantwortlichen wären ja sowieso gegen meine Überlegungen gewesen. Aber das Thema Bundesbank drohte nun. Am Montag, dem 8. Februar, einen Tag vor der geplanten Ankündigung und Veröffentlichung durch Bundeskanzler *Kohl*, wurde Bundesbankpräsident *Pöhl* zu einem Vieraugengespräch bei Minister *Waigel* eingeladen. Ich sollte den Vermerk schreiben. Das habe ich auch getan und er wurde drei- oder fünfmal umgeschrieben. Ich weiß es nicht mehr genau. Am Ende war er wieder so wie vorher und – das kennen Sie sicherlich auch alle – er

ging auf den Weg. Das Gespräch fand auch statt, wie ich mich bei der Büroleiterin *Aschenbrenner* versicherte. Am nächsten Dienstag hatte *Kohl* das dann in der CDU-Fraktion verkündet, gegenüber den Medien usw.

Ich bin also an diesem Abend zügig nach Hause, um pünktlich zur Tagesschau um 20.00 Uhr dort zu sein. Zunächst war *Kohl* im Bild und dann wurde nach Ost-Berlin umgeschaltet: Bundesbankpräsident *Pöhl* stand vor der DDR-Staatsbank, jetzt KfW, am Gendarmenmarkt. Neben ihm stand der DDR-Notenbankpräsident *Kaminski* und *Pöhl* wurde gefragt: „Herr *Pöhl*, können Sie sich vorstellen, dass die DM in der DDR eingeführt wird?“ Antwort: „Eine völlig absurde Idee. Vielleicht in zehn Jahren.“ Mit sonorer Stimme fegte er alles vom Tisch. Es war ganz klar, es war die Vorhandy-Zeit und – es gab in der DDR auch noch keine Fax – es war auch so, dass die Fernsehcrews von ZDF und ARD, die ihn begleiteten, auch keine Handys hatten; man hätte statt in Ost-Berlin ebenso gut auf den Fidschi-Inseln sitzen können. Nur da wäre die Nachrichtenverbindung wahrscheinlich besser gewesen. Sie wussten also nichts von den Plänen der Bundesregierung. Ich dachte, dass darf doch nicht wahr sein, was ist denn mit deinem schönen Vermerk passiert, worüber haben sie sich denn unterhalten eine Stunde lang. Später im Heute-Journal kam ein bleicher *Pöhl*, der sagte, es wäre eine politische Entscheidung.

Am nächsten Tag fragte ich Frau *Aschenbrenner*, was denn da los gewesen wäre. Kurzum, ich bekam es nicht heraus. Minister *Waigel* behauptete oder ließ behaupten, er hätte alles gesagt. *Pöhl* würde heute noch behaupten, wenn man ihn fragte, er wäre nicht über die damaligen Planungen der Bundesregierung unterrichtet worden.

„Kobra übernehmen Sie“

Die CSU gab vor einigen Monaten einen Empfang zu *Waigels* 70. Geburtstag. Ich war auch dort und nutzte die Gelegenheit, um Herrn *Waigel* zu fragen: „Eines wollte ich immer schon mal wissen: Wie war das denn damals bei dem Gespräch mit Herrn *Pöhl*? Haben Sie ihm das denn gesagt?“ „Ja“ war seine Antwort, „*Pöhl* war ja so empfindlich, deshalb musste ich ihm das vorsichtig sagen.“ Und da hätte er ihm gesagt – jetzt kommt ein original *Waigel*-Zitat: „Herr *Pöhl*, Sie müssen verstehen, es kann eine Situation kommen, in der die Bundesregierung sagt, Kobra übernehmen Sie.“ Für die Jüngeren unter Ihnen oder für die Fernsehpublikum: das war in den 60er-Jahren eine bekannte Kriminalsendung. Offenbar sah *Pöhl* nicht fern oder er sah andere Sendungen, jedenfalls er wusste nicht, was diese Bemerkung bedeutete.

Dies ist aus heutiger Sicht egal. Es gibt historische Fragen, die müssen unbeantwortet bleiben. Nur: Ich hatte bitter zu büßen, denn zwei Tage danach, es war Donnerstag morgens um 10 Uhr, waren bei Herrn *Köhler* ein wutschäumender Vizepräsident *Schlesinger* und ein finster guckender Staatssekretär a.D. *Tietmeyer* zu Gast. Ich wurde als der Sündenbock vorgeführt. Mittlerweile hatte die Deutsche Bundesbank meinen Vermerk vorliegen. *Tietmeyer* sagte gar nichts. Er war zu schlau und er wusste, was am Ende kommen würde. *Schlesinger* sagte: „Unmöglich! Umtauschkurs 1:1, das ist völliger geldpolitischer Unfug.“ Ich wollte immer dagegen argumentieren. Da trat mir *Köhler* gegen das Schienbein. Das erste Mal, meinte ich, es wäre ein Versehen. Beim zweiten Mal hatte ich es dann kapiert und dann hielt ich einfach den Mund. *Köhler* nickte immer mit dem Kopf und *Haller* machte ein leidendes Gesicht. Nach dem Gespräch teilte ich Herrn *Köhler* meine Auffassung mit, dass wir das so nicht stehen lassen könnten. „Ja“, erwiderte er, „wissen Sie was, es ist jetzt ganz einfach: Wir machen die Währungsunion, müssen der Bundesbank aber helfen, dass sie ihr Gesicht nicht noch mehr verliert, als sie es schon verloren hat, denn wir brauchen sie dabei. Und ab sofort gilt, dass, sofern die Währungsunion kommt, wir alles machen, was die Bundesbank will.“

Als guter Beamter hatte ich das natürlich akzeptiert und dann kamen diese endlosen Diskussionen über unterschiedliche

Wechselkurse und es endete dann bei 1:1. Insofern hatte dann das wirkliche Leben eine Menge gerettet. Von Herrn *Schlesingers* Vorstellungen blieben zwei Dinge übrig: Die Geldbestände und die Schuldenbestände wurden im Verhältnis 1:2 umgestellt und Letztere nicht gestrichen. Ich hatte in meinem Konzept vorgesehen, alle Schulden zu streichen. Denn alle DDR-Schulden waren in meinem Verständnis die Salden von Verwaltung. Es waren ja alles Zweige der Staatsverwaltung.

Die Schuldenfrage haben wir dann mit dem DM-Bilanzgesetz unter ganz großen Umwegen im Jahre 1992 geregelt. Im Ergebnis wurden fast alle, also auch Schulden von Treuhandunternehmen, gestrichen.

„Der Zug rollte zunächst Richtung Währungsunion, dann unverzüglich Richtung Deutsche Einheit“

Mit diesen Geschehnissen in der Zeit vom 9. November bis zum 15. Februar kam eine unaufhaltbare Entwicklung in Gang. Der Zug rollte zunächst in Richtung Währungsunion, denn der Führung der DDR blieb gar nichts anderes übrig, als das Angebot anzunehmen. Sonst wäre sie gleich hinweggefegt worden und dann rollte der Zug unverzüglich in Richtung Deutsche Einheit, denn die DDR konnte die Währungsunion weder finanziell noch politisch überleben. Und insofern war es dann folgerichtig, dass dann auch eine sehr dichte Abfolge der Termine kam. Übrigens hatte ich ursprünglich für die Währungsunion den Termin 1.1.1991 vorgesehen. Meine Vorstellung, so etwas könne man in elf Monaten vorbereiten und durchziehen, galt zunächst als skandalös schnell.

Ich habe oft über diesen ganzen Vorgang und natürlich auch über meine Rolle nachgedacht. Die Politik war in Zugzwang, aber sie konnte nichts tun ohne eine fachliche Abstützung eines politischen Angebots. Kein Minister wird eine größere Sache anstoßen, wenn er nicht irgendeine Vorlage aus seiner Verwaltung hat, die ihm den Weg weist und insoweit absichert. Der Bundeskanzler konnte das nicht tun ohne das positive Votum des für den Haushalt und die Währung zuständigen Ministers, das war der Bundesfinanzminister. Und dieser wiederum konnte nichts tun, ohne dass er ein Konzept seiner Fachbeamten hatte, die sagten, wie es geht und die sagten, dass es geht. Und dieser Fachbeamte war ich – so simpel war das. Und nun habe ich mir oft überlegt, was wäre denn nun passiert, wenn ich entweder gar nichts gemacht hätte oder gesagt hätte, das geht so nicht. Es ist natürlich eine anmaßende Frage, aber es war so, es war keiner da, es war alles offen. Wäre die deutsche Geschichte anders verlaufen, hätte ich gerade nicht zufällig zu diesem Zeitpunkt dieses Referat geleitet, hätte ich nicht ein überzeugendes Papier präsentieren können oder hätte ich vor einer Währungsunion gewarnt? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur positiv, aus dem ganzen BMF, von der Bundesbank und von dem gesamten wirtschaftswissenschaftlichen Sachverstand in Deutschland – soweit er sich in Instituten und im Sachverständigenrat dokumentiert – wäre zu diesem Zeitpunkt ein solcher Vorschlag nicht gekommen. Die Politik hätte in dieser Situation ohne ein fachliches Votum dagestanden. Ob das fachliche Votum richtig war oder falsch, ist dabei übrigens völlig gleichgültig.

Auf diese Art verläuft Geschichte und so verläuft sie zu allen Zeiten.

Nun kann ich sagen, ich bin einmal mit dabei gewesen und habe vielleicht einen Unterschied gemacht. Das ist die Gnade, wenn man zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle ist. All die Ämter, die ich seitdem innegehabt habe, Staatssekretär in Rheinland-Pfalz, Geschäftsführer der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft, Bahnvorstand, Finanzsenator und meine jetzige Tätigkeit, waren aus dieser Sicht nur ein Nachspiel. So schön und abwechslungsreich diese Ämter auch waren und noch sind. ■

Dr. Thilo Sarrazin, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/Main

Bundesrepublik Deutschland

Verwaltungsgrenzen, Stand 3.10.1990



Schaffung demokratisch legitimierter Kreise im gesamtdeutschen Staat

Zunächst möchte ich etwas zu meinem persönlichen Erleben dieser 20 Jahre Deutsche Einheit schildern. Zu diesem Zweck habe ich aus meinem Weinkeller zwei Weinflaschen mitgebracht. Die eine Flasche hat, wie Sie sehen, einen unansehnlichen Kronkorken und trägt ein hässliches billiges Etikett. Es ist ein Elbtalwein von 1989, ein Qualitätswein. Mehrere Flaschen dieses Weines Müller-Thurgau habe ich auf meinen ersten Reisen als Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages Mitte 1990 in Sachsen erworben. Diese Flasche hat, auch wenn sie noch so hässlich aussieht und der Inhalt eigentlich ungenießbar ist, einen hohen Symbolwert: Auf der Banderole steht „Gereift im Revolutionsjahr“ und die deutschen Nationalfarben Schwarz, Rot, Gold zieren sie. Deshalb liegt diese Flasche auch nach 20 Jahren immer noch in meinem Weinkeller. Die zweite Flasche Wein werde ich Ihnen am Ende meines Vortrags vorstellen.

Persönliche Eindrücke



Geschäftsführendes Präsidialmitglied a.D. des Deutschen Landkreistages Dr. Hans-Henning Becker-Birck demonstrierte anhand zweier Weinflaschen den sichtbaren, messbaren und „genießbaren“ Fortschritt in der DDR. Fotos: Mark Frantz

Am 2.1.1990 habe ich meine Arbeit als Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages in Bonn aufgenommen. Als ich im Herbst 1989 auf der Jahrestagung des Deutschen Landkreistages in Kassel gewählt wurde, sahen Deutschland und die Welt noch ganz anders aus als Anfang 1990. Damals war es wichtig, als zentrales Anliegen die Verankerung der Kreisebene in Brüssel in den Mittelpunkt der Diskussion und der Arbeit zu stellen. Anfang 1990 standen dann gesamtdeutsche Fragen im Mittelpunkt.

Die DDR war für mich keine Unbekannte. Seit 1964 war ich fast jährlich dort bei meiner Verwandtschaft in Meiningen, ohne nennenswerte Schwierigkeiten zu haben, zu Besuch gewesen. Auch in meiner Zeit als Landrat in Schleswig-Holstein ab 1975 waren meine Besuche in der DDR problemlos.

Mir war auch die Institution eines „Rates des Kreises“ in der DDR durchaus ein Begriff. Schon 1965 hatte ich die kühne Idee, als Rechtsreferendar meine Kommunalstation bei einem Rat eines Kreises in der DDR abzuleisten, was sich aber nicht realisieren ließ. Letztlich absolvierte ich diese Zeit bei der Kreisverwaltung Celle.

1986 konnte ich sogar meinen Kreistag zu einem Besuch in der DDR bewegen. Im Mittelpunkt stand die kulturhistorische Vergangenheit, um zu zeigen, dass jenseits der Mauer auch Deutschland ist, dass es eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Vergangenheit, eine gemeinsame Kultur gibt. Unser Ziel waren die wettinischen Lande (Sachsen).

Besonders angetan war ich von den Witzen in der DDR, mit denen man die Missstände in der DDR anprangerte und sich zugleich die eigene Gedankenfreiheit sichern wollte. Einen zur Kostprobe:

Ein Volkspolizist ist nach Bautzen versetzt worden und soll politische Häftlinge bewachen: „Denken Sie denn, dass Sie dieser Aufgabe gewachsen sind?“, fragt der Gefängnisdirektor. Der Volkspolizist antwortet: „Na, selbstverständlich, wer nicht spurt, fliegt raus.“

Aufgaben des DLT ab 1990

Die im Herbst 1989 einsetzende Entwicklung in der DDR hat die verbandspolitische Arbeit des DLT nachhaltig geprägt und verändert. Zu den acht Landesverbänden in Westdeutschland kamen fünf weitere hinzu. Unter dem Dach des DLT befanden sich Ende 1990 237 west- und 189 ostdeutsche Landreise.

Gesamtdeutsche Fragen, insbesondere der Aufbau einer leistungsfähigen kommunalen Selbstverwaltung in den Kreisen der alten DDR, bestimmten den Ton und das Tempo unserer Arbeit. Die Situation in den 189 neuen Mitgliedskreisen war gekennzeichnet von dem Willen der Menschen, mit einer enormen Kraftanstrengung die Versäumnisse einer mehr als 40-jährigen sozialistischen Kommandowirtschaft zu überwinden.

Lassen Sie mich aus der Fülle der damaligen Arbeit vier Schwerpunkte in die Erinnerung rufen:

Kontaktaufnahme mit der Kreisebene in der DDR

Bereits vor den ersten demokratischen Kommunalwahlen im Mai 1990 in der DDR entstand das Problem der Kontaktaufnahme mit der dortigen Kreisebene. Schon im Januar 1990 ging beim Deutschen Landkreistag ein Schreiben des Rates des Kreises Dresden ein, in dem der Rat um Unterstützung beim Aufbau einer Arbeitsgemeinschaft der Räte der Kreise in der DDR gebeten wurde.

Wie sollten wir reagieren? Stützen wir eventuell die alten Strukturen und die falschen Personen? Konnte eine Arbeitsgemeinschaft der DDR-Kreise überhaupt auch unser Ziel sein? Schon am 7.2.1990 kamen wir im DLT-Präsidium zu einem guten – und auch im Rückblick bestandsfähigen – Ergebnis:

„Wir weichen Kontaktmöglichkeiten nicht unter Berufung auf die ‚unzulängliche demokratische Legitimation‘ unserer Gesprächspartner aus.“ Das wäre im Hinblick auf die tief greifenden Veränderungen in der DDR verfehlt gewesen. Wir hatten aber darauf zu achten, dass unsere Unterstützung tatsächlich den Bürgern in den Kreisen zugute kommt.

Mitarbeit an der Kommunalverfassung der DDR

Ein wichtiger Punkt war die Mitarbeit an der Kommunalverfassung der DDR.

Schon am 19.1.1990 fand im Hause des DLT in Bonn ein Gespräch mit zwei Herren aus dem Büro des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, Herrn Dr. *Morath*, der für die Erarbeitung von Verfassungsgesetzen für die örtlichen Staatsorgane zuständig war, statt. Zum einen war das Dr. *Seidel*, früher Oberbürgermeister von Leipzig – eine Woche später erfuhren wir, dass er inhaftiert worden war –, und zum anderen Prof. Dr. *Petzold*, Direktor der Sektion Staats-, Wirtschafts- und Verwaltungsrecht an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam-Babelsberg. Dabei ist zweierlei deutlich geworden: Einerseits die äußerst geringe Kenntnis über unsere westdeutsche Kommunalverfassung, z.B. über die Frage, wie ein Kreistag zustande kommt; dass er gewählt wird, war den Herren völlig neu gewesen.

Zum anderen war für sie auch die Position der Kreise bei uns unklar: Welche Aufgaben ein Kreis hat und welche er haben kann. Deshalb stand hinter der Frage, ob Kreise nach westdeutschem Vorbild in der DDR geschaffen werden sollten, ein ganz großes Fragezeichen. Es bedurfte vieler Gespräche und großer Überzeugungsarbeit, die wir nicht allein, sondern auch mit den politischen Stiftungen und der Bundesregierung leisteten, um gegenüber der Volkskammer und dem Ministerrat deutlich zu ma-

chen, dass sich nicht zwei unterschiedliche Systeme nebeneinander entwickeln.

Für die Menschen in der DDR und die Politiker, die jetzt die Verantwortung trugen, war die Kreisebene störend beim Aufbau von demokratischen Strukturen in der DDR. Für sie war es sozusagen die unterste Kommandoebene, die es gegeben hat. Man hatte Vorstellungen, die sich mit unserer langjährigen Erfahrung seit 1945 in Bezug auf Veränderungen von Größenordnungen bei Gemeinden und Kreisen und deren Leistungsfähigkeit nicht deckten. Vielfach existierte ein romantischer Zug hin zu kleinen Einheiten, zur unmittelbaren örtlichen Ebene, die alles erledigen könnte. Was haben wir gerungen. Aber es ist uns nicht gelungen zu sagen, was das eigentlich soll, dass jede kleine Gemeinde Verantwortung für die Sicherung der Energieversorgung für die Bevölkerung übernehmen soll oder auch für eine moderne Abfallbeseitigung. Es war deshalb dringend geboten, Informationen über den Wert und die Bedeutung der Kreise nach „drüben“ zu transferieren.

Auf ähnlicher Basis lag unser Bemühen, aus den Sparkassen der DDR, die reine Kapitalsammelstellen der Staatsbank der DDR waren, vollwertige Kreditinstitute in kommunaler Trägerschaft zu machen.

Die Ergebnisse kennen Sie. Sie sind m.E. zur vollen Zufriedenheit der Kreisebene ausgefallen.

Partnerschaften

Ein dritter Schwerpunkt unserer Arbeit war die Organisation von Partnerschaften zwischen west- und ostdeutschen Kreisen nach der Kommunalwahl im Mai 1990. Dies ist flächendeckend gelungen und es bleibt erstaunlich, welche Hilfemöglichkeiten realisiert wurden: Abordnung von Kreismitarbeitern, Schulpartnerschaften, Bereitstellung von Bussen, Autos, Bürogeräten bis hin zu Telefonanlagen und Papier.

Heute kann sich keiner mehr vorstellen, welche Kommunikationsprobleme zu bewältigen waren. Internet und Fax gab es nicht; das Telefonnetz in der DDR war völlig unzulänglich ausgebaut. Man telefonierte am besten mit seinem Partner morgens zwischen 7 und 8 Uhr. Sonst war kein Durchkommen.

An dieser Stelle muss auch die schnelle und völlig unproblematische Integration der neuen Landesverbände und ihrer Kreise in den DLT angesprochen werden. Im November 1990 wählten wir bereits auf der ersten gemeinsamen Jahrestagung nach 60 Jahren in Bad Münstereifel einen Vizepräsidenten aus Thüringen, Herrn Dr. *Reinholz*. Und im Mai 1991 feierte die neue große Landkreisfamilie ein gelungenes Wiedervereinigungsfest im Ahrtal.

Infrastruktur

Als letzten Punkt lassen Sie mich den Aufbau der Infrastruktur ansprechen. Wie waren die Städte zerfallen und die Landschaften ausgeplündert. Die DDR sollte trotzdem die zehntgrößte Industrienation der Welt gewesen sein! Meine gesammelten Eindrücke während meiner Besuche in der DDR – verrottete Fabrikanlagen, alte Autos usw. – haben mich das nie begreifen lassen. Dazu an dieser Stelle ein zweiter Witz, den ich Ihnen erzählen möchte:

Es wird eine Pressekonferenz zum Bau einer neuen Eisenbahnstrecke durchgeführt. Der Minister hält eine Rede und erlaubt dann, Fragen zu stellen. „Wird diese Bahnlinie ein- oder zweigleisig?“, fragt ein Journalist. Der Stellvertreter des Ministers erhebt sich und hält eine weitere Rede zum Bau der Eisenbahnstrecke; die Frage wird nicht beantwortet. Anschließend wiederholt der hartnäckige Journalist die Frage. Nun setzt ein Abteilungsleiter zu einer dritten, noch längeren Rede an. Der Journalist wird ungeduldig und fragt wieder: „Wird die Strecke nun ein- oder zweigleisig?“ Auf einen Fingerzeig des Ministers darf sich ein Ingenieur erheben und sagt: „Der Bau beginnt an zwei Seiten. Treffen die Gleise sich, wird die Bahn ein- oder zweigleisig; treffen sie sich nicht, wird sie zweigleisig!“



DLT-Veteranen: Joseph Köhler (l.) war von 1984–1992 DLT-Präsident, Dr. Hans-Henning Becker-Birck (r.) von 1990–2001 DLT-Hauptgeschäftsführer.

Ich bin 1990/91 als Mitglied der sog. „*Waffenschmidt*-Kommission“ von Bezirksstadt zu Bezirksstadt in den neuen Ländern gereist. Wir haben in dieser Kommission den erstaunten, versammelten Bürgermeistern und Landräten vor Ort die Fördertöpfe des Bundes angepriesen.

Diese Kommission wurde von Dr. *Horst Waffenschmidt*, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium mit einem gutem Draht zu Bundeskanzler *Kohl*, geleitet. Mitglieder waren Experten der Bundesministerien und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände.

Waffenschmidt erreichte damals – was bisher einmalig ist – eine direkte Förderung der Kommunen in den neuen Bundesländern mit Bundesgeldern. Er stellte alles unter den Sonderfall „Deutsche Einheit“. So gelang eine schnelle und unbürokratische Sanierung der örtlichen Infrastruktur mit Pauschalen nach Einwohnerzahlen.

Zwei Schlussbemerkungen

Ich ziehe auch heute noch meinen Hut vor den Männern und Frauen der „ersten Stunde“. Sie kamen als Pastoren, Ingenieure oder Veterinäre in kommunale Führungsverantwortung ohne jegliche administrative Erfahrung. Welch ein Mut, sich der epochalen Aufgabe zu stellen, einen neuen demokratischen Staat aufzubauen!

Vielfach waren die Erwartungen, die die Menschen in der DDR mit dem „goldenen Westen“ verbanden, zu weit von der Wirklichkeit entfernt. Aber auch im Westen hatte man sich kräftig verschätzt mit den „blühenden Landschaften“.

Ich bleibe bei meiner Einschätzung, die ich am 7.2.1990 bei meiner Einführung als DLT-Hauptgeschäftsführer geäußert habe: Staaten wachsen langsamer als Menschen. Ich habe damals dieses Wort von *Bismarck* zitiert, der bei der Reichsgründung 1871 reichlich Erfahrung gesammelt hatte. Und dennoch: Wer heute durch die neuen Länder fährt, kann die Erfolge des Aufbaus mit Händen greifen.

Symbolisch für diesen Fortschritt steht meine zweite Weinflasche, die ich mitgebracht habe: Ein Spätburgunder aus dem Jahr 2005 von Schloss Proschwitz an der Elbe, zwischen Meißen und Riesa gelegen. Sie sehen hier ein ganz anderes Äußeres und einen „leckeren Wein“ im Innern, wie man im Rheinland sagen würde. Ein Wein, der auch in den Weinhandlungen in den Westdeutschland geführt wird und international seine Erfolge zeigt. Wenn Sie die beiden Flaschen Wein vergleichen, diese und die eingangs gezeigte, wird deutlich, der Fortschritt in der ehemaligen DDR ist sichtbar, messbar und genießbar. ■

Dr. Hans-Henning Becker-Birck, Geschäftsführendes Präsidialmitglied a.D. des Deutschen Landkreistages, Bad Honnef-Rhöndorf

Von „Wild-Ost“ über den Landrat der ersten Stunde bis zur Regierungsbildung in Sachsen

Ich bedanke mich sehr für die Einladung und auch für die Begrüßung. Es ist nicht selbstverständlich, dass man als Kollege begrüßt wird. Ich weiß, dass schon einmal die damalige Gesundheitsministerin *Schmidt* den Versuch gemacht hat, auf einer Ärztekonzferenz „Liebe Kolleginnen und Kollegen“ zu sagen und dann ausgepiffen wurde, weil man nicht ihre Kollegin und Kollege sein wollte. Aber unter Landräten läuft es immer ein wenig anders. Von daher herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung, vor allem an diesem schönen Ort. Ich glaube, man begreift langsam, dass die neuen Bundesländer eigentlich die ganz alten Länder Deutschlands sind – aus so einem Land, nämlich aus Sachsen, komme auch ich.

„Wild-Ost“

Ich will im Folgenden die Zeit vor 20 Jahren ein wenig skizzieren und auch beschreiben, warum ich Landrat wurde oder es werden wollte. Ich habe mich lange dagegen gesträubt. Man muss sagen, es war ein wenig „Wild-Ost“. Und diese „Wild-Ost-Zeit“, wo man mit völlig – sobald man ihn hatte – normalem Menschenverstand und wenig hemmenden Gesetzen arbeiten konnte, das war schon eine ausgesprochen fruchtbare Zeit, so dass man schon ganz gerne für sich in Anspruch nahm, als kleiner Landrat König zu sein. Und ich weiß noch, dass *Kurt Biedenkopf* als ich ihn das erste Mal sah und er in Zittau zum Wahlkampf war, fragte: „Wie geht es Herr Landrat?“ Ich sagte: „Naja, uns geht es hier gut, nur die Landesregierung wird den Himmel demnächst ein wenig verfinstern“, worüber er nicht besonders erfreut war.

Ich bin 16 Jahre Pfarrer gewesen, in Oybin, in einer kleinen Bergkirche. Zuvor war ich Studentenfarrer in Zittau, wobei Studentenfarrer zu DDR-Zeiten aber bedeutete, dass man weder die Hochschule betreten durfte noch die Wohnstätten der Studenten noch irgendeine Gaststätte, in denen Studenten gerade bedient wurden. Ich erkläre das deshalb, weil ich glaube, dass 1990 sehr viel Unterschiedliches zusammengekommen ist, um sich zu vereinen, und wir alle gedacht haben, weil wir deutsch sprechen, würden wir uns auch verstehen. Aber die Worte waren mit ganz anderen Inhalten belegt und deshalb mache ich nur einmal darauf aufmerksam, dass ein Studentenfarrer in der DDR etwas ganz anderes war als der Studentenfarrer im Westen Deutschlands. Wobei der Studentenfarrer in der DDR allerdings vom Staat weitaus mehr beachtet worden ist als der Studentenfarrer im Westen.

Also prozentual hat man für uns wesentlich mehr Geld ausgegeben, so dass wir uns eigentlich gar nicht groß beklagen konnten, wenn wir auf freiem Fuß geblieben sind. Also ich war Pfarrer, ich wollte gerne Pfarrer bleiben.

In dieser Zeit 1989, wo im Grunde jeder Monat ab Mai ganz anders war, auch in seinen Ergebnissen und Ausführungen, in den Träumen und Wünschen, die man hatte, war ich mit der Aufklärung von Amtsmissbrauch beschäftigt. Ich war in einer Untersuchungskommission. Diese Untersuchungskommission kam ganz einfach zustande: Man traf sich in einer Kirche. Man war der Meinung, jetzt im September 1989 eine Untersuchungskommission einrichten zu müssen und dann haben die dort Anwesenden demokratisch ein paar Leute bestimmt und das war dann die Untersuchungskommission. Wir hatten eigentlich gar keine Vollmachten. Seltsamerweise aber war in der Staatsführung der Verlust der eigenen Macht schon so immanent gewor-

den, dass sie sich dem unterworfen hat. Wir haben also gar keine großen Schwierigkeiten gehabt, mit Staatsanwälten zu reden. Früher hätten sie mit uns geredet, aber nicht umgekehrt.

Da gab es statt der erfreulichen öffentlichen Sympathie in der Bevölkerung dann natürlich auch schon die ersten Morddrohungen.

Es war notwendig, die Staatssicherheit in dieser Zeit aufzulösen, sie genau zu beobachten, in welche Richtung sie sich bewegte. Es war notwendig, die Diskussionen an den Runden Tischen zu beobachten, zu verfolgen und auszuwerten. Seltsamerweise wurde ab 1989 im Herbst selbst das DDR-Fernsehen ausgesprochen interessant, weil die Journalisten auch ein wenig mehr Mut schöpften und die Dinge sagten, die ihnen in der Wirklichkeit zu schaffen machten.

Aber trotzdem musste ich natürlich weiter Gottesdienste halten, Kinder taufen, Verstorbene beerdigen und die Familie kam ohnehin – wie immer – viel zu kurz. Eigentlich hätten unsere vier Kinder damals allen Grund gehabt, wegen permanenter Vernachlässigung auf die Straße zu gehen. Aber, um es gleich vorwegzunehmen: Weder als Landrat noch als Minister bin ich ein besserer Vater geworden. Wahrscheinlich ist es immer immanent in einer Person. Ich glaube, wenn hier ein paar Ehefrauen anwesend sind, werden sie jetzt alle nicken, sie kennen dies von ihren eigenen Männern.

Vom Pfarrer zum Landrat der ersten Stunde

Im März 1990 fanden dann das erste Mal freie und geheime Wahlen zur Volkskammer der DDR statt, und ich bin damals von allen Parteien gefragt worden – außer von SED/PDS natürlich –, ob ich für sie als Abgeordneter in die Volkskammer gehen würde. Das wollte ich aber nicht, denn ich wollte meine Eigenständigkeit des Denkens nicht parteipolitisch kanalisieren lassen. Und Vereinbar machen lassen wollte ich mich in dieser Zeit schon gar nicht.

Auf der anderen Seite waren ständige Nachfragen natürlich auch ein bisschen schmeichelhaft, wenn man das Gefühl hat, man wird gebraucht. Aber ich habe dann auf meinen Schreibtisch ein Schild gestellt, auch gegen die eigene Eitelkeit: kein politisches Amt. Und ich war auch sicher, dass ich in dieser Zeit kein politisches Amt annehmen würde.

Aber dann kam am 6.5.1990 die erste freie und geheime Kommunalwahl in der DDR. Kurz vorher hatte die CDU mich gefragt, ob sie mich als Parteilosen mit auf die Kandidatenliste setzen könnten, sie hätten zu wenig Kandidaten. Ich habe zugestimmt, ohne zu wissen, wie eine Arbeit im Kreistag eigentlich organisiert ist oder wie viel Zeit es in Anspruch nimmt oder welche Kompetenzen bestehen.

Dann wurde der neue Kreistag gewählt und am 23.5.1990 sollte die konstituierende Sitzung sein und ein Landrat gewählt werden.

Landrat war für mich ein völlig neuer Begriff. Ich kannte zwar den Vorsitzenden des Rates des Kreises – das waren die damaligen Chefs der Kreisverwaltungen in der DDR. Landrat kannte ich eigentlich nur aus Romanen und als ich dann in einem Lexikon nachgeschlagen habe und las, der Landrat wird vom König eingesetzt – das war ein sehr altes Lexikon – war ich auch nicht wesentlich schlauer.

Fünf Tage bevor dann der Kreistag zusammentreten sollte, bekam ich wieder Besuch, und zwar zuerst von der CDU, dann vom Bündnis 90 und schließlich von der SPD, ob ich mich als Landrat zur Verfügung stellen würde. Ich habe sehr lange mit meinen Pfarrerkollegen darüber gesprochen und mein Superintendent sagte mir damals: Weißt du, irgendwann müssen wir das, was wir ständig gefordert haben, auch selbst in der eigenen Person einlösen. Du musst dich zur Wahl stellen.

Die Entscheidung fiel zwei Tage vor dieser Kreistagsitzung, als ich hörte, wer die anderen Kandidaten waren.

Der eine Kandidat war einer, der schon 15 Jahre beim Rat des Kreises war, also dort schon parteipolitisch eingebunden war und 15 Jahre diese Arbeit mitgemacht hatte. Und der andere ist aus dem Westen herbeigeeilt und aus guten Gründen offensichtlich dort nie zum Landrat gewählt worden, so dass die Entscheidung, den Hut selber in den Ring zu werfen, relativ einfach war. Wobei ich aber immer dachte, dass es nur ein Job auf Zeit wäre und ich vielleicht nach zwei Jahren wieder auf die Kanzel zurückgehen könnte.

Das war aber weitaus schwieriger, denn an dem Tag, an dem ich gewählt worden bin, bekam ich schon zwei Tage später vom Landeskirchenamt ein Schreiben, dass ich meine Ordinationsurkunde zurückzugeben hätte, weil ich nun ein neues Amt hätte.

Was ich damals nicht ahnte war, dass ich dadurch, dass ich Landrat wurde, auch meine gesamten Versorgungsansprüche bei der Kirche verloren habe. Aber ich glaube, das war die Rache der alten Oberlandeskirchenräte, die immer sehr eng mit dem Rat des Bezirkes zusammengearbeitet hatten. Und der Superintendent, der dies im Amtsblatt gelesen hatte, schrieb dann an das Landeskirchenamt: Es wäre eine Unverschämtheit, dies so zu veröffentlichen; dies hätte ja den Anschein, als wenn Pfarrer Eggert goldene Löffel geklaut hätte.

Aber für diese Empfindlichkeiten hatten wir eigentlich gar keine Zeit. Ich ging also in den Kreistag, erlebte das erste Mal die Arbeit in einem Parlament, wie die meisten übrigens von denen, die dort waren, und man kann sagen, es ging eigentlich drunter und drüber. Aber irgendwie hat man sich doch immer wieder auf die Tagesordnung verständigt und dann die Wahl hinbekommen. Von 75 abgegebenen Stimmen bekam ich 52 Stimmen und war gewählt worden.

Ich habe damals dem Kreistag gesagt, dass ich mich unter zwei Bedingungen zur Wahl stelle. Einmal, dass ich die totale Personalhoheit habe, d.h. in den Wochen selber entscheiden werde, wer bleibt und wer geht. Seltenerweise hat aber selbst die PDS bei dieser Entscheidung zugestimmt. Ich wollte versuchen zu verhindern, im Zuge der Neubesetzung Leute aus der Revolutionszeit in Ämter zu bringen, die vorher aus guten Gründen nie in solche Ämter gekommen wären. Das gehört für mich zur politischen Moral, an deren Abwesenheit die meisten Deutschen glauben.

Es gehört einfach dazu, dass Menschen, die in einer ganz besonderen Epoche politische Verantwortung innehatten, mit deren Hilfe und Macht sie andere entwürdigte, nicht ernst genommen und beleidigt haben, dass diese hinterher in diesen Ämtern nichts mehr zu suchen haben.

Was ich nicht wusste, war – ich komme noch einmal zur Personalpolitik – dass alle, die in diesem Rat des Kreises Verantwortung in den Führungspositionen hatten, schon im März zu ihren westdeutschen Kollegen gefahren waren, um sich die Strukturen anzusehen. Als ich also kam, gab es im Grunde den Rat des Kreises gar nicht mehr, sondern es waren alles schon die Strukturen westdeutscher Landratsämter, allerdings mit den alten Leuten.

Vom Rat des Kreises zur Kreisverwaltung

Also fuhr ich, nachdem ich am Samstag gewählt war, am Montag um 7.30 Uhr früh wie gewohnt mit Jeans und Pullover ins Landratsamt, das ich zu DDR-Zeiten eigentlich nie gerne betreten hatte. Die Zugangstür war geöffnet, dahinter befand sich – wie in je-

der DDR-Behörde – eine zweite verschlossene Tür und dazwischen saß machtbewusst der Pförtner, der entscheiden konnte, wer auserwählt war, hinter diese Tür zu gehen. Anstatt mich zu grüßen, kam von ihm ein „Bürger ihren Ausweis“. Das „bitte“ sparte er sich. Warum soll man auch freundlich sein, wenn man Macht hat. Meine Erwidrerung war ebenso unfreundlich. Ich sagte, dass ich der neue Landrat sei und meine erste Dienstanweisung sei, dass er die Tür sofort zu öffnen habe und wenn Leute kommen, sei seine Aufgabe, ihnen nur zu sagen, in welchem Zimmer wer sitzt, damit die Leute sich im Amt zurechtfinden. Seine Reaktion war ziemlich trotzig. Er kündigte an, er wäre darauf nicht vorbereitet und würde gar nichts mehr machen. Woran er sich offenbar bis zu seiner Entlassung auch gehalten hat. Jedenfalls war er immer dabei, Kreuzworträtsel zu lösen, wenn ich an seiner Loge vorbeiging.

Im Amt hatte man mich noch nicht erwartet. Auf dem bloßen Korridor im ersten Stock, wo sich das Heiligtum des ehemaligen Kreisvorsitzenden befand, der mir übrigens als Person nie unsympathisch war, überraschte ich fast die gesamte alte Führungsscrew, die sich im Gespräch austauschte, und meine ironische Bemerkung, dass im Haus wohl nicht so viel zu tun sei, wenn alle auf dem Korridor schwatzen würden, entkrampfte die Situation auch nicht gerade. Die einen verschwanden grüßend, die anderen gratulierten matt oder ein paar Spuren zu überschwänglich. Ich fühlte mich zwar wohl in meiner Haut, aber ich muss sagen, nicht in dieser Situation. Also bat ich darum, dass man mir mein Zimmer zeige. Im Vorzimmer saß ein älterer Kollege, er saß so gottergeben da und sagte: „Herr Landrat, man hat mich hier hingesetzt in Ihr Vorzimmer. Wenn Sie mich nicht haben wollen, müssen Sie mich eben wegschicken.“ Ich sagte: „Wenn ich Sie wegschicke, ist überhaupt keiner mehr da, dann machen Sie wenigstens Telefondienst und wir besprechen das dann.“ Er sagte: „Ich kann auch Kaffee kochen.“ Was ein unschätzbare Vorteil ist in einem Amt, das wissen Sie.

So war er fast mein erster Kontakt und dann ging ich in dieses Zimmer und ich muss sagen: Wer als Landrat im Osten die Zimmer seiner Vorgänger übernommen hat, der war ein wenig erschrocken über die Kulturlosigkeit der Einrichtung. Ausgerechnet in einem Land, welches nach eigener Ansicht die Höhen der Kultur stürmen wollte. Offensichtlich hatte man dabei die Niederung vergessen. Man sah ganz genau, wo früher die *Honecker*-Bilder oder die *Krenz*-Bilder hingen. Die Schrankwände waren leergemacht, einige unansehnliche Freundschaftsgeschenke aus Polen und der UdSSR, die keiner haben wollte, standen noch da. Nur in den untersten Schubladen des Schreibtisches lagen noch von Honecker unterschriebene Auszeichnungsurkunden zum 40. Jahrestag der DDR mit den dazu gehörigen Orden. Einen Ordner und eine Urkunde habe ich dann gleich an den Dissidenten in Tschechien, meinen Freund *Gustav Ginzel* (in das legendäre Misthaus im Isergebirge) geschickt und er schickte daraufhin eine Karte an das Landratsamt mit der Aufschrift: „Suche Dachdecker mit Politerfahrung.“ Das waren die lustigen Dinge an diesem Tag.

Auf dem Schreibtisch lagen die Bewerbungsunterlagen aller ehemaligen Führungskader des Rates des Kreises, ansonsten hätte ich einen reinen Schreibtisch gehabt. Ich habe die Herrschaften eingeladen und habe allen gesagt, dass ich sie wegen politischer Unmoral im öffentlichen Dienst entlassen werde. Diesen Kündigungsgrund gibt es eigentlich gar nicht. Deshalb sind sie auch sofort zum Gericht gegangen.

Ich will dies mal vorwegnehmen: Ich bin dann als Landrat vor das Gericht geladen worden; der Richter war SED-Mitglied, der



Heinz Eggert schilderte die Wendezeit intensiv und lebendig aus seiner Sicht.
Foto: DLT

Staatsanwalt war SED-Mitglied, das neue ÖTV-Mitglied war eine alte FDGB-Vertreterin und ich habe natürlich den Prozess verloren, weil zu dieser Zeit noch das Recht der DDR galt. Wobei es mit dem Recht der Bundesrepublik auch nicht einfacher gewesen wäre, das ahnte ich schon. Deswegen machte es auch nichts zu dieser Zeit und ich habe dem Richter gesagt: „Ich spreche Ihnen das Recht ab, überhaupt Recht zu sprechen. Die Zeiten sind vorbei.“ Daraufhin – das werde ich nie vergessen – nahm er das Buch aus dem er den Urteilspruch gelesen hatte, klappte es zu und sagte: „Herr Landrat, dann machen Sie doch, was Sie wollen.“ Dann kamen alle noch einmal wieder ins Landratsamt und ich habe ihnen erneut die Kündigung ausgesprochen, habe ihnen Hausverbot erteilt und es ist dann nie wieder jemand gekommen. Im Grunde war diese Kündigung in dem Moment vollzogen.

Einer von ihnen sagte mir damals mein Scheitern als Landrat voraus. Man könne eine Verwaltung nicht ohne Experten führen und darauf sagte ich zu ihm: „Wissen Sie was? Sie sind ein Experte der alten DDR. Was wir jetzt brauchen, sind Experten für eine neue Gesellschaftsordnung, für eine Demokratie, für die Bundesrepublik und wenn Sie umlernen können an der Stelle, kann ich auch Leute nehmen, die zu DDR-Zeiten ‚einen Arsch in der Hose hatten‘ und sich nicht politisch verkauft und angebiedert haben. Dann kann man denen auch die Chance geben, diese Verwaltungsfunktion zu lernen.“

Also wie gesagt, ich verlor all meine Prozesse.

Dann bestätigte mir die Personalamtsleiterin – eigentlich die alte Kaderchefin – dass von März bis Mai, also bevor ich das Landratsamt übernommen habe, noch 366 Mitarbeiter eingestellt worden sind, die von der Staatssicherheit, der Polizei, den SED-Kreisleitungen ins Landratsamt geschleust wurden, um sie im öffentlichen Dienst unterzubringen. Ich habe sie angewiesen, dass jeder, der nach dem 1. März 1990 eingestellt worden ist, sofort die Kündigung bekommt. Sie hatte einen Haufen Einwände und ich habe gesagt: „Wissen Sie was, Sie haben zwei Möglichkeiten: Entweder Sie machen das oder ich unterschreibe Ihre Kündigung als erste und mache das andere selbst. Das bekomme ich dann irgendwie auch noch hin.“ So tat sie dann das, was sie auch zu DDR-Zeiten 20 Jahre getan hatte: sie funktionierte.

Ich bekam die Nachricht, dass wir auch noch von der Deutschen Volkspolizei die ganze Abteilung „Aus- und Einreisen“ übernehmen sollten. Wissen Sie, Aus- und Einreisen, das war die „beliebte Abteilung“ bei der Volkspolizei, die für die Genehmigung der Reisen in die Bundesrepublik Deutschland zuständig war und es war eine ausgesprochen „beliebte Abteilung“ einfach wegen ihrer Überheblichkeit, Arroganz und ihrem beleidigenden Ton, in dem sie mit den Leuten umgegangen ist. Man kann ja unmenschliche Gesetze anwenden, auch in einer Diktatur, aber man muss dabei doch nicht selber persönlich unmenschlich sein.

Ich hatte als Pfarrer schon von diesen Leuten gehört: Mitte der 80er-Jahre bin ich mit einer Frau, deren Mutter zur gleichen Zeit in Hamburg beerdigt wurde, auf den Oybiner Friedhof gegangen, um ihrer Mutter zu gedenken. Diese hatte vergeblich in den ganzen Monaten vorher versucht, eine Erlaubnis zu bekommen, um ihre schwerkranke Mutter zu besuchen. Die Erlaubnis wurde immer abgelehnt. Als sie fragte, was geschehe, wenn ihre Mutter sterben würde, sagte „die Dame“ auf dem Amt: „Wenn Ihre Mutter gestorben ist, dann brauchen Sie nicht wieder kommen, um einen Reiseantrag zu stellen. Das erübrigt sich dann.“ Ich denke, das hätte man nicht machen müssen. Man hätte sich zwar an Gesetz und Recht – oder Unrecht – halten können, aber man hätte die Leute nicht noch im Nachhinein unmenschlich behandeln und damit erniedrigen müssen.

Also war meine Frage jetzt, wie gehe ich eigentlich mit der Volkspolizei um. Sie müssen sich noch einmal vorstellen: Alle Landräte, die damals gewählt wurden, waren die ersten Männer im Kreis. Aber wir hatten noch die bewaffnete Volkspolizei, die bewaffnete

NVA, die Staatssicherheit hatte ihre Waffen noch, also ganz so sicher konnten wir insgesamt unserer Herrschaft noch nicht sein.

Ich ging am gleichen Tag zur Volkspolizei, die unserem Kreisamt gleich gegenüber lag. An der Pförtnerschranke verlangte ein Volkspolizist meinen Ausweis – das kannte ich schon. Nun hatte ich den aber nicht dabei und sagte: „Wissen Sie, ich bin der neue Landrat und ich möchte gern, dass Sie Ihren Vorgesetzten anrufen.“ Darauf sagte er zu mir: „Wenn Sie keinen Ausweis haben, dann rufe ich meinen Chef auch nicht an“ und lachte. Dann habe ich gelacht und gesagt: „Gut. Ich gehe jetzt und sagen Sie ihm, wenn er in 15 Minuten nicht bei mir ist, dann werde ich seine Ablösung betreiben. Dann ist er weg vom Fenster und Sie übrigen auch.“ Das durfte ich eigentlich gar nicht. Die Kompetenz hatte ich ja auch gar nicht, aber sie haben es geglaubt.

Und schon zehn Minuten später war der Chef der Volkspolizeikreisdirektion bei mir, er war schon der zweite, man hatte den alten Chef abgelöst. Wir hatten ein ziemlich gutes Gespräch. Er hat sich dann auch entschuldigt. Er war vom Runden Tisch, den es damals auch bei uns im Kreis Zittau gab, bestätigt worden. Wir haben uns verabredet, dass wir jeden Tag mindestens zehn Minuten morgens die Sicherheitslage im Kreis besprechen. Denn es stand ja auch die Währungsunion an und Herr Sarrazin ist ja nun wirklich nicht mit jedem Wagen mitgefahren, in dem die D-Mark lag.

Bewährungsprobe Währungsunion

Ich kann Ihnen nur sagen, was wir als Landräte da organisiert haben... In dieser Phase der Währungsunion war es gut, dass die Mafia weltweit geschlafen hat. Wenn die wüssten, unter welchen Bedingungen Millionen von D-Mark, auf welchen Lkw, mit welcher Begleitung durchs Land gefahren sind an diesem Tag, die würden sich heute noch ärgern. Aber wir haben diese Aufgabe damals – das war die erste Bewährungsprobe auch für uns als Landräte – bei unserem Zusammenspiel der unterschiedlichen Kräfte ganz gut hinbekommen.

Dann kam Folgendes: Die Leute, die ehemaligen DDR-Bürger, waren eigentlich gewohnt, für D-Mark immer etwas ganz, ganz außerordentlich Wertvolles zu kaufen. Und jetzt mussten sie auf einmal diese tolle D-Mark für Zucker, Brot und Butter ausgeben. Das war schon der erste Schock. Und der zweite Schock war, dass Konsum und HO – wir hatten keine Supermärkte, wir hatten keine Handelskonkurrenz – das ausgenutzt haben, um die Preise endlos in die Höhe zu treiben, so dass es z.B. bei uns im Kreis schon wieder Fahrgemeinschaften gab, die nach Berlin-West fahren oder nach Bayern, um einzukaufen für alle, weil es einfach günstiger war.

Ich habe dann in einer Zeitung, was wieder ausgesprochen schwierig war, der Sächsischen Zeitung, die wir damals hatten, ein Interview gegeben. Man muss wissen, die Chefredakteurin der Sächsischen Zeitung saß natürlich die ganzen Jahre vorher am Montag am Gesprächstisch mit dem Chef des Rates des Kreises, mit dem Chef der SED, mit dem Chef der Staatssicherheit, um die Linie abzustecken. Also wir hatten in dieser demokratischen Phase nicht so wahnsinnig viele Freunde. Und die dann hinterher kamen, weil sie Aufträge haben wollten, waren auch nicht die Richtigen.

Ich habe damals im Interview erklärt, dass ich versuchen werde, Handelsketten in Zittau anzusiedeln und daraufhin haben HO und Konsum große Versammlungen mit ihren Mitarbeitern gemacht, um denen zu sagen, der neue Landrat betreibt eure Entlassung. Er holt die Konkurrenz und dann seid ihr alle euren Job los und alle arbeitslos.

Ich wollte dann hinterher mit diesen Leuten sehr viele Einzelgespräche führen. In einem dieser Einzelgespräche habe ich einen Termin vergessen, bei dem sich ein Staatssekretär vom Amt des Bundespräsidenten in Zittau angesagt hatte. Meine Sekretärin kam also rein und sagte: „Oben sitzen drei Herren vom Bundes-

präsidenten, der eine ist der Staatssekretär.“ Ich habe gesagt: „Koche ihnen Kaffee und sage, ich komme, wenn ich mit dem Gespräch hier fertig bin. Aber ich muss jetzt erst mit den Arbeitern sprechen, muss die Lage klären.“

Man weiß ja, dass die Herren eigentlich gewohnt sind, dass man rote Teppiche auslegt, wenn sie kommen, und der Staatssekretär sagte später einmal, das wäre ihm noch nirgendwo passiert, und sie hätten es Bundespräsident *von Weizsäcker* erzählt, wie sie empfangen worden wären. Wir hatten hinterher auch noch ein ganz gutes Gespräch und *von Weizsäcker* hatte gesagt: „Das ist der erste Landkreis, den ich nach der Wiedervereinigung bereisen werde.“ Und so war *von Weizsäcker* dann auch schon im November 1990 bei uns im Landkreis Zittau zu Besuch.

Aufbauhilfe aus dem Westen

Ich habe versucht, neue Leute zu finden. Wenn sie die Alten entlassen, müssen sie die Posten neu besetzen. Und es war ausgesprochen schwierig. Viele wollten nicht in die Verwaltung, viele wollten in die Politik.

Es war dann so, dass mein persönlicher Referent ein Ofenbaumeister wurde, Dezernenten wurden Diplomingenieure und ein Oberarzt, der nie in der SED gewesen war. Auf Probe wurde ein junger Kämmerer eingestellt, der gerade frisch von der Schule kam. Er ist heute einer der erfolgreichsten Kämmerer in Sachsen. Jeden Morgen fanden neue Besprechungen statt, tauchten neue Probleme auf und man muss vielleicht für alle Kollegen sagen, die damals angefangen haben, dass man vor diesen einfach seinen Hut ziehen muss, weil sie sich dieser Arbeit gestellt haben und es damals ein ungeheurer Arbeitsaufwand war, wovon sich eigentlich jemand, der so ein eingespieltes Landratsamt hat, gar keine Vorstellungen macht. Dann hatten wir – Gott sei Dank – mit dem Landrat aus dem Odenwaldkreis ständige Verbindung über den Deutschen Landkreistag, ohne das wir ihm angehörten. Der schickte einen Juristen, der die Aufgabe hatte, morgens bei den Besprechungen alle drei Minuten zu sagen: „Herr Landrat, das dürfen Sie nicht machen, das ist gegen alle Gesetze.“ Er hat auch Recht gehabt. Aber wenn wir uns an seinen Rat gehalten hätten, hätten wir Stillstand produziert.

Denn uns war klar, was wir bis zur Einheit, bis zum 3. Oktober, nicht mehr schaffen, wird hinterher nicht einfacher sein. Im November 1990 haben wir die erste Personalratswahl gehabt. Im Personalvertretungsgesetz stand, dass jeder, der gewählt wird und sich zur Wahl stellt, mindestens schon zwei Jahre in der Behörde gearbeitet haben muss. Das bedeutete für uns: Nur die alten Leute waren wählbar. Alle, die neu ins Amt gekommen waren und die eigentlich dafür sorgen sollten, dass die Behörde flexibler, durchschaubarer arbeitet und den Menschen auch das Gefühl vermittelt, dass eine Behörde für sie da ist und nicht umgekehrt, wären alle nicht gewählt worden.

Darauffin habe ich den ersten Personalrat nicht anerkannt und mich mit dem frisch gewählten Personalrat darauf geeinigt, dass wir noch mal wählen und einfach jeder, der im Landratsamt tätig ist, zur Wahl stehen kann. Mir ist völlig klar, wenn einer von denen zum Gericht gegangen wäre, wäre ich hinten runtergefallen. Dann wäre gar nichts mehr gegangen.

Aber so war die Situation damals und wir haben den Kollegen aus dem Westen in der Beratung ungeheuer viel zu verdanken. Man muss überlegen, was alles neu geordnet werden musste. Aufträge mussten vergeben werden, es waren auch nicht immer die besten, die gleich auf dem Korridor saßen und glaubten, sie könnten an die Aufträge kommen. Wir hatten alleine mindestens 20 Beratungsfirmen, die eine Studie über den Landkreis machen wollten und sogar die Finanzierung schon mitbrachten, entweder über die EU oder über das Wirtschaftsministerium.

Aber was in unserem Landkreis ging oder nicht ging, das wussten wir doch selber. Dazu brauchten wir nicht Leute aus München einzufliegen, die dann Folien machen, mit denen man oh-

nehin nichts anfangen kann. Und ich bin wirklich ausgesprochen dankbar für diese Hilfe gewesen, die sehr uneigennützig aus dem Westen gekommen ist, von den Kollegen Landräten und von den Leuten, die in diesem Landratsamt verantwortlich arbeiteten, weil sie uns von Anfang an als Kollegen anerkannt haben. Das ist nicht selbstverständlich in jeder Sparte und das sollte man an der Stelle auch einfach nicht vergessen. Ich glaube, es ist immer wichtig zu wissen, wer in besonders schwierigen Situationen geholfen hat.

Das war, bevor die Staatsregierung den Himmel verdunkelte und *Kurt Biedenkopf* mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde und *Lothar de Maiziere* damals für jedes Land einen Regierungsbeauftragten benannt hatte. Bei der ersten Besprechung der Landräte saß er vor mir und sagte: „Ich ordne an.“ Und da habe ich mich gemeldet und sagte: „Entschuldigung, erstens ist mir Ihr Name neu, das macht aber nichts, meiner ist Ihnen auch neu. Woher nehmen Sie überhaupt die Berechtigung zu sagen: Ich ordne an. Ich bin gewählt worden. Sie sind eingesetzt worden. Also müssen Sie schon ein wenig von dem machen, was wir eigentlich wollen, und fragen, ob wir mitdiskutieren wollen.“ So dass also an der Stelle nicht viel zu tun war und in dieser Zeit wurde auch in Sachsen sehr intensiv nach einem Ministerpräsidentenkandidaten gesucht.

Regierungsbildung in Sachsen

Der Grund, warum ich dann letztlich doch in die CDU eingetreten bin, obwohl ich immer schon wusste, dass Mehrheiten keine Wahrheiten schaffen – selbst in Bayern greift diese Erkenntnis langsam um sich – war folgender: Ich habe als Studentenfarrer selbst Studenten, die gedrängt werden sollten, in die SED zu gehen, damit sie promovieren können oder ein Forschungsstipendium bekommen, geraten, in die Ost-CDU einzutreten, weil wenn man in der Partei war, wurde man wenigstens von der SED nicht mehr belästigt. Es ist ganz erstaunlich, dass man zu DDR-Zeiten in die CDU eingetreten ist, um politisch gerade nicht tätig zu sein. Es war aber so. Aber wir hatten natürlich auch Funktionäre in der CDU, die mit dem *Honecker*-Regime ganz gut klar kamen und auch an der Verdummung der Bevölkerung beteiligt waren, und aus diesen Reihen wollten wir natürlich keinen Ministerpräsidenten. Und da sagte mir damals *Arnold Vaatz*, der diese Regulierungskommission leitete: „Wenn Du da etwas verändern willst, musst Du selber in die CDU eintreten“. Und ich bin damals in die CDU eingetreten, um zu verhindern, dass die Leute, die früher schon immer die Weichen gestellt haben, jetzt auch in der Demokratie weiter die Weichen stellen.

Und dann ist zuerst *Lothar Späth* von *Helmut Kohl* gefragt worden – es sind ja alte Freunde. *Lothar Späth* wollte aber nicht und dann ist schlussendlich *Kurt Biedenkopf* angerufen worden und er hat, Gott sei Dank, ja gesagt, denn *Kurt Biedenkopf* ist ein ungeheures Glück für Sachsen gewesen und Sachsen für ihn natürlich auch.

Wir haben dann, als die Staatsregierung da war – ich glaube, das hat im Osten auch kaum irgendwo so stattgefunden – alle 14 Tage als Landräte mit der gesamten Regierung zusammengesessen. Das war notwendig, um die Abläufe zu bestimmen, damit sie wussten, wie es uns an der Basis geht, und damit wir wussten, was man demnächst vor sich hat oder an welchen Stellen Dinge zu beantragen und Gelder noch zu bekommen sind. Staatssekretär *Waffenschmid* reiste ja damals noch überall herum und verteilte Millionen. Alles, was er in Russland nicht untergekriegt hatte, bekamen wir. Bürgermeister der ersten Stunde, die von Anfang an sehr genau darauf geachtet hatten, konnten für ihre Gemeinde sehr, sehr viel erreichen. Später ist es dann sehr viel schwieriger geworden, mit diesen Geldern umzugehen. Es fand also immer ein Gespräch mit der Staatsregierung statt und wir hatten damals das Problem, dass es auch Unarten gab, die diese neue Freiheit hervorbrachte, dass Leute glaubten, sie könnten Ausländer schlagen, bespucken oder in Hoyerswerda

ein Asylantenheim anzünden. Der damalige Innenminister sagte dann in der Landräte-Besprechung: Er würde vorschlagen, dass man große Drahtzäune um Asylantenheime ziehe. Da habe ich als Landrat ihn gefragt, ob es sein Rezept sei, immer dann, wenn Menschen nicht miteinander auskommen, einen Drahtzaun zu ziehen. Das hätte man zu DDR-Zeiten schon mit Stacheldraht hinbekommen, das sollten wir nicht wieder anfangen. Und ich weiß, es herrschte völlige Fassungslosigkeit, dass im Beisein des Ministerpräsidenten ein Landrat einen Innenminister so sehr an die Wand stellte. Aber ich kann Sie nur ermutigen, das muss man, sonst wird nichts.

Das führte dann dazu, dass drei Tage später, es war ein Freitag, *Kurt Biedenkopf* mich anrief und sagte: „Herr Landrat, ich würde Sie gerne sprechen.“ Ich fragte: „Wollen Sie zu mir kommen oder soll ich zu Ihnen kommen?“ *Kurt Biedenkopf* ist ein ganz vornehmer Mann, der in seiner Art zu mir sagte: „Herr Landrat, ich würde mich sehr freuen, wenn Sie es schaffen würden, zu mir nach Dresden zu kommen.“ Ich bin also nach Dresden gefahren und seine Frau hat Tee gekocht, nicht gekocht, vielmehr eingeschenkt, und er hat mich gefragt, ob ich ihm helfen würde. Ich habe gesagt: „Wie kann ich Ihnen helfen?“ „Ja, ich brauche einen neuen Innenminister.“ Wir haben eine Weile darüber gesprochen und dann habe ich zugesagt.

So wurden damals Minister gemacht. Handys gab es ja noch keine. Ich fuhr also nach Hause und hörte in meinem Auto schon im Rundfunk, dass der neue Innenminister *Eggert* heißt. Meine Frau erfuhr es ebenfalls aus dem Radio.

Es war eine bewegte wilde Zeit. Eigentlich müsste man für diese Zeit – so bis Mitte 1991 – allen, die in Verantwortung im Osten mitgestaltet haben, das Dreifache bei der Rentenberechnung anrechnen. Aber gut, alleine dabei gewesen zu sein, ist eigentlich auch schon eine Bereicherung und Belohnung gewesen.

Diskussion

DLT-Präsident Landrat Duppré: Herzlichen Dank für diese lebendige und intensive Schilderung der Wendezeit aus Ihrer Sicht. Hätte die Einheit nach Ihrer Einschätzung auch anders gestaltet werden können, mit einem langsameren Übergang?

Eggert: Ich habe, als ich später Stellvertreter von *Helmut Kohl* wurde, als Parteichef viel von ihm erfahren. Das ist sehr seltsam: Ich war 1991 Innenminister, kannte die meisten Leute, falls überhaupt, nur aus dem Fernsehen oder nach 1990 aus der Zeitung, da wir zu DDR-Zeiten auch kein Fernsehen empfangen konnten und Zeitungen ohnehin nicht denkbar waren. Sie sind auf einem CDU-Parteitag und sind mit den ganzen Granden zusammen, die in der Bundesrepublik Deutschland schon 20 Jahre Politik machen und am 12. September vor 20 Jahren fanden die Zwei-plus-Vier-Gespräche statt. *Kohl* erzählte damals, das schwierigste Gespräch sei das mit der „Eisernen Lady“ gewesen. *Kohl* sagte: „Du trinkst mit ihr Tee, und der Tee gefriert am Kamin.“ Das war die Situation. Das hing nicht damit zusammen, dass man glaubte, die Nazi-Herrschaft würde in Deutschland wieder entstehen, sondern dass Gesamtdeutschland – und da ist die Sicht des Auslands auf Deutschland viel erwartungsvoller als unsere eigene – als Konkurrenz der Wirtschaftsmacht so gewaltig sein könnte, dass es für England und für all die anderen Länder ein Problem sein könnte.

Die zweite Geschichte, die er mir erzählte, betraf die Arbeitslosigkeit, die im Osten so schnell einsetzte. Dazu muss man eines wissen: Unsere Betriebe, die wir hatten, wären nach dem deutschen Umweltstandard innerhalb kürzester Zeit geschlossen worden. Das war das eine. Das zweite war, dass die Marktchancen nicht da waren, da die DDR zu 60 % ihre Auslandsbeziehungen mit der Sowjetunion hatte und auch diese zusammenbrach.

Ich wohnte in der Oberlausitz, dort hatten wir eine große Webindustrie. Es wurden ganz tolle Handtücher und Badestolen gewebt, die wir aber nicht zu kaufen bekamen, es sei denn die zwei-

te oder dritte Wahl. Die erste Wahl haben wir noch bekommen, wenn wir eine Oma im Westen hatten, die bei Neckermann für 4,50 D-Mark eine Badestola gekauft hat, die man für 99 (West-)Pfennig an Neckermann verkauft hatte. Die DDR ist zu diesem Zeitpunkt völlig pleite gewesen. Sie hat allein für die Zinsen der Schulden bei der Weltbank mehr zahlen müssen, als sie durch die Auslandsausfuhr eingenommen hat. Dafür gibt es einen sehr guten Zeugen: *Schalck-Golodkowski*, der in Bayern sein Exil fand. Einer der fähigsten Leute, die wir hatten, auch wenn er bei der Staatssicherheit war. Aber es waren fast alle dabei, wobei offensichtlich Trottel in der Staatssicherheit mehr geschadet haben als die wirklich klugen Köpfe.

Als die Arbeitslosigkeit anstieg, die ganzen DDR-Betriebe auf einmal kaputtgingen, da hat *Kohl* mir erzählt, dass *Gorbatschow* ihm zugesagt hatte, dass die Sowjetunion noch über ein paar Jahre die Dinge, die in der Ex-DDR produziert werden und mit denen sie Verbindungen haben, abkaufen wird. Das hätte natürlich wie ein Puffer, allerdings ein sehr unwirtschaftlicher Puffer gewirkt und die Betriebe wären nicht alle auf einmal pleite gegangen. Dann sagte *Kohl* einen Satz, der völlig richtig ist: „Woher sollten wir denn wissen, dass die Sowjetunion zwei Monate später zusammenbrach?“

Alle die wissen, wie es mit der Deutschen Einheit hätte besser gehen können, müssen zur Kenntnis nehmen, dass sie dieses Wissen haben, weil sie hinter den Ereignissen stehen. Zu diesem Zeitpunkt galt eigentlich nur eins: „Ich will.“ Gott sei Dank gab es im Westen Deutschlands noch genug Leute, die die Deutsche Einheit wollten. Ich erinnere nur daran, dass einige Parteien ins Grundgesetz schreiben wollten, dass dieses Kapitel im Grunde aufgehoben wird und dann eine Einheit vom Grundgesetz her gar nicht mehr möglich gewesen wäre. Und dass es im Osten Leute gab, die sich in Positionen haben wählen lassen, die völlig unsicher waren, und gesagt haben: „Ja, ich will mich jetzt genau in diesen Dienst stellen.“, denn keiner wusste, wie lange er bleibt.

Ich weiß noch, auf der ersten Sitzung musste das Gehalt des Landrates festgelegt werden. Als ich gewählt wurde, musste der Kreistag über das Gehalt beschließen. Und dann hat einer 2.000 DDR-Mark vorgeschlagen. Ich fragte, ob er verrückt sei. Wir könnten doch nicht schon wieder ein Bonzengehabe in der Entlohnung einführen. 1.000 Mark wäre schon das Doppelte von dem, was ich als Pfarrer bekomme und das würde auch reichen. Jetzt können Sie mal 1.000 DDR-Mark in D-Mark und Euro umrechnen, dann wissen Sie, wofür wir gearbeitet haben, aber das hat eigentlich damals überhaupt keine Rolle gespielt. Keiner hat groß auf Absicherung gesetzt, keiner war Beamter, also von daher ziehe ich immer meinen Hut vor allen Leuten, die sich damals engagiert haben, weil sie es wollten.

Landrat Wiswe: Gibt es noch die Klischees des Besser-Wessis und des Jammer-Ossis?

Eggert: Ich sagte schon, dass 1990 sehr Unterschiedliches zusammenkam, um sich zu vereinigen. Man glaubte aber, man wüsste alles voneinander. Sie wissen, dass Halbwahrheiten und Halbwissen immer sehr gefährlich sind; wenn man glaubt, man wüsste alles. Die Ostdeutschen – ich vereinfache es sehr – haben geglaubt, jetzt kommt die D-Mark, alles andere bleibt wie es ist: Straßenbahn 20 Pfennig, Wohnung 40 Mark, der Arbeitsplatz ist sicher und ich bekomme jetzt endlich richtig Geld für meine Arbeit. Die Westdeutschen haben gedacht, jetzt sind wir 16 Millionen mehr, Deutschland ist wieder größer geworden, wir sind mächtiger in der Welt, aber für uns ändert sich nichts. Für die Ostdeutschen natürlich schon. Also: Westdeutschland war zum großen Teil in der Zuschauerrolle und viele haben nicht verstanden, dass von dem schnellen Mittun und Mitarbeiten – so wie ich es z. B. als Landrat erlebt habe, ist es ja nicht auf allen Ebenen gelaufen – eigentlich die gesamte Zukunft Deutschlands abhängt. Man hat immer noch sehr lange in eigenen Sparten gedacht, hat

den anderen gar nicht groß einbezogen. Im familiären Bereich bekam man früher Karten aus dem Westen, von den Verwandten: „Schade, dass ihr uns nicht besuchen könnt.“ Jetzt kamen sie alle. Jetzt kam die ostdeutsche Familie nach Mülheim oder irgendwo anders hin. Zuerst haben sich alle gefreut und dann hat die ostdeutsche Frau gesagt: Das ist eine tolle Armatur, die ihr im Bad habt, das ist ein toller Wandschrank, ein Stück Holz, oberbayerisch herausgeschnitzt. Dann bemüßigte sich die westdeutsche Hausfrau zu sagen, dafür haben wir aber auch gearbeitet. Ich muss das nicht ausführen.

Wenn ich dies auf eine andere Ebene verlagere, dann lag die westdeutsche Arroganz eigentlich darin, dass man glaubte: Wenn die im Osten solange gearbeitet hätten wie wir, dann hätten sie auch mehr. Die Ostdeutschen haben teilweise ihre eigene Lebensleistung nicht mehr wahrgenommen, weil sie geglaubt haben – das ist allerdings ein allgemeindeutscher Irrtum –, dass das, was man leistet, sich auf dem Konto niederschlagen muss. Es gibt Lebensleistungen, die schlagen sich nicht auf dem Konto nieder. Man muss die Lebensläufe – ostdeutsche und westdeutsche – miteinander vergleichen. Man muss nur auch den Mut haben, den Ostdeutschen zu sagen: Dies kann man als Ostdeutscher besser als vielleicht als Westdeutscher. Dass sich so wenig von ihrer Lebensleistung auf dem Konto niedergeschlagen hat, hängt mit der spät erworbenen Freiheit der Ostdeutschen zusammen und nicht mit den Westdeutschen.

Es ist sehr schnell die Mär gestrickt worden, nach der wir im Osten übernommen worden, übers Ohr gehauen worden, unter Wert verkauft worden sind. Entschuldigung, es war nichts mehr zu verkaufen. Ich habe mit Herrn *Pohl* darüber gesprochen, der damals Chef der Bundesbank war, und seinen Rücktritt eingereicht hat, als *Kohl* den Beschluss gefasst hat, die D-Mark zum Kurs 1:1 oder 1:2 umzutauschen. Da gingen die Ostdeutschen, die gestern an der Ecke noch 1:10 getauscht hatten, auf die Straße, um dafür zu demonstrieren, dass alles 1:1 getauscht wird. *Kohl* hat mir gesagt, er wusste, dass es wirtschaftlich und finanztechnisch eine völlig falsche Entscheidung sei. Aber politisch stehe er zu dieser Entscheidung, weil man sonst die Ostdeutschen noch mehr finanziell entmündigt hätte und sie an der Stelle enteignet hätte. Damit hatte er meiner Meinung nach völlig Recht, denn, dass sich die ostdeutsche Wirtschaft auch gerade im Mittelstand am Anfang so schlecht entwickelt hat, hing damit zusammen, dass einfach kein Geld da war. Im Kapitalismus braucht man Kapital.

Die Diskussionen waren ausgesprochen spannend. Es gibt Leute, bei denen hören diese Diskussionen auf, wenn sie im Grab liegen. Diskutieren Sie aber mit Jugendlichen, beschäftigen Sie diese Fragen überhaupt nicht mehr. Es sei denn, es sind irgendwelche Typen, die jeden Morgen an der Dönerbude mit ihrem Dosenbier stehen und auch der Meinung sind, der Staat hat sie zu alimentieren. Im Grunde genommen geht es darum, dass sie mehr bekommen, weil ihnen mehr zusteht. Von denen hören sie solche Sprüche. Sonst hört man sie im Allgemeinen nicht mehr. Ich habe mich vor Kurzem mit Herrn *Oettinger* – da war er noch Ministerpräsident – gestritten. Er hat natürlich an einer Stelle Recht, da ging es um den Aufbau Ost. Ich meine, Sie werden es heute auch gemerkt haben: Wer aus dem Ruhrpott kommt, der wundert sich, was Thüringen für tolle Straßen hat, wie toll die Gebäude saniert sind, dass es im Rathaus sogar eine Brauerei gibt – das hat ja auch Tradition. Und dann sehen Sie, welche Schwierigkeiten momentan in den westlichen Bundesländern in der Erhaltung der Infrastruktur bestehen. Ich habe dann zu *Günther Oettinger* gesagt: „Wir können ja dann eins machen. Wir rechnen einfach mal auf. Was für ein Intelligenztransfer durch die neuen Bundesländer in die alten Bundesländer geschehen ist.“ Ich habe die Demografiekommission im Landtag geleitet, fünf Jahre lang. Man hört teilweise in einigen westlichen Bundesländern, dass diese das Demografieproblem gar nicht groß zu dieser Zeit erleben, weil einfach genug gut ausgebildete Leute aus dem Os-

ten dort hingekommen sind. Hessen hat eine Erfahrung darin, wie man Landeskinder verkauft – gut, das ist schon lange her.

Aber wenn man solche Rechnungen macht – ich denke immer, man kann hin- und man kann herrechnen – sollte man nur eins nicht vergessen: Dass die Deutschen eigentlich voll unbändiger Freude darüber dankbar sein sollten, dass es 1990 zu einem geschichtlichen Ereignis gekommen ist, vor dem die Welt steht und staunt, weil eine Diktatur zusammengebrochen ist, ohne das Blut vergossen wurde. Ich denke immer, die Ostdeutschen sollen Gott auf Knien danken, dass dieser *Honecker*-Spuk vorbei ist und die Westdeutschen sollen Gott auf Knien danken, dass sie ihn nicht erleben mussten. Aus dieser Dankbarkeit kann man schon ein gutes Konzept weben. Aber wenn man sich dann natürlich immer nur im finanziell-elitären Raum aufhält, kann man sich nie annähern. Die Basis für diese Annäherung deutsch-deutscher Einheit liegt eigentlich in dieser Dankbarkeit über ein Kapitel Geschichte, auf das die Deutschen unbändig stolz sein können – und so wahnsinnig viele Kapitel gibt es nicht, auf die sie unbändig stolz sein können.

Landrat Sager: Wie haben Sie das Treffen Kohl-Gorbatschow im Kaukasus erlebt, wo die Aussage kam, dass die friedliche Revolution durch die politischen Umstände in Moskau maßgeblich mitgeprägt worden ist und dass es ohne Gorbatschow nicht möglich gewesen wäre? Was ist ihre persönliche Einschätzung und ihre Auffassung, warum es in Anbetracht von Auflehnung, Stasi-Diktatur und Umständen in der DDR nicht früher zu einer Wende gekommen ist? Waren es die politischen Umstände, war es der Zeitgeist 1989/90, der von Moskau aus wehte und der von Solidarność in Polen ausging oder was war es dann? Und warum hat es 40 Jahre gedauert?

Eggert: Ich denke, es hängt mit dem wirtschaftlichen Abschwung zusammen. Sie müssen sehen, dass die Sowjetunion in Afghanistan Milliarden vertan hat, die dann fehlten, um die eigene Bevölkerung überhaupt zu ernähren. Zu dem Zeitpunkt, als *Kohl* mit *Gorbatschow* dort am Fluss saß, sah es so aus: Wenn die Gelder aus dem Westen nicht als Kredite an die Sowjetunion gegangen wären, hätten wir in dem Winter dort eine Hungersnot gehabt. Das muss man wissen. Der Staat war so pleite, wie er es nur sein konnte. Es war nicht unbedingt die Menschenfreundlichkeit, die dazu geführt hat.

Und zu Polen: Ich war 1980 das letzte Mal in Polen, da wurde das Kriegsrecht ausgerufen. Ich durfte erst wieder 1989 nach Polen reisen. Also Polen war für uns genauso gesperrt wie die Bundesrepublik. Auch die DDR-Führung war völlig verzweifelt ob der wirtschaftlichen Lage. Es hatte sich zugespitzt an allen Seiten. Dazu kommt noch, dass diese Doktrin der USA, diesen Rüstungswettlauf mit der UdSSR zu beginnen, dazu geführt hat, dass sich die UdSSR wirtschaftlich und finanziell zu Tode gerüstet hat. Die USA konnten sich das teilweise leisten, die Russen konnten es sich nicht leisten.

Gorbatschow ist ein kluger Kopf – ich habe öfter mit ihm gesprochen, aber auch mit dem Dolmetscher, von diesem erfahren sie wieder ganz andere Sachen – und ich denke, dass neben der wirtschaftlichen Lage ein Umdenken in der Doktrin der kommunistischen Diktatur eine Rolle gespielt hat. Man kann Nordkorea verurteilen oder nicht: Wenn das Land sich ein wenig öffnet, ist es am Ende. Das wissen sie auch ganz genau. Eine Diktatur kann es sich nicht leisten, sich zu öffnen. Eine Öffnung kann nur herbeigeführt werden, wenn ein Land weiß, dass es ohne Hilfe von außen kaputtgeht. Und für diese Hilfe von außen hat damals *Gorbatschow* seine Zustimmung gegeben. *Kohl* ist derjenige gewesen, der rumgereist ist und Amerika auf seiner Seite hatte – es war ja Gott sei Dank nicht *Bushs* Sohn, sondern einer, der noch was von Politik verstand. Es war sein Vater, der damals Präsident war in Amerika. Wären die alle nicht gewesen, bin ich mir sicher, wäre es nicht gegangen. Wenn Sie mal mit Herrn *Genscher* sprechen, dann wird er ihnen erzählen, dass genau

vor 20 Jahren am 12. September noch viele Widerstände in dieser Konferenz aus dem Weg geräumt werden mussten. Er hat morgens noch nicht daran geglaubt, dass er zwei Tage später dieses Ergebnis hat, dass die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen letztlich bedeuten, dass die Alliierten ihre Verantwortung für Deutschland aufgeben und Deutschland für sich selbst verantwortlich ist.

Man kann auch von *Kohl* halten was man will. Ich denke, dass *Kohl* in dieser Zeit – er ist übrigens ein sehr emotionaler Mensch –, in diesem Moment der Geschichte seinen breiten Fuß in die Tür gestellt hat, so dass sie nicht wieder zugeht. Er hätte die Chancen auch verspielen können. Das Gesamtpaket, was alles in dieser Zeit funktionierte oder nicht funktioniert hat – ich kann voller Dankbarkeit als Theologe nur sagen: Es ist Gottes Wunder. Ich kann zwar versuchen, es politisch zu erklären, aber ich weiß ganz genau, dass ich es nicht hinbekomme. Was wäre z.B. gewesen, wenn die Staatssicherheit nicht aufgegeben hätte. Sie hat ja aufgegeben und sich von uns kontrollieren lassen im Dezember 1989, weil man gesagt hat, ihr geht jetzt einmal einen Schritt zurück und dann kommt ihr als Verfassungsschutz wieder nach vorne. Es weiß keiner mehr, dass *Modrow* im Januar als Ministerpräsident 1990 die Staatssicherheit zum Verfassungsschutz deklarieren wollte. Wissen Sie, was das nach der Wende für ein Theater gegeben hätte? Wenn man nicht mehr über Stasi- sondern über Verfassungsschutzspitzel gesprochen hätte? Das hätten wir gar nicht mehr auseinander dividiert bekommen. *Modrow* und *Gysi* haben eins hinbekommen: Sie haben die Verantwortung für die Verbrechen in der DDR auf die Staatssicherheit reduziert und haben die Bevölkerung an der Stelle irregeführt, weil die Staatssicherheit nämlich nur Befehlsempfänger der Partei war. Die Partei war zuständig. Es war nicht die Staatssicherheit. Dass da keiner geschossen hat, dass keiner erschossen worden ist, dass kein Blut geflossen ist...

Ich kann im Nachhinein nur sehr dankbar sein, und wenn ich nach Thüringen über die ehemalige Grenze fahre, sage ich zu meiner Frau jedes Mal: Bis hierher wären wir früher gekommen und dann wäre Schluss gewesen. Ich konnte bis 1989 noch nicht einmal über die Grenze träumen, weil ich gar keine Vorstellungen hatte. Der eigentliche Gewinn der Deutschen Einheit ist doch, dass ein Jugendlicher, der mehr von der Welt sehen will, als man ihm zuteilen will, nicht mehr erschossen wird an der Grenze; dass Kinder, die in der Schule politische Witze machen, trotzdem Abitur machen und später studieren dürfen, dass Leute nicht verhaftet werden, wenn sie einen Witz im Bierkeller reißen. Ich wundere mich manchmal, dass diese eigentliche Bedeutung von Demokratie so wenig verankert ist in der Bevölkerung, sondern dass im Grunde alle anderen Dinge diskutiert werden, nur nicht diese ungeheure Freiheit, in der wir heute leben. Deswegen muss man auch Herrn *Sarrazin* die Möglichkeit geben, seine Thesen auszusprechen, ohne dass die Kanzlerin droht, ihn aus dem Job zu entlassen. Erstens macht sie ihn dadurch zum Märtyrer, zweitens ein mittelmäßiges Buch zum Bestseller und drittens erweckt sie den Eindruck, man dürfe in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr alles frei diskutieren. Aber das nur nebenbei.

Herr Kaiser: Seit der Wiedervereinigung hört man immer mal wieder Stimmen, die die These vertreten, man hätte nicht die Gegebenheiten der Bundesrepublik 1:1 auf den Osten übertragen, sondern vielmehr auch gesellschaftspolitische Errungenschaften aus der DDR in Gesamtdeutschland etablieren sollen.

Eggert: Ja, welche denn? Das höre ich oft. Wir haben damals auch gedacht, man müsste eigentlich versuchen, die guten Dinge des Ostens mit dem Westen zu verschmelzen. Jetzt fällt mir beim Osten nicht so viel ein. Beim Westen fällt mir eine ganze Menge ein.

Zugegeben, die Gesetze, die uns 1989/1990 schon als Landräte nicht gut getan haben, haben den Landräten im Westen auch nicht gut getan. Man hat sich bis 1990 für meine Begriffe auch im Westen Deutschlands gesetzlich ziemlich verriegelt und ver-

rammelt. Was wir brauchen, ist eigentlich eine Entriegelung der gesamten Geschichte. Man hätte alles ein wenig durchlässiger, dünner machen können. Das Fatalste ist gewesen, dass wir in einer Phase von zwei, drei, vier Jahren im Osten Gesetze des Westens anwenden mussten, die auf die Situation gar nicht passeten. Das ist richtig. Aber was man aus dem Osten hätte übernehmen können, dafür ist mir momentan noch nicht so wahn-sinnig viel eingefallen. Alle haben gearbeitet, gut. Diesen Punkt könnte man natürlich im Westen einmal aufgreifen. Jeder weiß, was ein Feiertag kostet.

Man muss aber auch sehen, wie schnell dieser Prozess lief. Und man war nicht darauf vorbereitet. Man hat es ja nicht wirklich geglaubt. Ich habe 1989 gedacht: Okay, wir wissen nicht viel, aber der Westen wird es schon wissen, die werden schon vorgearbeitet haben. Das war ein Irrtum. Ich glaube, man hätte nicht so sehr viel übernehmen können. Ich glaube, die Ereignisse sind in einer Weise teilweise über uns hinweggefegt, die waren politisch gar nicht alle voraussehbar. Keiner konnte ahnen, dass auf einmal die Arbeitslosigkeit im Osten so sehr zunahm, die Betriebe alle zusammenbrachen. Was wäre gewesen? Die DDR war pleite. Wo wären wir eigentlich rentenmäßig aufgehoben gewesen? Wie wäre das Gesundheitswesen weiter strukturiert worden? Der Prozess ist einfach zu schnell gegangen, zu unübersichtlich in vielem und wir sind mit den politischen Entscheidungen hinterhergelaufen. Man kann nur den Leuten danken, die das Richtige gemacht haben, ohne auf die Gesetze zu gucken. Das ging auch nur eine bestimmte Zeit.

Frau Vorholz: Sie haben anschaulich Ihr Umgehen in Ihrer Landratszeit mit dem bisherigen Personalstamm geschildert. Nun kennen wir ja die langjährigen Einzelfallprüfungen der Ehrenkommissionen und auch die arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten. Woher nahmen Sie die Gewissheit, richtig zu handeln, indem Sie lapidar sagten: „Ihr müsst alle weg“?

Eggert: Da ich sie kannte! Da gab es später eine Kommission, eine Personalkommission. Ich habe die Führungspositionen um-besetzt. Der Mann, der das Ordnungsamt leiten wollte, der vorher der Vorsitzende des Rates des Kreises (Leiter der Abteilung Sicherheit) war, der war für politische Verhaftungen mit verantwortlich, der hat mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet. Die haben Kinder ihren Familien weggenommen und haben sie in Heimen untergebracht und dann wurde natürlich das nächste Ratsmitglied, welches verantwortlich war für Schulen, mit hinzugezogen und verhindert, dass die und die Kinder Abitur machen dürfen, weil die Kinder aus einer christlichen Familie kommen und die Eltern politisch auffällig waren. Was ich gemacht habe, ist, die obersten acht Leute aus den Führungspositionen zu entlassen und zu sagen, sie haben in diesem Landratsamt einfach keine Zukunft mehr, weil sie politisch durch das, was sie sich zu DDR-Zeiten geleistet haben, gegenüber der Bevölkerung nicht mehr glaubhaft sind. Dazu stehe ich heute noch. Ich habe es moralisch gegen das geltende Gesetz gewollt. Weil ich natürlich auch eines nicht wollte: Dass die Leute, die früher erniedrigt worden sind, heute den gleichen Leuten gegenüber sitzen im Landratsamt, die sie früher gedemütigt haben. Botschaften – das weiß ich als Theologe – kommen immer über die Person. Und die Leute, die von der Staatssicherheit angestellt waren und von der Polizei – diese 300, die ich vorhin nannte –, die haben ohnehin keinen Platz im Landratsamt gehabt.

Ich habe die Frage oft gestellt bekommen. Es ist nicht die Zeit, aus westlicher demokratischer Überzeugung menschenfreundlich zu sein. Da kann man manchmal auch sagen: Geradlinige passt in den Kurven auf, sonst werdet ihr rausgetragen. Es ging darum, die Leute da rauszunehmen, die andere früher in hohem Maße unterdrückt haben. Ich würde es sogar noch zuspitzen: Wir hatten vor einem Jahr die Diskussion über Herrn *Tillich*, der früher mal ein dreiviertel Jahr beim Rat des Kreises war. Wenn er bei mir in Zittau im Landratsamt gewesen wäre in dieser Position, hätte ich ihn entlassen. Ich hätte ihn nicht in der Position

belassen. Dazu gehört ein gewisser politischer Rigorismus. Aber nicht um meinetwegen oder um der Rache oder Macht willen, sondern einfach, um das Vertrauen in der Bevölkerung zur Verwaltung wiederherzustellen. Sie bekommen kein Vertrauen in der Bevölkerung, wenn sie die alten Leute bleiben lassen.

Diese Diskussion hat natürlich in Bezug auf die Nazi-Zeit in der Bundesrepublik ein Stück länger gedauert. Es sind natürlich auch noch viele im Amt geblieben, die es nicht verdient haben. Ich habe einen Freund gehabt, der war ein hervorragender Kinderarzt und er hat seinen Chef angezählt, weil dieser betrunken operiert hat und davon Kinder gestorben sind. Aber der Chef war ein Freund von *Harry Tisch* und die beiden haben ständig zusammen gesoffen. Und *Harry Tisch* war Chef der Gewerkschaft. Also ist mein Freund entlassen worden und er hat keine Anstellung in Rostock bekommen, auch bei der Müllabfuhr nicht. Der hat sich beworben, da haben die gesagt: „Fangen sie an, wir brauchen Leute.“ Dann haben sie angerufen und gesagt: „Nein, wir haben für sie nichts.“ Man muss schon mal überlegen, wie früher die Dinge gelaufen sind. Diese Leute sind gegen das Gesetz aber zu Recht entlassen worden.

Landrat Kreidl: Welchen historischen Beitrag hat Franz-Josef Strauß im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung geleistet?

Eggert: Da gibt es unterschiedliche Anschauungen. Und ich bin mit *Max Strauß* in einem ständigen Gespräch. Von den Finanztransfers ging ja auch immer weiter eine Öffnung in der Diktatur aus. Dass man auf einmal Reisefreiheit hatte, dass auf einmal Leute der DDR abgekauft wurden, waren Dinge, die eine Rolle spielten. Also an einer Stelle bin ich überzeugt, dass *Franz-Josef Strauß* an die Deutsche Einheit geglaubt hat. Und dass er auch etwas gegen Kommunisten hatte, hat ihn nicht daran gehindert, mit ihnen gute Geschäfte zu machen. Es wäre gut, wenn in Bayern mal wieder einer aufersteht, der wenigstens die Hälfte seiner Tugenden hat.

Frau Brux: Wir beklagen ja derzeit, dass viele Menschen mit der Deutschen Einheit nichts oder nichts mehr anfangen können. Welchen Beitrag können Kommunalpolitiker zur inneren Einheit Deutschlands leisten?

Eggert: Ich glaube, dass auch Kommunalpolitiker das Problem haben, wenn das steigende Wohlstandsbedürfnis der eigenen Bürger nicht erfüllt wird, dass dann immer behauptet wird, Demokratie taue nicht viel. Oder der Bürgermeister taugt nicht viel, oder der Landrat.

Die Leute wollen arbeiten und haben im Osten auch immer gearbeitet. Wenn sie nach der Wende dann auf einmal nicht wieder eingestellt worden sind, hing das natürlich auch damit zusammen, dass der Betrieb modernisiert wurde und man produktiver arbeiten konnte als früher. Das nützt den Menschen aber nichts. Weil sie sich seitdem weiter gehandelt haben über ABM, sind sie nicht wieder reingekommen. Das ist ein psychologisches Problem: Nicht mehr ernstgenommen zu werden, wenn man etwas leisten will und nicht leisten kann. Ich kenne Hartz IV-Empfänger: Das, was Herr *Sarrazin* erzählt hat, darüber, dass diese Leute weniger warm duschen sollten usw., das schadet nur. Er ist schon ein arroganter Schnösel, bei allem, was er geschrieben hat. Über eines sind sich die Leute aber völlig klar: Dass sie trotz dieser Probleme ein Leben führen, dass sie selbst, wenn sie gearbeitet hätten zu DDR-Zeiten, vom Standard her sich nicht hätten leisten können. Man muss einfach mal sehen, was das heute für Wohnungen sind, wie die Ausstattung ist, was die Leute sich so teilweise an Lebensmitteln, die man früher nicht bekommen hat, kaufen können.

Ich wohne genau im Drei-Länder-Eck, also 300 m von der tschechischen Grenze und eine halbe Stunde von Polen entfernt. Wenn ich mich mit meinen Freunden unterhalte, ohne dass wir in einer politischen Veranstaltung sind, dann sagen sie: „Ich komme schon klar. Es ist schon gut mit der Einheit und mit der Wiedervereinigung.“ Ich glaube, sie können das nicht mehr befördern.

Sie können es nur klarmachen, indem sie den Leuten sagen: Was wäre, wenn die DDR geblieben wäre? Ich hätte ganz gern ein Altersheim auf DDR-Standard erhalten, wo die alten Damen, wenn sie ihr Leben lang gearbeitet hatten, einen Koffer mitnehmen durften oder anderthalb, einen Schrank bekamen, ein Bett, mit drei Leuten auf einem Zimmer waren, ein Waschbecken und einmal am Freitag der Kessel geheizt wurde, wo eventuell gebadet werden konnte, und Südfrüchte usw. gab es schon gar nicht. Die heutigen Altersheime sind – gut, wir haben andere Probleme momentan in Altersheimen mit der Versorgung usw. – weitaus menschlicher und auf einem ganz anderen Niveau.

Dann hören sie auch immer von den Leuten: „Ja, darüber reden wir auch eigentlich nicht.“ Doch. Darüber reden wir. Wir reden darüber, was wäre geworden, wenn die Einheit nicht gekommen wäre. Und dann kann man auch ruhig mal über die ganzen Transfers sprechen, die aus dem Westen in den Osten geflossen sind. Das ist ja nicht wenig Geld gewesen. Und es ist heute noch nicht wenig Geld. Sie brauchen beim Einzelnen die Bereitschaft, sich nicht ständig als denjenigen darzustellen, der verloren hat, auf der Verliererstrecke ist. Aber vielleicht gibt es ein Problem, dass ich am Anfang der Einheit überhaupt nicht erkannt habe: Ich habe die DDR ganz anders erlebt als die gleichen Leute, mit denen ich zur gleichen Zeit im gleichen Staat lebte. Weil ich ständig mit Leuten zu tun hatte, die verhaftet wurden, oder denen die Kinder weggenommen wurden, weil ich mich um Verhaftete gekümmert habe, sehr bespitzelt worden bin von über 87 Spitzeln, die auf unsere Familie angesetzt waren, während diese Leute immer den Weg der Anpassung gegangen sind und auch teilweise damit ganz gut klarkamen und natürlich noch besser klarkamen, wenn sie zwei Tanten im Westen hatten, die ihnen auch noch Pakete geschickt haben.

Ich glaube, letztlich hängt dieses Klagen über die Deutsche Einheit damit zusammen, dass die Leute nicht mehr wissen, was die Demokratie für ein eigenständiger Wert ist und was es für ein Wert ist, in einem freien demokratischen Land zu leben. Das ist das, was wir teilweise schon gar nicht mehr betonen. Wir glauben, dies gehört in die Sonntagsreden. Es gehört aber in die Alltäglichkeit des Redens, damit die Leute einfach ihre Verortung wiedererkennen. Wenn sie durch Polen und Tschechien fahren oder in Rumänien landen, dann erkennen sie auf einmal wieder, welch ungeheurer Wert es eigentlich ist, auch wenn es hier viele stört und es vieles umzubauen gilt und es viele Probleme gibt in unserem Staat. Aber daran erkennen sie schon, dass es ein ungeheures Glück ist, in diesem Land zu leben. Es ist nur die Frage, ob es ein ungeheures Glück für das Land ist, wenn die Leute das nicht wissen.

Herr Klein: Glauben Sie, dass die Umkehr des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung möglicherweise wenig dazu beigetragen hat, dass wir früher blühende Landschaften hier im Osten gehabt hätten oder in Mitteldeutschland?

Eggert: Das war eine falsche Entscheidung. Aus folgendem Grund: Weil es blockiert hat. Wir hätten es anders machen sollen. Wir erleben gerade die Geschichte mit Polen, dass diskutiert wird. Sie stellen keine Gerechtigkeit her, wenn sie nach 40 oder 60 Jahren die Eigentumsverhältnisse wieder umkehren. Also ich wäre sehr dafür gewesen, dass einer sein altes Haus wiederbekommt. Aber dann hätte er einen Sanierungsplan vorlegen müssen. Jeder Landrat, der damals angefangen hat, jeder Bürgermeister weiß, was es in den Sanierungsphasen bedeutet hat, dass so viel Restitutionsansprüche gestellt worden waren, so dass er an der Stelle überhaupt nicht handlungsfähig war. Im Einzelfall sind es immer sehr schwierige Entscheidungen, aber ich glaube, dass dieses Prinzip nicht richtig war. Aber selbst das ist inzwischen Schnee von gestern. ■

Die Deutsche Einheit – Meine ganz persönliche Sicht der Dinge

Ich möchte etwas über die Situation in der damaligen DDR erzählen und darüber, wie wir, auch ich, als die Zeit es erforderte, Verantwortung übernahmen. Alles was ich hier sage, ist meine Sicht der Dinge. Andere mögen es anders gesehen haben und die Situation auch anders einschätzen, aber ich habe es so erlebt und will versuchen, daraus etwas zu berichten.

Dazu muss man wissen: In der DDR gab es kein Verwaltungsrecht. Jede höhere Ebene konnte der darunter liegenden Weisungen erteilen. So war das Staatssystem aufgebaut. Es wurden zwar Gemeindevertretungen und Kreistage gewählt, aber es hat sich mir nicht erschlossen, wo geschrieben stand, wie ein Ratsvorsitzender oder ein Bürgermeister gewählt wird. Im Gesetz stand, dass in Absprache zwischen dem Rat des Kreises und der Gemeindevertretung Kader auf das Amt des Bürgermeisters vorbereitet werden. Also – sie wurden dann irgendwie eingesetzt. Ich habe nirgendwo an einer Wahl teilgenommen. Sie waren ganz einfach da und haben regiert. Und das Allerwichtigste ist, und das muss man wirklich begreifen, das alles fand statt unter der Führung der SED. Dieser Führungsanspruch ist sogar in der letzten Verfassung der DDR, die um 1970 beschlossen wurde, festgeschrieben worden.

Die friedliche Revolution

Die friedliche Revolution, die 1989 im Herbst stattgefunden hat, hat nicht im ländlichen Raum stattgefunden, sondern in den Zentren. Und warum es den Anlass, den auch hier schon zitierten Wahlbetrug, überhaupt bei dem Wahlrecht der DDR und den Einheitswahllisten gegeben hat, das hat sich mir bis heute nicht erschlossen. Aber es brachte das Fass der Unzufriedenheit zum Überlaufen.

Ich wusste 1989 – ich habe 24 Jahre lang leitend in der Landwirtschaft gearbeitet – um die schwierige ökonomische Situation der DDR. Ich könnte auch ganz mutig sagen: Die DDR war pleite.

Noch im Oktober 1989 glaubte ich, dass Armee, Polizei und Kampfgruppen gegen die Demonstranten eingesetzt werden und Schüsse fallen werden. Nun werden Sie fragen, woher ich diese Ansicht nehme. Ich war aufgrund meiner Arbeit als stellvertretender LPG-Vorsitzender insoweit mit dem ganzen System in Kontakt, weil regelmäßig Beratungen zwischen der Staatsführung, zwischen den staatsleitenden Organen und den Wirtschaftsbetrieben stattgefunden haben. Jede dieser Versammlungen begann über Jahre mit einem politischen Referat, bevor es um wirtschaftliche Fragen ging. In jedem dieser Referate wurde ganz klar definiert: Es wird nichts anderes geben als die weitere Entwicklung des Sozialismus. Wir lassen uns die Macht nicht aus den Händen nehmen.

Ich möchte daran erinnern, dass es in Chile auch einmal ein System gab, das dann durch *Pinochet* abgelöst wurde. Seinerzeit wurde der Satz geprägt: Ein zweites Chile wird es bei uns nicht geben. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, ich habe der SED, den Machthabern in der DDR, zugetraut, dass sie, um die eigene Macht zu erhalten, jedes Mittel nutzen – auch das der Waffengewalt, ähnlich wie es 1968 in der Tschechoslowakei gewesen ist. Vielleicht war diese Einschätzung im Herbst 1989 falsch. Aber auch das darf ich an dieser Stelle sagen: Nicht nur die Sachsen um Dresden lebten im Tal der Ahnungslosen, weil sie kein West-Fernsehen hatten. Uns ging es nicht besser. Man war aufs Radio angewiesen, das allerdings hat man nur noch wenig gehört. So hat man nur sehr eingeschränkte Informationen gehabt, was sich auf die Gedankenwelt ausgewirkt hat.

Mich persönlich hat die große Berliner Demonstration Anfang November vom Gegenteil überzeugt. Aber selbst die konnte ich nicht bis zum Ende im DDR-Fernsehen miterleben. Etwa in der Mitte hatten wir ganz plötzlich – ohne dass schlechte äußere Witterungsbedingungen da waren, draußen war schönes Wetter – Stromausfall. Ich rief daraufhin bei der Energiewirtschaft in Greifswald an. Die Ursache für den Stromausfall konnte man mir nicht erklären. Aber der Fernseher war tot. Auch das ist wahr.

Und dann fiel die Mauer ...

Und dann fiel im November die Mauer, das hat uns auf dem Lande genau wie alle anderen überrascht. Was war jetzt meine wichtigste Aufgabe?: Alles wollte über Nacht in den Westen fahren, um das Begrüßungsgeld (100 DM) zu holen. Ich habe es tatsächlich fertig gekriegt, meine LPG-Mitarbeiter, meine Viehpfleger, Melker usw. geordnet reisen zu lassen. Die Arbeit wurde jeden Tag vernünftig durchgeführt, nichts ging durcheinander und alle sind wiedergekommen.

Zu Weihnachten hatte ich den sog. Leiterdienst. Am 2. Weihnachtsfeiertag hätte unser Parteisekretär der SED diesen Dienst gehabt. Mich plagte ein komisches Gefühl und sagte abends zu meiner Frau: „Du, ich fahre noch einmal gucken, ob der überhaupt noch da ist, sonst mache ich morgen auch noch Dienst.“ Und ich hatte mich nicht geirrt. Die Wohnung war verschlossen, ich habe ihn bis heute nicht mehr gesehen. Er war der einzige und der erste, der den ländlichen Raum, unser Gebiet, verlassen hat.

Nun spürte ich, ich werde gebraucht

Ich bin seit 1967 – und ich bin stolz darauf – Mitglied der CDU. Nach dem Mauerfall im November/Dezember 1989 spürte ich, dass meine Partei mich irgendwie braucht. Bis dahin war ich als Ortsgruppenvorsitzender im Hintergrund tätig gewesen. Ich hatte den CDU-Ortsverband sehr zum Ärger der SED-Kreisleitung aufgebaut. Wir waren 40 Mitglieder und ich habe stets gespürt: Wir machen etwas, das denen nicht gefällt. Das hat Spaß gemacht.

Nun spürte ich, ich werde gebraucht. Ich sollte schon einmal Mitte der 80er-Jahre Parteivorsitzender werden. Das hatte ich abgelehnt – ich wollte mich nicht zensieren lassen. Jetzt stellte ich mich zur Wahl. Wir waren drei Kandidaten, die Kreisvorsitzender werden wollten. Ich wurde es und ich glaube, ich wurde es, weil ich der Einzige war von den Kandidaten – wir redeten alle über neue Gesetze, über Demokratie, über Meinungsfreiheit, über ein neues Wahlgesetz, über Reformierung der DDR –, der tatsächlich im Dezember 1989 versprach: „Wenn ihr mich wählt, werde ich mich dafür einsetzen, dass unser Vaterland vereinigt wird.“ Ich glaube, das war der entscheidende Gedankengang. So wurde ich Kreisvorsitzender und damit begann meine politische Laufbahn auf Kreisebene.

Ich lernte *Günther Krause* kennen, den späteren Verkehrsminister, ich lernte später *Lothar de Maizière* kennen, den letzten Ministerpräsidenten der DDR, und im Februar 1990 stand ich in Grimmen auf der Freilichtbühne. Neben mir stand Prof. *Kaufhold* für die SPD, der spätere Bildungsminister im Land Mecklenburg-Vorpommern, und wir hielten unsere ersten politischen Reden in Vorbereitung der Volkskammerwahlen am 18. März. Unmittelbar vor der Bühne standen Mitglieder der Kreisleitung der SED und des Rates des Kreises. Etliche haben gepfiffen, mehr haben geklatscht, aber ich hatte vor mir einen Lautsprecher und war der Lauteste. Es war ein unglaublich befreiendes Gefühl, einfach all das sagen zu können, was sich über Jahre angestaut hatte. Ver-

suchen Sie sich vorzustellen, Sie leben in einem System, Sie wollen nicht eingesperrt werden, aber Sie wollen existieren. Sie sind mit vielem nicht einverstanden, schon gar nicht mit der führenden Rolle der SED. Sie müssen immer aufpassen, ja nicht ein falsches Wort sagen. Zuhause offen reden, aber den Kindern sagen: „Morgen in der Schule müsst ihr etwas anderes sagen.“ Das ist nicht einfach, das ist ein enormer Kraftakt und diese Befreiung, die war ganz plötzlich da: „Jetzt kann ich das sagen, was ich denke. Ich muss nur aufpassen, dass ich meinen Nachbarn nicht persönlich beleidige.“ Das war schön!

Dann kamen die Wahlen am 18. März und es fanden Kommunalwahlen statt. Dazwischen fanden viele politische Gespräche statt. Ich wollte in meiner Gemeinde Bürgermeister werden und weiter in der Landwirtschaft in meinem Beruf arbeiten. In dieser Zeit wurde tatsächlich schon am Einheitsvertrag gearbeitet und ich machte mir Sorgen über Äußerungen, man könne den Weg einer Konföderation gehen: die DDR selbstständig und die Bundesrepublik selbstständig.

Für den Fall der Deutschen Einheit sollte eine neue Hymne komponiert werden und ich dachte immer nur: „Mein Gott, bloß das nicht. Auch ich will endlich singen: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.“ Nun bin ich dafür dankbar, dass es so geblieben ist.

Die CDU hat die Kommunalwahl gewonnen, ohne Wahlkampf zu betreiben

Die CDU erhielt in der Volkskammerwahl und auch zur Kommunalwahl die meisten Stimmen. Wir haben eine Wahl gewonnen, ohne Wahlkampf zu betreiben. Das war einmalig und wird sich wohl auch nicht wiederholen.

Es begannen Gespräche im Landkreis mit CDU, DBD, der neu gegründeten SPD, der FDP und weiteren politischen Gruppierungen. Wir alle hatten das gemeinsame Ziel, die Macht zu übernehmen und alle Genossen und ehemaligen Genossen der SED/PDS aus führenden Positionen zu entfernen. Das Amt des Landrats sollte wieder eingeführt, die Verwaltung neu gegliedert und Beigeordnete gewählt werden. Mit dem Begriff „Beigeordnete“ konnten wir zunächst nichts anfangen. Darüber hinaus fehlte uns eine gesetzliche Grundlage.

Die Kommunalwahl fand am 6. Mai 1990 statt. Am 17. Mai 1990 wurde von der Volkskammer die Kommunalverfassung der DDR beschlossen, die wir damit aber noch nicht hatten. Nun lief uns die Zeit weg, denn eine konstituierende Sitzung des Kreistages musste dringend stattfinden.

Ich erinnere mich noch genau, dass wir dann über die FDP in Greifswald einen Matrizenabzug der Kommunalverfassung in die Hände bekamen, der im Stundentakt von Hand zu Hand ging. Ich habe ihn auch gelesen, aber längst nicht alles verstanden. Das spielte damals gar nicht so eine große Rolle, denn wir wussten, was wir wollten. Wir hatten wie erwähnt mangels Westfernsehens auch keine großen Kontakte in die Bundesrepublik. Es waren bis dato nur vereinzelt Besucher zu uns gekommen.

Der Zweite Bürgermeister aus Neumünster, *Kajo Schommer*, späterer Wirtschaftsminister in Sachsen, war das erste CDU-Mitglied, das ich im Februar 1990 kennenlernte. Er hielt bei uns eine Rede über Marktwirtschaft. Dann war *Dietrich Hoth* aus Hamburg bei uns, Vorsitzender der Pommer'schen Landsmannschaft, stammend aus dem Kreis Grimmen. Er ließ es sich nicht nehmen, häufiger zu uns zu kommen. Außerdem entstanden auf SPD-Ebene Kontakte zwischen der Stadt Osterholz-Scharmbeck und Grimmen, die zu gegenseitigen Besuchen führten. Es kamen Busse voll mit Bürgern von dort zu uns. Einmal bat mich der SPD-Vorsitzende aus Grimmen – ich war damals schon wie auch heute noch Leiter eines Posaunenchores – mit dem Posaunenchor in der Kirche ein Programm für die Osterholzer zu spielen. Das haben wir sehr gerne gemacht. Himmelfahrt 1990 waren wir mit der Kirchengemeinde in Ascheffel in Schleswig-Holstein. Dort lernte

ich Prof. von *Mutius* kennen. Einige hier im Saal kennen ihn.

Ich stellte mich als Landrat zur Wahl

Zunächst hieß es, ein Landrat kommt aus Greifswald. Als das wieder dementiert wurde, kam der Kreisvorsitzende der DBD auf mich zu und schlug vor, das Amt des Landrats der Bauernpartei zu überlassen. Das war genau die Sekunde, in der ich mir gesagt habe: Die CDU hat die Wahl gewonnen. Wenn kein anderer CDU-Mann von irgendwoher kommt, dann werde ich mich als Landrat zur Wahl stellen. Dieses Amt wird nicht aus der Hand gegeben. Am 29. Mai fand die konstituierende Sitzung des Kreistages statt und ich wurde zum Landrat gewählt. Jede Gruppierung, mit der wir gegen links zusammengewesen hatten, sollte für dieses Bündnis belohnt werden. Also haben wir gleich richtig zugeschlagen und sieben Beigeordnete gewählt, fünf hauptamtliche und zwei ehrenamtliche. Als ich den Auftrag bekam, eine Verwaltungsgliederung vorzulegen, wurde es problematisch. Wir betraten wirklich absolutes Neuland. Wir machten es, aber übernahmen teilweise altes Verwaltungshandeln aus der DDR. Es war eine sehr harte Zeit, doch die Aufbruchstimmung und die damit einhergehende Motivation führten im wahrsten Sinne des Wortes dazu, dass uns vor nichts graute.

Erfahrungen in der Verwaltung

Einige Zeit später in Osterholz sagte der dortige Baudezernent zu mir: „Herr Landrat, ich bewundere Sie, was Sie sich zutrauen.“ Ich antwortete, dass ich mir noch viel mehr zutraue. Den Sinn seiner Worte habe ich allerdings erst in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren verstanden: Wenn wir all das gewusst hätten, was auf uns zukommt, hätten wir vielleicht Angst gehabt vor den Aufgaben, die vor uns liegen, und wären gar nicht angetreten. Es fehlte neben der großen Motivation nach den Ereignissen so manches Hintergrundwissen, was allerdings auch ein Vorteil war. Es wurde viel experimentiert, nur das Geld, das wurde sehr vorsichtig ausgegeben. Das hat sich positiv ausgewirkt. Vielen Versuchungen wurde widerstanden. Plötzlich wollten z.B. zahlreiche Investoren aus der Bundesrepublik für sehr viel Geld Gutachten schreiben. Das haben wir abgelehnt. Das Ausweisen von Gewerbegebieten erfolgte sachlich und bedächtig. Zwar gab es zu meiner Zeit als Landrat im Landkreis Nordvorpommern beleuchtete Schafweiden. Aber diese wurden 1994 übernommen, sie sind nicht im Raum Grimmen entstanden.

Verwaltungsneugliederung

Der Landkreis hatte 33.000 Einwohner. Ich übernahm 340 Mitarbeiter, es wurde umstrukturiert und neue Ämter wurden gebildet. Zuvor hatte es weder ein Sozialamt noch ein Jugendamt oder Rechnungsprüfungsamt gegeben. Wir hatten kein Amt zur Regelung offener Vermögensfragen, kein Umweltamt, die Abfallwirtschaft war innerhalb der Gemeinde organisiert und die Kfz-Zulassung sowie das Führerscheinwesen waren in der Obhut der Polizeiamter. Die Bauämter waren viel kleiner, die Rechts- und Kommunalaufsicht war ganz anders organisiert. Also wurde nach typischer DDR-Denkweise Folgendes gemacht: Wir kümmerten uns erst einmal um alles. Die Bevölkerung war es gewöhnt, sich mit ihren Sorgen an den Rat des Kreises zu wenden. Jetzt waren wir eben eine Kreisverwaltung mit Landrat. Folglich wurden sämtliche Probleme der Bevölkerung entgegengenommen und abgearbeitet. Die Gemeinden wurden allmählich über ihre Aufgaben informiert. Übrigens wurde jahrelang über die Begrifflichkeit Landratsamt oder Kreisverwaltung gestritten.

Am zweiten Arbeitstag als Landrat erfuhr ich, dass ich stolzer Träger einer Sparkasse sei. Der Vorstandsvorsitzende aus Osterholz und die Sparkassendirektorin aus Grimmen gratulierten mir



Landrat Wolfhard Molckentin wurde anlässlich seiner Verabschiedung in den Ruhestand am 18.7.2008 von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel für sein Lebenswerk mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Foto: Landkreis Nordvorpommern

und erklärten etwas von einem Verwaltungsrat und einem Sparkassenvorstand, das ich nicht richtig verstand. Frühere LPG-Vorstände hatten ganz andere Aufgaben gehabt. Aber ich hatte eine Sparkasse. Das war schön! Bis heute erfüllt mich die große, ökonomisch starke Sparkasse Vorpommern mit Stolz.

An meinem ersten Arbeitstag habe ich – das war nicht einfach – sämtliche SED-Ratsmitglieder und den Ratsvorsitzenden entlassen. Es wurde akzeptiert. Einige Tage später habe ich die gesamte Abteilung „Inneres“ und das Fachgebiet „Zivilschutz“ nach Hause geschickt mit der Begründung, sie seien zu sehr mit der DDR-Geschichte und mit der DDR-Verwaltungspraxis verweben gewesen. Wir könnten unter den neuen Bedingungen nicht zusammenarbeiten, das müssten sie verstehen. Sie verstanden es, keiner klagte.

Auch das will ich hier zu dem mit so sehr großen Emotionen beladenen Thema der Staatssicherheitsmitarbeit einflechten – und ich sage es mit Stolz: Wenn sich in Nordvorpommern jemand bewirbt und eingestellt wird, der älter ist als vielleicht 30 Jahre, wird noch heute bei der Gauck- bzw. Birthler-Behörde eine Anfrage gemacht. Das war bis zum Jahr 2008 üblich und wird auch heute noch so gemacht. In jedem Einstellungsgespräch – Einstellungsgespräche führte ich in den ersten Jahren grundsätzlich mit – sagte ich: „Sie sind gut, ich möchte sie gerne einstellen. Ich will keine Antwort auf die Frage haben, ob Sie in der Vergangenheit IM waren. Wenn es so war, ziehen Sie ihre Bewerbung zurück. Ich bekomme es sowieso heraus und dann werden sie fristlos entlassen.“ In drei Fällen wurden am nächsten Tag die Bewerbungen zurückgezogen. Wenn etwas aufgedeckt wurde – die Messlatte lag sehr niedrig –, wurde es behutsam und konsequent und so sauber abgearbeitet, dass noch nicht einmal etwas in der Zeitung stand.

Die große Aufgabe Privatisierung

Eine weitere große Aufgabe war die Privatisierung. Der Landkreis hatte Betriebe, Baubetriebe, Apotheken, die Poliklinik, die Zahnärzte – die Mitarbeiter waren alle Kreisangestellte. Diese Berufsgruppen wurden so unterstützt, dass sie den Weg in die Marktwirtschaft und in die Eigenständigkeit mit günstigen Mietverträgen in den Polikliniken, die später ganz privatisiert wurden, schaffen konnten.

Hätte es die Währungsunion bei den offenen Grenzen nicht zu diesem Zeitpunkt gegeben, dann hätten Ende des Jahres 1990 tatsächlich nur noch wenige Menschen in Ostdeutschland gestanden, alle anderen wären im Westen gewesen. Herr *Sarrazin* hatte mit seiner persönlichen Einschätzung also recht. Ohne den Weg, den die große Politik dann gegangen ist, auch mit der rasanten Wiedervereinigung zum 3.10., hätte das Volk das Land verlassen.

Wir haben mit Arbeitskräften die Währungsumstellung unterstützt. Es wurden Preiskontrollen durchgeführt: Die Deutsche Mark hatte einen wesentlich höheren Wert als die DDR-Mark. Plötzlich kostete ein Brot vier Mark West, vorher hatte es 93 Pfennig Ost gekostet. Das war nicht zu verstehen. Die Preiskontrollen sollten verhindern, dass sich ein Privatmann aufgrund der D-Mark bereicherte und dem Volk das Geld aus der Tasche zog. Es kostete viel Kraft, kam aber gut an.

Erste Investitionen in die Infrastruktur

Ein weiteres großes Problem war die wirtschaftliche Lage. Das Phänomen: Es hatte zuvor nie Arbeitslose gegeben, plötzlich gab es sie. Das belastet die Region bis heute.

Für bereits entwickelte Straßenbau-Projekte hatte die Verwaltung kein Geld. Da kam mir eine tolle Idee: Ich griff das erste Mal zu einem meiner vier Telefone, das direkt mit der Regierung in Berlin verbunden war, und sagte ganz ruhig: „Wir haben Arbeitslose, wir könnten Arbeit auslösen, aber wir haben kein Geld. Wir könnten Straßen bauen.“ Ob Sie es glauben oder nicht, das ist kein Witz, wenig später kam die Kämmerin ganz aufgeregt zu mir und berichtete von einem nicht zuzuordnenden Geldeingang in

Höhe von 5 Mio. DM, der, wie sich herausstellte, aus Berlin gekommen war. Das konnten wir zwar nicht verstehen, aber das Geld war da und wir haben Straßen gebaut. Die Ausschreibung war so kostengünstig, dass wir noch ein zusätzliches Projekt realisieren konnten. Ein Jahr nach der Abrechnung der Projekte meldeten sich Herren des Bundesrechnungshofs in der Kreisverwaltung an und überprüften die Verwendung der Mittel. Anschließend behaupteten sie, wir seien Betrüger. 25 DM seien übriggeblieben und nicht an den Bundeshaushalt zurücküberwiesen worden – das stimmte, der Betrag war in den Kreishaushalt eingebucht worden. Der Gedanke, uns des Betrugs zu bezichtigen, ließ mich die Welt gar nicht mehr verstehen. Die Lehre war aber, dass in einer freien Wirtschaft die Kontrolle, Exaktheit und die Klarheit und Wahrheit der Haushaltsführung von elementarer Bedeutung sind. Bei der nächsten Beratung mit meinen Bürgermeistern wertete ich den Vorgang mit ihnen aus und „hämmerte“ ihnen ein, das zu begreifen.

Wir hatten große Schwierigkeiten mit der Rechtsaufsicht. Am Rande sei erwähnt, dass ich die Gemeindevertretung überzeugt habe, drei Bürgermeister abzulösen. Sie hatten die Gemeinden in einem Jahr zu meinem Leidwesen fast in den Ruin gewirtschaftet. Diesbezüglich wurde eine sehr klare, deutliche Sprache gesprochen.

Grund und Boden

Wir hatten ein weiteres, sehr großes Problem, das uns wirklich große Sorgen bereitete. Eigentum hatte in der DDR keine Bedeutung. Das Eigentum hörte bei der Wohnungseinrichtung und beim Auto auf. Nicht private Gebäude und nicht privater Grund und Boden gehörten dem Volk. Privater Grund und Boden konnte lediglich für 30 Pfennig/qm verkauft werden. Auch ich kaufte zu DDR-Zeiten von einem Altbauern mein Grundstück, auf dem mein Haus heute steht, für diesen Betrag. Das war so üblich. Volkseigener Grund und Boden wurde grundsätzlich nicht verkauft. Wer ein Haus gebaut hatte, war auch dessen Eigentümer, aber es stand unter Umständen auf staatlichem Grund und Boden.

Das Problem begann 1990 mit der Regelung, dass alle, die bis 30.6. angemeldet hatten, dass sie Grund und Boden kaufen wollten, diesen zu DDR-Konditionen bekamen. Ab 1.7. galt diese Regel nicht mehr. Der Unterschied zwischen dem 30.6. und dem 1.7. lag zwischen 10 Pfennig/qm und einem Betrag X. Es begann der Streit mit den Gemeinden, die zum Teil für 1 DM verkaufen wollten usw. Noch gab es keine Bodenrichtwertkarte und keinen Grundstücksmarkt. Das entwickelte sich erst im Laufe der Jahre. Es flossen wirklich sehr viel Arbeitszeit und sehr viel Überzeugungskraft in die Gemeinden, indem z.B. Gemeinderatssitzungen besucht wurden. Die neu gewählten Gemeindevertreter waren alles gestandene Kerle, die u.a. argumentierten, es herrsche jetzt Freiheit, sie würden sich zwar beraten lassen, aber die Entscheidung läge bei ihnen. Es war eine schwierige Situation.

Im Laufe der Jahre hat sich jedoch alles wunderbar geregelt und heute sind die Grundstücke an der Küste im Landkreis Nordvorpommern entschieden teurer als woanders in der Bundesrepublik.

Partnerschaft mit dem Landkreis Osterholz

Unser Landkreise hatte großes Glück. Dies will ich mit ein paar Worten begründen.

Ich sagte bereits, dass Osterholz Kontakte nach Grimmen geknüpft hatte. So ist es auch der damalige Oberkreisdirektor Herr *von Friedrichs* gewesen, der beschloss, im März nach Grimmen/Stralsund zu fahren, um sich ein eigenes Bild zu machen. Vor Ort sagte er, er warte die Kommunalwahlergebnisse ab. Diese konnte er sehr schnell und um den 10. Juni fuhr ich mit meinem Stellvertreter und meinem Kreistagspräsidenten in meinem alten Dienstwagen der russischen Automarke Lada zu einem ersten Kennenlernen in den Landkreis Osterholz zu dem seinerzeitigen Landrat *Blanke* und Oberkreisdirektor *von Friedrichs*. Daraus entwickelte sich eine segensreiche Zusammenarbeit.

Wären die ersten Kontakte zuvor nicht gewesen, wäre eine Zusammenarbeit nicht so schnell entstanden: Ich sehe noch ganz deutlich die Bilder unseres ersten Besuches vor mir – wir durften an der Kreisausschusssitzung teilnehmen –, wie sich die CDU- und die SPD-Leute beharkt haben und wie förmlich alles zuzuging. Beim anschließenden Abendessen in einer Gaststätte waren dann alle per Du und unterhielten sich nett. Da verstand ich die Welt ein weiteres Mal nicht: Erst streiten sie sich und jetzt sind es wieder die großen Brüder. Da war ich was ganz anderes gewöhnt, mit wem ich mich gestritten habe, der wurde die nächsten Tage nicht mehr angeguckt. Das war sehr lehrreich und es entstand eine sehr gute Zusammenarbeit.

Herr von *Friedrichs* gab mir wertvolle Hinweise und ich weiß noch, wie ich den Satz prägte: „Wir wollen Unterstützung, aber was wir nicht wollen und nicht brauchen, das ist Geld.“

Es entwickelte sich eine rege Reisetätigkeit. Ob es die Kämmererei war, das Hauptamt, die Schulfachleute, die Kommunalaufsicht, Jugendfragen oder das Sozialamt – die Unterstützung durch die Osterholzer Kreisverwaltung war herausragend. Beispielsweise schrieb der Landkreis Osterholz für den Landkreis Nordvorpommern die Stelle eines Juristen aus, der heute noch Leiter des Rechtsamts in Grimmen ist. Ich hatte den jungen Mann, ein Volljurist, seinerzeit aus der Zahl der Bewerber ausgesucht und meine Wahl, solange ich Landrat war, nicht bereut.

Ich bedanke mich heute noch einmal ganz herzlich an dieser Stelle nach so vielen Jahren für diese hervorragende Zusammenarbeit und diesen persönlichen Einsatz der Verwaltung des Landkreises Osterholz, insbesondere bei Herrn von *Friedrichs*.

Gründung des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern

Im Sommer 1990 bekam ich eine Einladung zur Gründung des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern. Ich hielt das für überflüssig, denn wir hatten kurz zuvor im Juli 1990 den Vorpommerschen Kreis- und Städtetag gegründet. Nun werden Sie sagen, was ist denn das? Vorpommern war 1946 aufgrund russischen Militärbefehls abgeschafft worden. Vorpommern hieß auf einmal Mecklenburg. In Grimmen wurde mit dem Mecklenburger Stier gesiegelt, nicht mit dem Pommerschen Greif, und das Wort Vorpommern wurde nirgends erwähnt.

Also, lange Jahre war die Bezeichnung Pommern weg und im Herbst 1989 tauchte das Wort Pommern wieder auf. Die CDU war der Auffassung, die Region Pommern sei so benachteiligt, das ein Gremium gebraucht würde, das die Interessen der Region vertritt – das war der Pommersche Kreis- und Städtetag. Der Verband hat in der Folge gute Arbeit geleistet.

Vorweg sei erwähnt, dass er 1995 zu meiner Zeit als Vorsitzender aufgelöst wurde, weil es inzwischen einen Planungsverband gab, der seine Aufgaben übernommen hat. Mein damaliger Landkreistagsgeschäftsführer und auch heute noch sehr hoch geschätzter *Hubert Meyer* hat sich bestimmt sehr gefreut, als der Verband endlich aufgelöst wurde, denn ihm war er immer ein Dorn im Auge.

Pflichtbewusst wie ich bin, fuhr ich Anfang August nach Güstrow zur Gründungsveranstaltung des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern. Der damalige DLT-Hauptgeschäftsführer Dr. *Hans-Henning Becker-Birck* war anwesend, ebenso Dr. *Carl-August Conrad*, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages. Aus Schleswig-Holstein kam auch der erste eingesetzte Geschäftsführer für den Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern, *Christian Gau*. Es gab auch gleich genügend Bewerber von den 30 anwesenden Landräten, die bereit waren, im Vorstand mitzuarbeiten. Ich gehörte nicht dazu, ich habe mich ein bisschen zurückgehalten. Wir nahmen alles mit, was uns ausgehändigt wurde, vor allem den Schönfelder und den Sartorius, diese beiden dicken roten Gesetzessammlungen. Nun waren wir ausgerüstet mit allem und es konnte uns gar nichts mehr passieren.

Im folgenden Herbst wurde die Geschäftsführerposition für den Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern ausgeschrieben. Es stellte sich ein junger Mann vor, der auch gewählt wurde – Dr. *Hubert Meyer*. Ich habe dann im Laufe der Jahre gelernt, begriffen und schätzen gelernt, wie wichtig die Arbeit des Landkreistages ist und die von *Hubert Meyer* im Besonderen war. Wir haben sehr gut zusammengearbeitet und er hat die Landkreise sehr unterstützt. Das war ein Segen.

Auf dem Weg zur Länderbildung und darüber hinaus

All das zuvor Gesagte geschah – es gab noch nicht mal das Land Mecklenburg-Vorpommern, denn das wurde erst nach der Einheit Deutschlands gegründet – im Oktober 1990. Es wurden dann fleißig Mitarbeiter qualifiziert. Das war notwendig und wichtig, weil alle alles neu erlernen mussten.

1992 wurde das Vorpommersche Studieninstitut gegründet, das heute noch existiert. Das Bielefelder Studieninstitut stand Pate und hat uns über Jahre sehr treu zur Seite gestanden. Auch die Mecklenburger gründeten ein Studieninstitut und wir schafften es 2008 sogar, aus den beiden Studieninstituten eines zu machen. Das heutige Studieninstitut Mecklenburg-Vorpommern hat seinen Sitz in Greifswald und sehr dazu beigetragen, dass die Beschäftigten in den Verwaltungen heute in hoher Qualität ihre Arbeit durchführen.



Mitte Januar 2004 fand ein Gespräch mit der damaligen Spitze der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu kommunalpolitischen Fragen statt. Unser Foto zeigt v.l.n.r.: DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, stellv. CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Dr. Gerda Hasselfeldt, Dr. Hubert Meyer (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern), CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Dr. Angela Merkel, DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) sowie den Vorsitzenden des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern, Landrat Wolfhard Molkentin (Nordvorpommern).
Foto: DLT

1994 ist der Landkreis Grimmen, dem ich als Landrat vorstand, durch die erste Gebietsreform in den Landkreis Nordvorpommern übergegangen, der sich aus den drei Landkreisen Stralsund, Ribnitz-Damgarten und Grimmen gebildet hat. Mittlerweile steht erneut eine Verwaltungsneugliederung an – es bleibt abzuwarten, wie diese durchgeführt werden kann und ob das Gesetz, das dazu in Vorbereitung ist, akzeptiert wird. Wie Sie wissen, haben wir fünf Kreise vor einigen Jahren erfolgreich vor dem Landesverfassungsgericht beklagt – und auch darauf bin ich stolz.

Es verbleibt mir noch, dem Deutschen Landkreistag und seinem Präsidium zu danken, dass der Ereignisse von 1989/1990 gedacht wird, die uns die Einheit unseres Vaterlandes wiederbrachten. Diese Erinnerung müssen wir wach halten. Ich persönlich bin heute noch genauso dankbar wie am 3. Oktober 1990 und jeden Tag dazwischen, dass ich meinen Lebensraum, die Einheit unseres Vaterlandes, erleben durfte und dass ich 18 Jahre hauptamtlich und jetzt auch noch etwas ehrenamtlich die Einheit mitgestalten durfte und darf. ■

Landrat a.D. Wolfhard Molkentin, Landkreis Nordvorpommern

„Deutsche Einheit – besser als ihr Ruf“

In der Umgebung des dritten Oktobers erlebe ich es eigentlich jedes Jahr, dass Journalisten noch einmal hören wollen, wie ich den Stand der Deutschen Einheit beurteile. Die erste Frage lautet immer: „Was ist verkehrt gelaufen?“ Das ist ja ganz schön, dass man sich für die Fehler interessiert. Aber an dieser Frage zeigt sich auch, dass wir die Deutsche Einheit nun schon seit 17 Jahren unter Pleiten, Pech und Pannen abhandeln. Das finde ich ziemlich ungerecht. Deshalb habe ich auch mit einer Sammlung von nicht ganz richtigen Behauptungen zur Deutschen Einheit begonnen, aus der mein Buch zu den wichtigsten Irrtümern über die Deutsche Einheit hervorgegangen ist. Dieses handelt nicht von Irrtümern, die beim Vollzug der Deutschen Einheit gemacht worden wären – davon könnte ich auch einige nennen –, sondern von Irrtümern, die sich im Publikum über das Mögliche oder Unmögliche des Einigungsprozesses verbreitet haben.

Die zweite Frage, die mir bei solchen Anlässen immer gestellt wird, lautet: „Wann ist die Deutsche Einheit vollendet?“ – Also, diese Frage liebe ich ganz besonders! Man könnte ja auch einmal bei einer Ehe fragen: Wann ist die eigentlich vollendet? Es gibt ja dieses alte Wort: „Er hat sein Leben vollendet“ als Bezeichnung für den Tod. Vollendet kann nur etwas sein, das fertig und abgeschlossen ist. Und deswegen kann ich uns allen zusagen, in Sachen Deutscher Einheit wird es immer irgendwelche Probleme geben! Gehen Sie nicht davon aus, dass es im innerdeutschen Zusammenleben jemals einen vollendeten Zustand geben wird.

Warum wird die Deutsche Einheit mit Vorliebe unter „Pleiten, Pech und Pannen“ abgehandelt? Sicher spielt dabei eine Rolle, dass gute Nachrichten den Adrenalinpiegel nicht anheben und als langweilig gelten. Nur was aufregt, steigert die Auflagen und die Einschaltquoten. Es ist aber nicht ganz ungefährlich, dass wir uns auf diese Weise – vielleicht auch nur unterschwellig – einen Eindruck von dem Prozess der Deutschen Einheit aneignen, den man auf die Formel bringen könnte: Alles ziemlich schlecht gelaufen. Nun gibt es eine Vielzahl von Befragungen aus den neuen Bundesländern – allein in diesem Jahr eine, die sich auf Sachsen-Anhalt und eine, die sich auf Brandenburg bezieht –, die eine seltsame Diskrepanz belegen. Befragt, wie sie ihre persönliche Lage seit der Deutschen Einheit beurteilen, antworten ungefähr 70 Prozent der Ostdeutschen: „gut“ oder „kann nicht klagen“. Befragt nach der wirtschaftlichen Lage in den neuen Bundesländern allgemein antworten wiederum ungefähr 70 Prozent: „schlecht“. Wir haben also das Phänomen vor uns, dass einerseits sehr viele mit ihrer persönlichen Lage zufrieden sind, und andererseits wiederum eine beachtliche Mehrheit die Lage im Lande schlimm findet. Nun nehme ich mal an, dass die Leute sich über ihre eigene Lage nicht so leicht irren. Nur bei bestimmten Krankheitsbildern kommt es vor, dass die Kranken sich für gesund halten. Ob es einem gut oder schlecht geht, weiß man in der Regel ganz gut. So müssen wir wohl doch davon ausgehen, dass nicht wenige die Lage in unserem Land zu Unrecht schlecht einschätzen. Die Mehrheit ist zufrieden, jeder hält sich aber für eine Ausnahme.

Wir führen unsere Einigungsdebatten mit Scheuklappen. Ost und West sind auf einander fixiert. Vielleicht ist das unvermeidlich. „Warum sind die Ostdeutschen immer noch so anders als wir?“ lautet eine der Fragen – als wenn es nicht auch West-„Macken“ gäbe, die man nicht unbedingt kopieren muss. Ich nehme mal an, dass die „Macken“ in Ost und West ungefähr gleich verteilt sind. Eine zweite Frage lautet: „Warum geht es uns immer noch schlechter als dem Westen?“ – als sei es ausgemacht, dass unter den gegebenen Umständen bei gutem Willen die Folgen von vierzig Jahren DDR in 17 Jahren völlig zum Verschwinden hätten gebracht werden können. Wir führen dabei einen Wettstreit ums

Bedauern: Wer hat mehr zu leiden unter den Folgen der Deutschen Einheit, Ost oder West? Nichts scheint begehrt zu sein im vereinigten Deutschland als der Opferstatus. Denn dann hat man Anspruch auf einen Opferbonus. Und insofern erscheint das Klagen als das beste Geschäft. So jammern wir uns um die Wette durch die Jahre. Mit diesen Scheuklappen nehmen wir gar nicht hinreichend wahr, was seit 1989 geschehen ist und bewältigt werden musste. Und deshalb sind auch die Erfolge selten oder nie im Blick. Um die zu bemessen, müssen wir uns klarmachen, dass es bei der Deutschen Einheit im Osten nicht um einen, sondern um vier Prozesse ging. Für ein gerechtes Urteil muss man sie unterscheiden, obwohl sie miteinander verschränkt sind.

Der erste Prozess: Die Herbstrevolution von 1989

Der erste dieser Prozesse war die Herbstrevolution von 1989. Die unvermeidliche Folge jeder Revolution ist – *erstens* – ein Elitenwechsel. Nach jeder Revolution gibt es Verlierer – sonst war sie keine. Das Problem ist nur, ob es sich dabei um die Richtigen handelt. Deshalb ist es eines der Probleme, die wir mit der Deutschen Einheit haben, dass diejenigen, die 1990 oder 1991 ihre Arbeit verloren haben, natürlich nicht nach Gerechtigkeitskriterien, sondern nach ökonomischen Kriterien arbeitslos geworden sind, und das ist oft – unvermeidbar – zweierlei. Deshalb prüfe ich bei den vielen Leserbriefen, in denen mir vorgeworfen wird, dass ich die DDR schlechtmache, immer sehr genau, ob der Brief von jemandem stammt, der verständlicherweise über sein Schicksal klagt, oder ob mir jemand geschrieben hat, der sich unverständlicherweise über sein Schicksal nach 1990 beschwert.



Richard Schröder (2.v.r.) wurde 1943 im sächsischen Frohburg geboren. Nach dem Studium in Naumburg und Berlin war er Pfarrer in Wiederstedt am Harz. 1990 wurde er Mitglied der Volkskammer der DDR und dort Vorsitzender der SPD-Fraktion. Von Oktober bis Dezember 1990 gehörte er dem Bundestag an. 1991 wurde er an die Humboldt-Universität berufen, wo er von 1993 bis 2009 den Lehrstuhl für Philosophie an der Theologischen Fakultät innehatte und bis Mitte 2000 Vizepräsident war. Er war Mitglied des Nationalen Ethikrates und von 1993 bis Januar 2009 Verfassungsrichter des Landes Brandenburg. Wie dieser knappe und natürlich keineswegs vollständige Lebensabriss zeigt, hat Richard Schröder den Prozess der Deutschen Wiedervereinigung an vorderster Front aktiv mitgestaltet. Er hat ihn aber auch stets kritisch begleitet und immer um wechselseitiges Verständnis für die spezifischen Sorgen und Nöte diesseits und jenseits der ehemaligen innerdeutschen Grenze geworben. Das ist auch der Tenor seines Buches: „Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit“. Es sind insgesamt 32 Irrtümer, die uns dort vor Augen geführt werden. Der Bogen spannt sich von der oft zu hörenden These, die Bürger der DDR hätten ihr Schicksal 1990 nicht selbst in die Hand nehmen können, bis hin zu dem Vorwurf, ohne den „Osten“ ginge es Deutschland besser. Richard Schröder tritt solchen Vorurteilen entschieden entgegen, wendet sich gegen die vielleicht typisch deutschen Eigenschaften der Besserwisseri und des Jammerns und spricht wohl nicht zu Unrecht davon, dass an die Stelle der früher oft beklagten Unfähigkeit zu trauern eine Unfähigkeit zur Freude getreten ist. Das ist sein entscheidender Punkt: die Deutsche Einheit ist nicht gescheitert, sondern sie ist – bei allen Problemen, vor denen man selbstverständlich nicht die Augen verschließen darf – eine Erfolgsgeschichte. Foto: Mark Frantz

Für die Herbstrevolution 1989 wurde der angesprochene Elitenwechsel in der ersten freien Volkskammerwahl am 18.3.1990 und den ersten freien Kommunalwahlen am 6.5.1990 sichtbar vollzogen. Ich finde es nach wie vor ganz erstaunlich, dass sich landesweit hinreichend viele Menschen bereitgefunden haben, in die Politik zu gehen und auf diese Weise einen personellen Wechsel – auch in den Kommunen – zu ermöglichen. Man hat sie vom Westen aus gern als Laienspieler betitelt und dabei offenbar übersehen, dass Politprofis nicht zu haben waren. Denn die bisherigen Profis waren ja Profis für etwas anderes. Natürlich gibt es den LPG-Vorsitzenden, der nach 1990 Bürgermeister wird – und alle sind zufrieden, weil er sein Geschäft beherrscht. Aber als das Politbüro nach *Honeckers* Rücktritt auch Glasnost praktizieren wollte, kam es zu einer so glücklich verunglückten Pressekonferenz, dass plötzlich die Mauer offen war.

Zweitens: Eine Revolution, das Ende einer Diktatur, stellt immer das schwierige Problem der Vergangenheitsbewältigung. Täter und Opfer stehen sich gegenüber. Hier geht es um die Aufarbeitung der Stasi- und SED-Vergangenheit. Was das Erstere betrifft, können wir uns auch ganz gut sehen lassen. Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen ist in meinen Augen in diesem Sommer zu Unrecht so massiv in die Kritik geraten. Im Vergleich mit den anderen ehemals sozialistischen Ländern haben wir den großen Vorzug, dass in Wahlkämpfen die Vorwürfe der Stasi-Mitarbeit selten instrumentalisiert werden konnten. Weil die Akten zum Teil vernichtet, zum Teil nicht zugänglich sind, gibt es demgegenüber in Polen, Ungarn und anderen ehemals sozialistischen Ländern das Problem, dass während eines Wahlkampfes entsprechende Behauptungen gestreut, aber nicht hinreichend schnell überprüft werden können. Wir sollten uns daher klarmachen, was wir der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zu verdanken haben.

Und *drittens* löst jede Revolution unvermeidlich erhebliche Orientierungsprobleme aus. Das Bisherige gilt nicht mehr, die bisherigen Autoritäten sind diskreditiert, was gilt jetzt? Die Gewalttätigkeiten, die wir im Osten überproportional bei Jugendlichen beobachten können, haben zu einem Teil auch damit zu tun. Natürlich – ich konnte das bei meiner Tochter, die damals noch zur Schule ging, beobachten – gab es Lehrer, meistens in den Naturwissenschaften, deren Autorität durch den Zusammenbruch der DDR nicht beschädigt wurde. Es gab aber auch Lehrer, die mit Autoritätsverlusten zu kämpfen hatten, weil sie vor der Wende etwas anderes gesagt hatten als danach. Solche Autoritätsverluste erzeugen Probleme – zumal dies in den Elternhäusern auch so gewesen ist. Insoweit herrscht bis heute ein großes Schweigen zwischen den Generationen. Die jungen Menschen aus Funktionärsfamilien sind zwar kommunikativ offen mit ihren Altersgenossen, aber dass sie zu Hause die Auseinandersetzung mit ihren Eltern, die Träger des SED-Regimes waren, suchen oder auch nur versuchen, ist mir eher zweifelhaft.

Das war der erste Prozess, die Herbstrevolution. Es ist sehr bedauerlich, dass der Ausdruck Revolution nicht mehr geschätzt wird. Ich weiß zwar auch nicht, warum dieser Ausdruck in Misskredit gefallen ist, habe aber den Verdacht, dass der Westen „denen im Osten“ eine Revolution nicht zutraut nach dem Motto: Wenn wir das nicht gemacht haben, kann es auch keine Revolution gewesen sein. Das ist aber nicht der einzige Grund für das Verschwinden dieses Ausdrucks. Seine fehlende Wertschätzung ist auch dadurch bedingt, dass die Herbstereignisse der Ostdeutschen verschüttet sind durch die Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Ich halte es für eine große Ungerechtigkeit, dass dieser wirtschaftliche Zusammenbruch immer noch von sehr vielen der Treuhänder und den Westdeutschen, und nicht der SED angelastet wird. Das ist ein Problem, das sich nicht erledigt hat. Denn ich sage Ihnen, dass diese Stimmung des Betrogenseins für die politischen Optionen natürlich von Bedeutung ist. Deshalb bin ich gerne bereit, mich für die Behauptung prügeln

zu lassen, es sei die Wirtschaftspolitik der SED gewesen, die die Katastrophe des wirtschaftlichen Zusammenbruchs im Wesentlichen bedingt habe. So gesehen muss man die Währungsunion als einen Offenbarungseid verstehen, durch den die tatsächliche Leistungskraft der DDR Wirtschaft zutage trat.

Der zweite Prozess: Die staatliche Vereinigung

Der *zweite* Prozess ist die staatliche Vereinigung. Diese wird oft als Übernahme der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnungen der Bundesrepublik durch den Osten beschrieben. Das ist sicher richtig. Aber wir sind selten bereit, uns klarzumachen, dass sich die Deutschen aus eigener Machtvollkommenheit gar nicht vereinigen konnten. Völkerrechtlich war nämlich der Zweite Weltkrieg noch nicht beendet. Die Siegermächte hatten sich die Zuständigkeit für Deutschland als Ganzes vorbehalten. Das hat man im Westen nicht so deutlich gemerkt. Wir im Osten haben das natürlich stärker gespürt, sofern wir darunter gelitten haben, von Verwandten im Westen getrennt zu sein. Wir haben stärker darunter gelitten, dass die Deutsche Einheit nicht möglich ist, wie wir annehmen mussten.

Ich will Sie daran erinnern, dass sich zum Jahreswechsel 1989/90 lediglich zwei europäische Regierungschefs für die Deutsche Einheit ausgesprochen hatten, nämlich der spanische und der irische – also nicht diejenigen, auf die es gerade ankam. Der italienische Politiker *Andreotti* hatte gesagt: „Wir lieben Deutschland so sehr, dass wir am liebsten zwei davon haben.“ Der französische Staatspräsident *Mitterrand* stattete der DDR Ende Dezember demonstrativ einen Staatsbesuch ab und schloss mit ihr ein fünfjähriges Handelsabkommen. *Lothar de Maizière* hat mir erzählt, dass er dem französischen Botschafter damals gesagt habe: „Ich habe Zweifel, ob die DDR die Dauer ihres Handelsvertrages überstehen wird.“ Darauf habe der Botschafter geantwortet, der französische Präsident sei in dieser Frage leider beratungsresistent. Und so ist es wirklich eine sehr große Leistung *Helmut Kohls* gewesen, dass er den in diesem Akt zum Ausdruck kommenden Misstrauen gegenüber der Idee der Deutschen Einheit bei *Mitterrand* im Zuge eines Politikstils vom Typ der Männerfreundschaft hat ausräumen können, den viele belächelt haben, der aber mit Vertrauen zu tun hat: *Mitterrand* hat darauf vertraut, dass das, was *Helmut Kohl* in die Wege geleitet hat, von ihm mitgetragen werden konnte. Wenn das Verhältnis der beiden von Misstrauen geprägt gewesen wäre, hätte *Mitterrand* darauf bestanden, dass die DDR mindestens so lange bestehen müsse wie sein Handelsvertrag! *Margret Thatcher* berief eine Historiker-Konferenz ein, um von ihr klären zu lassen, was von der Deutschen Einheit zu erwarten sei, und die Times beschwor die Gefahr eines „Vierten Reichs“. Von der Sowjetunion war zwar zu erwarten, dass *Gorbatschow* einer inneren Reform der DDR zustimmt, aber doch nicht, dass er den westlichen Vorposten des Imperiums aufgibt. Bei der Vereinigung ist also immer eine außenpolitische Dimension mitzudenken und nicht nur der Beitritt in den Blick zu nehmen.

Der dritte Prozess: Die Transformation von der Diktatur zur Demokratie

Die staatliche Vereinigung war nicht so einfach wie seinerzeit der Beitritt des Saarlands zur Bundesrepublik, denn nun war im Osten – als dritter Prozess – eine zweifache *Transformation* nötig: von der Diktatur zur Demokratie und von der zentralistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Es gibt dafür keine Vorläufer. Das ist ein interessantes Phänomen: Es gibt zwar viele Bücher über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus – über den umgekehrten Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus hat dagegen niemand Bücher geschrieben. Es gibt aber sozusagen Mitläufer, nämlich alle anderen ehemals sozialistischen Länder Europas. Die mussten diesen Prozess allerdings ohne Vereinigung mit einem prosperierenden westlichen Land absolvieren.

Der vierte Prozess: Aufholung des technologischen Rückstands

Die Transformation der DDR-Wirtschaft war aber nicht nur ein organisatorisches Problem. Das war schon groß genug. Die Betriebe mussten aus der Verflechtung mit dem Staatshaushalt und der politischen Kommandostruktur herausgelöst, in neue Rechtsformen überführt werden und sich selbst um ihre Produkte und ihren Absatz kümmern. Es musste aber – und das ist der vierte Prozess – außerdem ein *technologischer Rückstand* von zehn bis zwanzig Jahren aufgeholt werden, wie er am Vergleich von Trabant und Golf augenfällig war. Diesen Vergleich nehmen mir dann auch wieder manche übel und verweisen auf ein frisch importiertes Walzwerk in Eisenhüttenstadt, das auf dem technologisch neuesten Stand gewesen sei. Es ist zwar richtig, dass es so etwas gab – nur leider zu selten, darin liegt das Problem. Gerade traditionell hochrangige Produktionszweige wie die optische Industrie, die in optischer und feinmechanischer Hinsicht immer noch Weltspitze war, stellte keine am Markt verkäuflichen Produkte mehr her, weil sie die Elektronisierung verpasst hatten.

Das sind die vier Prozesse. Die Vereinigung fand zwischen zwei sehr ungleichen Partnern statt. Das konnte gar nicht anders sein. Ein Fünftel kam zu vier Fünfteln. Ein Staat in Auflösung kam zu einem stabilen Staatswesen, das zwar Reformbedarf hatte, den es vor sich herschob, das aber keinen Revolutionsbedarf hatte. Ein Staat, dem der Staatsbankrott bevorstand, kam zu einem finanziell wohlhabenden, der sich gerade von einer Krise erholt hatte. Für vier Fünftel blieb zunächst alles beim Altbewährten, während sich für ein Fünftel alles änderte. Das eine Fünftel hat von den vier zitierten Prozessen drei alleine durchlaufen – nur die Vereinigung hat alle betroffen. Diese Asymmetrien sind nicht durch Fehlentscheidungen entstanden, sondern bildeten die Exposition des Einigungsprozesses.

Maßstäbe zur Beurteilung des Standes der Deutschen Einheit

Und nach welchen Maßstäben können wir Erfolg und Misserfolg des Einigungsprozesses beurteilen? Ich kenne vier Maßstäbe, an denen plausibel bemessen werden kann, wie es mit der Deutschen Einheit steht.

Erster Maßstab: Wie wird der Stand der Deutschen Einheit von außen, also im internationalen Vergleich beurteilt?

Ein Italiener hat bemerkt, sie sei weiter fortgeschritten als die italienische. Er hat recht. Palermo und Mailand sind natürlich in einer ganz anderen Weise zwei Welten als Rostock und Lübeck. Natürlich haben wir folgendes Glück: Die traditionelle Gliederung Deutschlands, also die traditionellen Unterschiede sind im Wesentlichen zwischen dem Norden und dem Süden angesiedelt: Das Hoch- und das Plattdeutsche, auch der konfessionelle Unterschied, denn Norddeutschland ist weit überwiegend protestantisch und in Süd- und Westdeutschland dominiert der Katholizismus. Die ost-westliche Teilung, die Zonengrenzen sind glücklicherweise ohne Rücksicht auf solche historischen Komponenten gemacht worden, so dass also die Hessen und die Thüringer oder die Schleswig-Holsteiner und die Mecklenburger sich landsmannschaftlich einander näher sind als Mecklenburger und Thüringer. Auch zu DDR-Zeiten gab es im Übrigen schon ein Nord-Süd-Problem: Weil Sachsen der volkreichste Bezirk in der DDR war und die Sachsen im Sommer immer alle an die Ostsee drängten, gab es dort den Spruch: Hast Du drei Minuten Zeit, schlage einen Sachsen breit.

Die Deutsche Einheit ist offenbar auch weiter fortgeschritten als die belgische. Es gibt in Europa hier und da separatistische Bewegungen, bloß nicht in Deutschland. Nicht einmal die PDS/DIE LINKE fordert die Wiederherstellung der DDR.

Zweiter Maßstab: Einheit in der deutschen Geschichte

Deutschland ist schon immer ein pluraler Staat gewesen und seit der Reformation auch konfessionell gespalten. Nach dem Drei-

Bigjährigen Krieg hat man es aber gelernt, mit den Konfessionsunterschieden zu leben, wohingegen Frankreich das Prinzip „ein König, ein Gesetz, ein Glauben“ mit unglaublich vielen Todesopfern durchgesetzt hat. Das hat uns hier in Brandenburg eine Art von Wirtschaftshilfe durch die hochqualifizierten Hugenotten verschafft. Wir sind also im Umgang mit Unterschieden geübt. Was allerdings vom Westen aus übersehen wird, sind die gewaltigen Unterschiede innerhalb des Ostens. Ich muss mich doch sehr dagegen wehren, dass viele Leute offenbar denken, die PDS bzw. DIE LINKE sei der authentische Vertreter der Ostdeutschen. Selbst wenn diese Partei Stimmenanteile von 25 oder 27 % erreicht, ist es doch ein merkwürdiges Demokratieverständnis, wenn man sie dann zum authentischen Sprecher erklärt und die übrigen 75 %, die aus guten Gründen diese Partei nicht wählen, dann sozusagen unter den Tisch fallen lässt. Ich möchte doch sehr darum bitten, die Proportionen nicht aus dem Blick zu verlieren, obwohl die Wahlergebnisse der PDS und jetzt der LINKEN beachtlich sind.

Es gab in Leipzig Veranstaltungen, bei denen ehemalige Funktionäre der SED und DDR-Oppositionelle aufeinander stießen. Da flogen die Fetzen. Es wird oft übersehen, dass die Gegensätze, die wir innerhalb des Ostens haben, vielfach mindestens so heftig sind wie die, die es zwischen Ost und West geben kann.

Es gibt in den östlichen Bundesländern einen tiefgreifenden Bevölkerungsrückgang. Dieser beruht allerdings nur zur Hälfte auf Abwanderung, die andere Hälfte ist Folge des Geburtenrückgangs nach 1990. Die Abwanderung ist bedauerlich und hat für die betroffenen Gegenden höchst unangenehme Folgen. Mit Blick auf die Frage der Einheit ist allerdings interessant, dass man nichts davon hört, dass die in den Westen Abgewanderten Integrationsprobleme hätten, Sonderversammlungen bildeten und sich isolierten. Oststammische wird es schon geben, aber man kann nicht von Integrationsproblemen sprechen. Und das kontrastiert im Besonderen mit den Spätaussiedlern aus Russland, die meistens ja nicht mal die deutsche Sprache beherrschen und die nicht nur im Osten, sondern auch im Westen oft ganz erhebliche Integrationsprobleme haben.

Dritter Maßstab: Die anderen ehemals sozialistischen Länder

Überall war der Transformationsprozess mit schweren wirtschaftlichen Verwerfungen und hoher Arbeitslosigkeit verbunden. In Polen liegt die Arbeitslosenquote – die Zahlen stammen vom letzten Jahr – im landesweiten Durchschnitt bei 18 %. In Prag ist die Arbeitslosigkeit mit 5 % zwar sehr niedrig, in Nordböhmen beträgt sie dagegen wiederum 18 %. Die hohe Arbeitslosigkeit ist also keine ostdeutsche Proprietät. Auch die Abwanderung ist kein auf Ostdeutschland begrenztes Phänomen. Sie findet bspw. auch in Polen statt, dort insbesondere nach Großbritannien. Überall sitzen postkommunistische Parteien in den Parlamenten, öfter auch in Regierungen. Überall sind das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung sehr wechselhaft und im Übrigen niedriger als in den neuen Bundesländern. In Polen lag die Wahlbeteiligung zuletzt bei 57 %. Das wird besonders hervorgehoben, weil dies eine Steigerung von 17 % gegenüber der letzten Wahl bedeutet. Demgegenüber liegt in den neuen Bundesländern die Beteiligung an Bundestagswahlen bei ungefähr 80 %. Dieser Vergleich lässt den Schluss zu, dass es in den übrigen ehemals sozialistischen Ländern – aufgrund von unterschiedlichen Frustrationserfahrungen – eine Erschlaffung der Wahlbereitschaft gibt, die in den neuen Bundesländern offenkundig schwächer ausgeprägt ist. Überall gibt es leider auch nationalistischen Radikalismus. Überall gibt es das Problem des Elitenwechsels, zermürbende Auseinandersetzungen um die Vergangenheit und um Eigentumsfragen. All das und mehr erscheint vielen Westdeutschen als typisch Ost, ist aber in Wahrheit typisch posttotalitär.

Bei diesem Vergleich schneidet Ostdeutschland sehr gut ab. Dank der Vereinigung konnten die Schmerzen dieses Prozesses in Ostdeutschland namentlich für die Rentner und Arbeitslosen erheb-

lich abgedeckt werden. Auch dazu ein Vergleich: In Polen bekommen die Arbeitslosen nur ein Jahr Unterstützung und danach gar nichts mehr. Das empfinde ich natürlich nicht zur Nachahmung, aber man muss auch sagen können, dass es im Osten ohne Vereinigung wegen fehlenden Geldes wohl so ähnlich wäre.

Vierter Maßstab: Der Vergleich der Lebensbedingungen in der DDR mit unseren heutigen

Die Forderungen der ostdeutschen Demonstranten von 1989 sind erfüllt: Stasi raus, Reisefreiheit, freie Wahlen, Einheit Deutschlands – auch wenn man nicht unterschlagen sollte, dass in der Folge ganz andere Probleme aufgetreten sind, an die damals noch keiner denken konnte.

Wenn ich eine Bilanz ziehe, nenne ich an erster Stelle den Freiheitsgewinn und denke dabei nicht zuerst an die Reisefreiheit, sondern an die Freiheit von der Angst vor Verhaftung. Noch im Sommer 1989 wurde von SED-Funktionären an Kirchenleute vertraulich die Warnung weitergegeben, der Platz des Himmlichen Friedens sei näher als manche denken. Gemeint war die blutige Niederschlagung der Demonstrationen in Peking, die *Egon Krenz* ausdrücklich gelobt hatte. Damit wollte man entweder Angst machen – oder man wusste, dass die gewaltsame Niederschlagung von Demonstrationen nach dem 40. Jahrestag der DDR geplant waren. Tatsächlich war zum 9.10.1989 alles vorbereitet, um die Leipziger Montagsdemonstration gewaltsam niederzuschlagen. Die Krankenhäuser waren mit zusätzlichen Blutkonserven beliefert und das AGRA-Gelände in Markkleeberg zur Internierung der Demonstranten vorbereitet. Es kam aber kein Einsatzbefehl aus Berlin und die Sicherheitskräfte zogen sich zurück, weil sie befürchteten, mit der unerwartet hohen Anzahl von Demonstranten nicht fertig zu werden.

Als zweites nenne ich die Freiheit von ideologischem Zwang. Ich denke dabei nicht nur an die Zeitungen, sondern zuerst an die Schule. Natürlich kann man über das Schulsystem in der DDR nicht nur Schlechtes sagen. Als *Kurt Biedenkopf* mit Blick auf die Einführung eines 13. Schuljahres einen Leistungsvergleich initiierte, schnitten die ostdeutschen Schulen gar nicht so schlecht ab – was auch andere Länder zu der Überlegung veranlasste, die Schulzeit auf zwölf Jahre zu verkürzen. Gerade die mathematischen und die naturwissenschaftlichen Lehrbücher aus DDR-Zeiten werden didaktisch sehr gelobt. Aber umso mehr musste man die Geschichtslehrbücher tadeln. Was ich damit sagen will: Ich neige nicht dazu, alles schlechtzumachen, aber der ideologische Zwang in Staatsbürgerkunde, Geschichte und zu erheblichen Teilen eben auch in Deutsch war immens. Als Eltern befand man sich deshalb in der schwierigen Situation, seinen Kindern beizubringen, dass vieles, was in der Schule unterrichtet wurde, nicht stimmte, und zwar möglichst, ohne die Autorität der Lehrer zu beschädigen, und mit Hilfe von Argumentationen, die einen nicht gleich als Klassenfeind erscheinen ließen.

Nun zu den ökonomischen Seiten. Dazu nur soviel: Die Ostdeutschen haben einen mit den anderen ehemals sozialistischen Ländern unvergleichlichen Wohlstandsgewinn erfahren, ohne dass gleichzeitig – wie in Russland und anderen ehemals sozialistischen Ländern – die Unterschiede zwischen Arm und Reich extrem auseinandergegangen wären. Es sind im Zuge der Deutschen Einheit nicht so sehr viele im Osten zu Milliardären geworden. Ich nehme an, gar keiner. Während sich in jenen anderen Ländern nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus die Lebensbedingungen und Einkommen über Jahre rapide verschlechterten, kam es nach 1990 im Osten zu beachtlichen Lohnsteigerungen. Die haben auch eine problematische Seite, auf die noch einzugehen ist. Jedenfalls hat die Ausstattung der Haushalte mit technischen Gütern den westlichen Standard erreicht, und zwar in einem Bruchteil der Zeit, die erforderlich war, jenen Standard im Westen zu erreichen.

In der DDR herrschte bis zuletzt Wohnungsmangel. *Honecker* wollte zwar das Wohnungsproblem bis 1990 lösen. Da er das

nicht schaffte, wurde verfügt, dass Wohnungssuchende nicht mehr erfasst werden sollen. Man wollte das Problem ersatzweise durch geschönte Statistiken lösen. Heute haben wir mit dem Gegenteil zu kämpfen, nämlich Leerstand. Auch der macht erhebliche Probleme. Trotzdem sollten wir doch nicht vergessen, dass der Wohnungsmangel behoben ist und dass sich die Qualität der Wohnungen ganz erheblich verbessert hat.

Manche sagen, das Gesundheitswesen sei in der DDR besser gewesen. Das ist falsch. Für manche Krankheiten gab es Medikamente und Operationen nur im Westen – oder im Regierungskrankenhaus, aber nicht für Otto Normalverbraucher. Im letzten Jahrzehnt der DDR bestand immerhin die Möglichkeit, sich – auf Kosten der Verwandten im Westen – Medikamente schicken zu lassen, wenn das Rezept eines DDR-Arztbesuches vorlag. Seit 1990 ist die Lebenserwartung im Osten um fünf Jahre gestiegen, das heißt doppelt so schnell wie im Westen. Sie ist jetzt in Ost und West etwa gleich. Auch das hat Milliarden gekostet, wobei insbesondere die Verbesserung des Krankentransportes zur Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung beigetragen hat.

Das Bildungswesen entspricht westlichem Standard. Schließlich sind mit ungeheuren Kosten die massiven Umweltschäden beseitigt worden, die die DDR hinterlassen hat. Am gefährlichsten waren die beim Uranbergbau (Kosten: 6,2 Mrd. Euro). Aber auch der Braunkohleabbau hatte Wüsten hinterlassen, die nun zu Seenlandschaften werden.

Die Städte und Dörfer haben ihr Gesicht wiederbekommen. In den sechzehn Jahren seit der Vereinigung ist weit mehr renoviert worden als in vierzig Jahren DDR. Die Infrastruktur, Straßen, Schienen, Telekommunikation, Strom, Wasser, Abwasser haben im Ganzen westliches Level erreicht.

Fehler, die bei der deutschen Wiedervereinigung gemacht wurden

Natürlich sind bei der Wiedervereinigung auch Fehler gemacht worden, aber meine Liste ist kurz und umfasst nur vier Punkte, weil ich mich auf Grundsätzliches beschränke. Dass vieles im Einzelnen auch anders hätte gemacht werden können, dass es auch viele Betrügereien gegeben hat, versteht sich von selbst. Es war nicht zu erwarten, dass sich die moralische Qualität der Deutschen mit dem Tag der Einheit sprunghaft verbessert.

1. Es wäre besser gewesen, wenn die Bundesregierung 1990 zu einer großen kollektiven Anstrengung aufgerufen hätte, statt die mit der Wiedervereinigung verbundenen Lasten zu verharmlosen. Ich weiß allerdings auch, warum *Helmut Kohl* das nicht gemacht hat: Als *Lafontaine* gesagt hat, die Einigungspolitik *Kohls* sei unbezahlbar und werde den Westdeutschen „auf die Füße fallen“, hat er dafür soviel Zustimmung erfahren, dass *Helmut Kohl* Zweifel an der Belastbarkeit der westlichen Solidarität bekommen hat. Man mag dies für kleingläubig halten. Aber es hätte in der Tat eine gewisse Portion Mut und der Glaube an das Gute in der westdeutschen Seele dazu gehört, um zu sagen: Das wird hart für alle, aber wir schaffen das. Gleichwohl wäre eine solche Vorgehensweise klüger gewesen, auch mit Blick auf die Zumutungen, die den Ostdeutschen auferlegt werden mussten.

2. Die Lohnerhöhungen im Osten sind wohl doch zu schnell und zu hoch ausgefallen. Das haben allerdings die Ostdeutschen nicht gefordert. Das ist ihnen auf dem goldenen Tablett herübergereicht worden, und zwar aus zwei Gründen: Die westlichen Gewerkschaften hatten natürlich überhaupt kein Interesse, dass im Osten ein Billiglohnland entsteht. Und stellen Sie sich vor, der Aufschwung Ost wäre mit spürbaren Arbeitsplatzverlusten im Westen einhergegangen. Glauben Sie, die Volksseele hätte das ausgehalten? Es gibt Beispiele im Kleinen, die das Gegenteil nahelegen. Trotzdem wäre es besser gewesen, den Lohnanstieg zu staffeln. Dann hätten einige Betriebe mehr die Umstellung geschafft.

3. Der Aufbau der sozialen Sicherungssysteme im Osten hätte aus Steuern und nicht aus Beiträgen finanziert werden müssen. Das hat die Lohnnebenkosten noch erhöht. Aber die Bundesregierung wollte Steueranhebungen aus Anlass der Deutschen Einheit möglichst vermeiden.

4. Die Übernahme der westdeutschen Rechtsordnung rechne ich nicht zu den Fehlern – aber es war unklug, sie in der ganzen Feinheit ihrer Regulierungsdichte zu übernehmen. Bloß: Hinter jeder Vorschrift steht eine Lobby, und es ist abzusehen, wie diese – insbesondere im Westen – auf alle Versuche einer Entschlackung reagiert hätten.

Irrtümer zur Deutschen Einheit

Was die schon angesprochenen Irrtümer angeht, will ich mich auf zwei beschränken.

1. Der eine Irrtum ist: Die Renten im Osten sind zu hoch! Die Statistik sagt ja tatsächlich, dass 2006 die durchschnittliche Männerrente Ost 5,6 % und die durchschnittliche Frauenrente sogar 29 % über den entsprechenden westlichen Durchschnittsrenten liegt. Und das – so scheint es – ist doch ungerecht. Es stellen sich allerdings zwei Fragen.

Die erste Frage lautet: Bekommt der Maurer Ost bei derselben Arbeitsbiografie eine höhere Rente als der Maurer West? Die Antwort lautet natürlich: Nein. Er bekommt keine höhere Rente, weil die Entgeltpunkte bei Ostrentnern (22,97 Euro) niedriger bewertet werden als bei Westrentnern (26,13 Euro). Ein Unterschied, mit dem man leben kann. Richtig ist aber auch: Die Rente im Osten ist nicht höher. Andererseits profitieren Ostrentner davon, dass ihre Erwerbsbiografie in der DDR keine Lücken durch Arbeitslosigkeit aufweist. Und sie haben bei ihrem Eintritt in den Ruhestand im Durchschnitt 45,1 Jahre gearbeitet, die Westdeutschen 40,3 Jahre.

Zweite Frage: Bekommt der Hochschullehrer Ost eine höhere Rente als der Hochschullehrer West? Die Antwort lautet, dass der Hochschullehrer West überhaupt keine Rente bekommt, sondern etwas viel Besseres, nämlich eine Pension. So etwas gab es in der DDR nicht, weil es keine Beamten gab. Da Ärzte, Architekten, Rechtsanwälte und Minister nur in der östlichen Rentenstatistik miteinbezogen werden, heben sie den östlichen Durchschnitt an, aber nicht die Rente des Kraftfahrers. Überdies beziehen viele westliche Rentner noch eine Betriebsrente und Einkommen aus Vermögen. Ein realistischeres Bild der tatsächlichen Verhältnisse ergibt sich aus einer Untersuchung des Bundesfamilienministeriums zu den durchschnittlichen Seniorennettoeinkommen in Ost und West. Auch das Ergebnis dieser Ermittlung ist nicht so, dass man Grund hätte, sich aufzuregen. Sie zeigt aber doch, dass der Westen auch in diesem Punkt vor dem Osten liegt: Das durchschnittliche Einkommen lag nämlich im Westen bei 1.641 Euro und im Osten bei 1.477 Euro. Bei Ehepaaren ist die Differenz niedriger. So haben Ehepaare in den alten Ländern durchschnittlich 2.211 Euro zur Verfügung, während sie in den neuen Ländern auf 1.938 Euro zurückgreifen können. Es gibt vor allem eine Berufsgruppe, bei der die Unterschiede deutlich spürbar sind, nämlich die Wissenschaftler, sofern sie nicht verbeamtet worden sind. Diese sind gegenüber ihren Kollegen im Westen extrem benachteiligt. Dass sie aber deswegen Not leidend seien, würde ich auch nicht unbedingt behaupten.

2. Der zweite Irrtum ist: Der Osten ist rechtsextrem und ausländergefährlich. Auf den ersten Blick sieht es allerdings so aus, als ob dies nicht zu den Irrtümern gerechnet werden darf, und natürlich gibt es einen Grund für diese Auffassung.

Klaus Schroeder und seine Mitarbeiter von der Freien Universität Berlin haben 2004 eine Studie über Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland vorgelegt, die auf der Befragung von 899 Schülern aus niedersächsischen, brandenburgischen, bayrischen und thüringischen Kleinstädten ohne besonders aus-

geprägtes rechtsextremes Milieu beruht. Die Untersuchung unterscheidet zwischen antizivilem Verhalten einschließlich Gewaltakzeptanz, Devianz, Intoleranz, Autoritarismus und Antisemitismus einerseits und Rechtsextremismus andererseits, die für den Nationalismus, Antisemitismus, Biologismus, Ausländerfeindlichkeit, Antiparlamentarismus und NS-nahes Geschichtsbild charakteristisch sind. Der Grund für diese Unterscheidung ist der, dass beides nicht immer gemeinsam auftritt.

Im engeren Sinne rechtsextrem eingestellt sind nach dieser Untersuchung 2,1 % der befragten Schüler, und zwar deutlich mehr männliche als weibliche Jugendliche, in etwa gleich viel in Ost und West, sehr viel mehr im Norden als im Süden.

Antizivile Einstellungen finden sich ebenfalls nur bei wenigen. Aber sehr viele Schüler lehnen antizivile Einstellungen nicht ab. Sie antworten also indifferent oder neutral. Sie finden also Gewalt gar nicht so schlimm. Das waren im Westen 29,9 %, im Osten aber 37,9 %. Bei Haupt- und Gesamtschülern sind es 53,8 %, bei Gymnasiasten 17,3 %. Eine höhere Gewaltakzeptanz bei ostdeutschen Jugendlichen wird auch durch zahlreiche andere Studien belegt.

Ich habe mir über die Gründe Gedanken gemacht und neige inzwischen zu der Deutung, die Gewaltbereitschaft könnte heute im Osten so groß sein, wie sie im Westen zu Großvaters Zeiten gewesen ist. D.h., dass im Westen in den letzten 30 Jahren die Sensibilität für Gewalt gestiegen ist, während diese Entwicklung im Osten nicht stattgefunden hat. Im Osten gibt es also keinen großen Sittenverfall zu beklagen. Vielmehr steht eine zivilisatorische Aufgabe vor uns, bei der im Übrigen nicht nur die Lehrer, sondern auch die Eltern und die Arbeitskollegen gefordert sind.

Wir benutzen den Rechtsextremismus als Sammelbegriff, obwohl sich zweierlei recht deutlich unterscheiden lässt. Nämlich der Rechtsextremismus der Parteien und der Rechtsextremismus der Jugendsubkultur. Das sind zwei Paar Schuhe. Das lässt sich auch daran erkennen, dass der Rechtsextremismus der Parteien genug westlich ist und der Rechtsextremismus der jugendlichen Subkultur genug östlich. Die rechtsextremen Parteien sind im Westen entstanden und beheimatet. Das lässt sich durch – allerdings nicht mehr ganz aktuelle – Zahlen belegen. Von den 6.000 Mitgliedern der Republikaner sind gerade 200 Ostdeutsche. Von 9.000 DVU-Mitgliedern sind 800 Ostdeutsche, während von 6.000 NPD-Mitgliedern 2.080 aus Ostdeutschland stammen. Letzteres hängt damit zusammen, dass die NPD ihren Schwerpunkt von Gießen nach Sachsen verlegt hat. Die vier NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag sind Westdeutsche, das gilt zum allergrößten Teil auch für die Fraktionsmitarbeiter. Und: Die rechtsextremen Parteien haben bisher insgesamt 12 Mal in westlichen Landtagen gesessen – das sollte nicht vergessen werden.

Gewaltbereite Skinheads und Neonazis sind dagegen im Osten stärker, und zwar relativ zur Bevölkerung ungefähr dreimal so stark. Auch Gewalttaten gegen Ausländer kommen ungefähr dreimal so häufig vor wie im Westen. Trotzdem halte ich es für ungerecht, wenn gesagt wird, nur der Osten sei rechtsextremistisch. Denn wie die Berichterstattung über die Ereignisse in Mügeln einerseits und Guntersblum andererseits bzw. die öffentliche Wahrnehmung dieser Vorgänge zeigt, ist die Bereitschaft unverkennbar, alles Böse im Osten zu suchen. Das mag damit zu tun haben, dass man im Westen die Geister des Nationalsozialismus für gebannt hält und befürchtet, im Osten kämen sie nun wieder hervor. Ich plädiere jedenfalls dafür, entschieden gegen entsprechende Übergriffe vorzugehen, zugleich aber jeden Generalverdacht zu vermeiden. Denn eines darf auch nicht vergessen werden: Jede Neonazidemonstration im Osten provoziert zahlenmäßig deutlich überlegene Gegendemonstrationen. ■

Die DLT-Hauptgeschäftsstelle im Lenné-Dreieck in Berlin

Der DLT residiert heute dort, wo einst die Brüder *Grimm*, *Hans Albers* und *Franz von Papen* gewohnt haben

Am 21.2.2000 hat die DLT-Hauptgeschäftsstelle ihre Arbeit – wieder – in Berlin aufgenommen, wo sie ihre Tätigkeit zu Beginn der Verbandsarbeit von 1917 bis 1933 in drei verschiedenen Räumlichkeiten ebenfalls ausgeübt hatte (A.). In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war dagegen – der historischen Nachkriegsentwicklung geschuldet – eine kleine Odyssee von Bad Godesberg über Höchst und Siegburg nach Bonn zurückzulegen, die mit der Verladung und Rückführung von Akten, Möbeln und technischem Gerät am 17./18.2.2000 nach Berlin in das inzwischen achte Domizil der DLT-Hauptgeschäftsstelle in der Lennéstraße 11 ihr Ende fand (B.).

A. Berlin 1916 – 1933

Der am 8.9.1916 im Sitzungssaal des Preußischen Landtages, des heutigen Berliner Abgeordnetenhauses, mitten im Ersten Weltkrieg gegründete Preußische Landkreistag nahm seine Tätigkeit Anfang 1917 unter der Geschäftsführung von *Ulrich von Hassell* in der Potsdamer Straße 23a in Berlin-Tiergarten auf. Wegen der sich „gehörig entwickelnden“ Arbeit mussten bereits im September 1919 größere Büroräume in der Königin-Augusta-Straße 14, dem heutigen Reichpietschufer, angemietet werden – sozusagen das Abschiedsstück des in den Auswärtigen Dienst wechselnden Gründungsgeschäftsführers.

Am 23.12.1924, nachdem 1922 der Verband auch auf der Reichsebene gegründet und etabliert worden war und mit dem Preußischen Landkreistag eine gemeinsame Geschäftsstelle vorhielt, wurde die Entscheidung für den Ankauf eines Geschäftsgebäudes unmittelbar am Potsdamer Platz auf dem Lenné-Dreieck in der Bellevuestraße 5a für 685.000 Reichsmark und gegen einen ebenfalls erwogenen Neubau der Geschäftsstelle im „neuen Westen“ getroffen – mit der Hutschenreuterschen Porzellan-Manufaktur als Mieter eines Ladengeschäfts im Erdgeschoss. Im März 1925 wurde die Geschäftsstelle im Rahmen einer Feierstunde förmlich eröffnet. Für diese Entscheidung waren nach den Ausführungen des seinerzeitigen Landkreistagsvorsitzenden *Achenbach* folgende Gesichtspunkte ausschlaggebend:

„Der Herr Geschäftsführer und seine Mitarbeiter legen ausschlaggebenden Wert auf die Erhaltung möglichst umfangreichen Verkehrs mit den Herren Kreisausschussvorsitzenden in der ganz zweifellos zutreffenden Auffassung, dass die lebendige Fühlung allein die Leitung des Landkreistages auf die Dauer vor doktrinärer Arbeitsrichtung und Entfremdung von der Praxis, wie sie bei den Ministerien so häufig beklagt wird, bewahren kann. Von allen denjenigen, die Berlin näher kennen und häufiger mündlich mit der Geschäftsstelle verkehren, wurde unzweideutig erklärt, dass sie dazu nur in der Lage seien, wenn ein Verwaltungsgebäude in unmittelbarer Nähe der Ministerien, Parlamente, der Geschäfts- und Hotelgegend, kurzum: im alten Berlin an günstiger Stelle, gewählt werde.“

Gut acht Jahre verrichtete der expandierende Landkreistag hier seine Arbeit – im August 1927 stark eingeschränkt durch einen größeren Brandschaden, im Jahre 1931 durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise, die zu starken finanziellen Einschnitten führte (Rückgang der Mietzahlungen, Wegfall der geplanten Hauptausschusssitzung, Gehaltskürzungen bei den Mitarbeitern etc.) –, die dann infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung am 30.1.1933 und die sich am 22.5.1933 anschließende Gleichschaltung der kommunalen Spitzenverbände jäh beendet wur-

de. Stattdessen wurde der gleichgeschaltete Deutsche Gemeindetag als Einheitsverband gebildet und im „Speer-Bau“ an der heutigen Straße des 17. Juni, wo derzeit die Berliner Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages residiert, angesiedelt. Förmlich wurde der Deutsche Landkreistag mit seinen Unterverbänden mit dem Gesetz über den Deutschen Gemeindetag vom 15.12.1933 aufgelöst. Am 13.9.1934 erreichte den Deutschen Gemeindetag eine Rechnung einer Fachfirma über ausgeführte Bauarbeiten am Hause Bellevuestraße 5a:

„Die Inschrift ‚Landkreistag‘ an der Fassade im Frontgiebel abgestemmt, die Wandflächen sauber verputzt einschl. Aufstellen und Niederbrechen des hierfür erforderlichen Leitergerüsts sowie Liefern aller Materialien und Beseitigung des Schuttes zum Gesamtpreis von RM 135,00).“

B. Von der Nachkriegszeit bis zum Jahr 2000

Die Wiederbegründung des Deutschen Landkreistages erfolgte am 10.2.1947 im Landratsamt in Höchst (Main-Taunus-Kreis). Die erste faktische Verwaltungsunterbringung des DLT in der Nachkriegszeit erfolgte in der Rheinallee 69 im kaum zerstörten Bad Godesberg. Hier waren die verbliebenen Reste des Deutschen Gemeindetages nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches untergekommen. „Die Musik spielte“ seinerzeit jedoch in Frankfurt am Main, dem Sitz der Verwaltung der Bizone. Mit Hilfe des Main-Taunus-Kreises gelang es dabei nach der Wiedergründung des Deutschen Landkreistages in Höchst, die Geschäftsstelle des DLT im Bolongaro-Palast in Höchst unterzubringen – und zwar in den provisorisch umgewidmeten Prunkräumen, was sich verwaltungstechnisch nicht als sonderlich funktional erweisen sollte.

Vom 4.12.1950 bis zum 22.7.1957 befand sich die DLT-Hauptgeschäftsstelle im Kreishaus des Sieg-Kreises (heute: Rhein-Sieg-Kreis) in Siegburg. Der Landrat des Sieg-Kreises machte in seinen Gremien deutlich, dass „kein Opfer zu groß sein sollte, um diese wichtige Dienststelle im Kreise unterzubringen.“ Gut sechseinhalb Jahre sollte diese Verbindung andauern. Am 30.4.1957 teilte dann jedoch der damalige Präsident des Deutschen Landkreistages, der Göppinger Landrat *Gustav Seebich*, dem Sieg-Kreis mit, dass sich das DLT-Präsidium entschlossen habe, den Sitz der Hauptgeschäftsstelle nach Bonn zu verlegen. Der Deutsche Landkreistag konnte eine Geschäftsstelle in Bonn in der Koblenzer Straße 136 (der späteren Adenauerallee) anmieten.

In der Folgezeit breitete sich die DLT-Hauptgeschäftsstelle in den angemieteten Räumlichkeiten in Bonn immer weiter aus und griff im Jahre 1961 zu, als das in Teilen angemietete Gebäude zum Verkauf stand. Das gesamte Gebäude wurde nach ausführlicher Beratung in der 74. Präsidialsitzung am 16./17.1.1961 in Frankfurt am Main erworben und zum 1.4.1961 übernommen. Außerdem wurde der Bau einer Dienstwohnung für den Hauptgeschäftsführer beschlossen.

Knapp 42 ½ Jahre sollte der Deutsche Landkreistag dann seine Arbeit vom Dienstsitz Bonn aus verrichten. Vor kurzem ist es ge-

¹⁾ Zur Gründungsgeschichte des Landkreistages ausf.: von der *Groeben/von der Heide*, *Der Kreis – ein Handbuch*, Band V, 1981; *Susanne Kitschun*, *Der Landkreis 2000*, 67 ff., sowie *dies.*, *Der Landkreis 2006*, 553 ff.; *Henneke*, *Die kommunalen Spitzenverbände*, Darstellung, 2005, S. 38 ff.

lungen, die Liegenschaft in der Adenauerallee 136 in Bonn in den dort ausgewiesenen „Weg der Demokratie“ aufzunehmen.

Nach Mauerfall und Wiedervereinigung gelang es dem Deutschen Landkreistag, einen Restitutionsanspruch hinsichtlich des Berliner Grundstücks in der Bellevuestraße 5a im Lenné-Dreieck durchzusetzen, obwohl das Lenné-Dreieck bereits im Jahre 1988 kurz vor dem Mauerfall nach dem 750-jährigen Stadtjubiläum vom Berliner Senat erworben worden war. Da sich der Umzug der Bundesorgane auch nach dem Hauptstadtbeschluss vom 20.6.1991 über Jahre verzögern sollte, verzögerte sich auch die von Seiten des Deutschen Landkreistages auf dem wiedererlangten Grundstück durchzuführende Baumaßnahme. Überdies wurde auf dem Lenné-Dreieck eine Flurbereinigungsmaßnahme durchgeführt, so dass der Deutsche Landkreistag nicht seine Ursprungsfläche zurückerhielt, sondern ihm ein Grundstück an der Lennéstraße zugewiesen wurde.

Gemeinsam mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken (VÖB) wurde schließlich ein Geschäftsstellenneubau errichtet, der im Februar 2000 in Betrieb genommen wurde. Zuvor waren bereits die Bonner Liegenschaften (Hauptgeschäftsstelle und Dienstwohnung des Hauptgeschäftsführers) veräußert worden.

C. Entwicklung des Lenné-Dreiecks

Zur Zeit Friedrichs des Großen erstreckte sich Berlin in Richtung Westen nur bis zum Brandenburger Tor. 1742 ließ Friedrich II. den Tiergarten als erste öffentliche Parkanlage Berlins durch *Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff* anlegen. Südlich davon, auf dem später sog. Lenné-Dreieck, legte die mathematisch-ökonomische Realschule in der Friedrichstadt 1749 einen Realschulgarten vor der Stadt an. 1825 entschied man sich, dieses Gelände zu parzellieren und zu bebauen. *Peter Joseph Lenné*, Gartenbaudirektor und Leiter der Tiergartenverwaltung, plante in den 1830er-Jahren die Verlängerung der Tiergartenstraße. 1838 war es dann so weit: Es erfolgte die Bebauung der verlängerten Tiergartenstraße, wobei *Peter Joseph Lenné* das Eckgrundstück selbst erwarb und bebaute. Ein Jahr später erhielt die Straße den Namen „Lenné-Straße“. Am 6.9.1839 wurde durch das Königliche Polizeipräsidium bekannt gemacht:

„Des Königs Majestät haben Allergnädigst zu befehlen geruht, dass der von der Stadtmauer zwischen dem Brandenburger und Potsdamer Thore von der Ecke des ehemaligen Schulgartens längst des Thiergartens zur Bellevuestraße führende Weg „Lenné-Straße“ genannt werden soll.“

Die weitere Wohnbebauung ausschließlich auf der Südseite der Straße erfolgte rasch. So ließ sich bereits 1838 der *Schinkel*-Nachfolger Hofbaurat *August Stüler* in der Lennéstraße 3 nieder. Auf dem Nachbargrundstück des heutigen DLT-Gebäudes Richtung Osten wohnten von 1841 – 1846 *Jacob* und *Wilhelm Grimm*; *Heinrich Hoffmann von Fallersleben* ging in diesem Hause ein und aus. Von 1871 – 1884 war in diesem Gebäude die Königlich-Sächsische Gesandtschaft untergebracht, nachdem sich auf dem Grundstück westlich der heutigen DLT-Geschäftsstelle 1864/65 bereits die Königlich-Bayerische Gesandtschaft niedergelassen hatte.

Das heute von der DLT-Geschäftsstelle genutzte Grundstück wurde 1900 vom badischen Fiskus erworben. 1901 wurde hier die Großherzogliche Badische Gesandtschaft eingerichtet. Prominentester Bewohner in der Lennéstraße war in jener Zeit der Meierei-Besitzer *Carl Bolle*, der mittels Pferdewagen bzw. mit dem aufkommenden Automobil die Berliner täglich mit Frischmilch versorgte. In der Weimarer Republik erhielt die Großherzogliche Badische Gesandtschaft die Funktion als Vertretung Badens beim Reich und beim Reichsrat. Nach der Gleichschaltung der Länder durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches im Jahre 1934 firmierte sie als „Badische Staatskanzlei, Außenstelle Berlin“. In dem Gebäude wohnte bis 1943 zudem der kurzzeitige Reichskanzler *Franz von Papen*. Sein Nachbar auf dem östlichen Grundstück war *Hans Albers*, der von 1928 – 1943 ebenfalls in der Lennéstraße wohnte.

Nach dem Groß-Berlin-Gesetz von 1920 gehörte das Lenné-Dreieck zum Bezirk Tiergarten. Zu einem Wechsel in der Bezirkszugehörigkeit kam es mit Zustimmung von *Joseph Goebbels* in seiner Funktion als Beauftragtem der NSDAP für die Reichshauptstadt Berlin mit Wirkung vom 1.4.1938. Seinerzeit wurde das Lenné-Dreieck dem Bezirk Mitte zugeordnet. Geplant war hier ein Totalabriss der Gebäude, um die von *Albert Speer* geplante Nord-Süd-Achse durch Berlin zu errichten und die übrigen Flächen dem Tiergarten zuzuschlagen. Dazu sollte es indes durch den Zweiten Weltkrieg nicht kommen. Bei Kriegsende 1945 war das Lenné-Dreieck auf anderem Wege komplett zerstört. Den „Endkampf“ um Berlin 1945 sollte kein einziges der Häuser am Lenné-Dreieck am Potsdamer Platz überstehen. Die einzige Ausnahme bildete ein intakter Gebäudeteil des zu Beginn des 20. Jahrhunderts erbauten Hotel Esplanade. Der von seinem ursprünglichen Standort inzwischen verschobene Kaisersaal ist im Jahre 2000 in das Sony-Center einbezogen worden.

Nach der Bildung von Sektoren in Großberlin fiel der Bezirk Tiergarten in den britischen Sektor, während der Bezirk Mitte zum sowjetischen Sektor gehörte. Über die Zugehörigkeit des Lenné-Dreiecks bestand in den ersten Nachkriegsjahren allgemeine Unsicherheit, da der Bezirk Tiergarten auch nach der formellen Zuordnung des Lenné-Dreiecks zum Bezirk Mitte im Jahr 1938 seine Verwaltungskompetenzen für das Lenné-Dreieck behalten hatte. Er beantragte daher im Mai 1946, das Lenné-Dreieck auch de jure wieder dem Bezirk Tiergarten zu unterstellen. Der Bezirk Mitte schloss sich diesem Petition an, dessen Umsetzung allerdings ausblieb. Nach der Infolge des Kalten Krieges im November 1948 vollzogenen Spaltung der Stadtverwaltung war die sowjetische Militäradministration nicht mehr an einer Umgliederung interessiert. Auch stellte die britische Militärregierung in einem Schreiben im Januar 1949 klar, dass der Straßenbereich rechtlich zum Bezirk Mitte und damit zum sowjetischen Sektor gehörte. Im Juni 1950 besetzte die Volkspolizei der DDR zur Durchsetzung der Gebietsansprüche das einzig verbliebene, stark beschädigte Hausgrundstück. Zwar wurde Anfang der 50er-Jahre erwogen, die 1944 zerstörte Philharmonie direkt an der Sektorengrenze an der Ecke Lennéstraße/Ebertstraße wieder zu errichten. Dazu kam es indes nicht. Viele Jahre war das Lenné-Dreieck stattdessen eine Trümmerwüste und Stadtbrache. Nach dem Mauerbau vom 13.6.1961 blieb das Lenné-Dreieck zunächst vom weiteren Ausbau der Sperranlagen ausgenommen. Die Mauer wurde im Nord-Süd-Verlauf vom Brandenburger Tor entlang der Ebertstraße zum Potsdamer Platz errichtet. Das Lenné-Dreieck wurde demgegenüber von Spontanvegetation überwuchert und blieb mehr als ein Vierteljahrhundert sich selbst überlassen.

Im Jahre 1988 wurde ein Gebietsaustausch mit der Folge verabredet, dass das Lenné-Dreieck zum 1.7.1988 an West-Berlin übergeben werden sollte, um hier entlang der Mauer eine mehrspurige Straßenverbindung zu schaffen. Am 25.5.1988 besetzten Gegner dieser Straßenbaumaßnahme das Lenné-Dreieck und errichteten dem Vorbild der Antiatomkraftbewegung entsprechend hier ein Hüttendorf, ohne dass die West-Berliner Polizei dagegen etwas unternehmen konnte, weil ihr insoweit die Hoheitsgewalt fehlte. Am Tage des Gebietsüberganges, dem 1.7.1988, wurde die Räumung des Geländes vorgenommen, wobei die ca. 200 Grundstücksbesitzer in östliche Richtung über die Mauer flüchteten, von der DDR aber umgehend zurückgeschickt wurden.

1998/1999 errichtete der Deutsche Landkreistag dann gemeinsam mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) seinen Geschäftsstellenneubau. Es war das erste Gebäude, das im Lenné-Dreieck wiedererrichtet wurde. Weitere Gebäude an der Lennéstraße wurden ab 2002 errichtet. Abgeschlossen wurde die Wiederbebauung des Lenné-Dreiecks durch das sog. Beisheim-Center im Winter 2003/04. ■

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Berlin

Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsgrenzen Stand 21.10.2009





DEUTSCHER
LANDKREISTAG



Deutscher Landkreistag

Ulrich-von-Hassell-Haus

Lennéstraße 11

10785 Berlin

Tel. 0 30/59 00 97-3 09

Fax 0 30/59 00 97-4 00

www.landkreistag.de

info@landkreistag.de

